



Stenografischer Bericht

66. Sitzung

am Freitag, dem 7. Oktober 2005,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 4715

TOP 2

Aktuelle Debatte

a) **Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen-Anhalt**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 4/2414

Herr Rauls (FDP) 4715
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer 4716
Frau Dr. Paschke (Linkspartei.PDS) 4718
Herr Schomburg (CDU) 4720
Herr Dr. Fikentscher (SPD) 4722

b) **Fragwürdige Rolle des Wirtschaftsministers bei der Versteigerung des Schlosshotels Ilseburg**

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 4/2413

Herr Metke (SPD) 4724
Minister Herr Dr. Rehberger 4727
Frau Dr. Hüskens (FDP) 4732

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS) 4734
Herr Gürth (CDU) 4736

c) **Jugendarrest ist eine wirksame Erziehungsmaßnahme straffällig gewordener Jugendlicher und Heranwachsender**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 4/2420

Herr Borgwardt (CDU) 4738
Herr Rothe (SPD) 4739
Herr Wolpert (FDP) 4740
Frau von Angern (Linkspartei.PDS) 4741
Minister Herr Becker 4743

TOP 14

Erste Beratung

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 4/2405

Herr Schomburg (CDU) 4745
Ausschussüberweisung 4746

TOP 15	
Beratung	Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS).....4746, 4754
Nachhaltigkeit der Förderstrategie des Landes	Minister Herr Dr. Rehberger4748
Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - Drs. 4/2411	Herr Dr. Schrader (FDP)4750
	Frau Budde (SPD).....4751
	Herr Gürth (CDU)4753
	Herr Borgwardt (CDU).....4755
	Beschluss.....4755

Beginn: 9.07 Uhr.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Hiermit eröffne ich die 66. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie, verehrte Anwesende, auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Meine Damen und Herren! Da bisher ein Schriftführer von den Koalitionsfraktionen fehlt, kann der Präsident für die Sitzung einen Stellvertreter bestimmen. Dies habe ich soeben getan.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

- Ich freue mich, dass Sie das so tolerant aufnehmen.

Über die Abwesenheit von Mitgliedern der Landesregierung am heutigen Sitzungstag wurde bereits gestern informiert. Es betrifft Herrn Staatsminister Robra und Frau Ministerin Wernicke, die ganztägig entschuldigt sind, und Herrn Minister Professor Dr. Olbertz, der sich bis 11 Uhr entschuldigen lässt.

Meine Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 34. Sitzungsperiode fort und beginnen die heutige Beratung vereinbarungsgemäß mit Tagesordnungspunkt 2. Danach folgt, wie gestern vereinbart, Tagesordnungspunkt 14. Tagesordnungspunkt 15 beschließt die heutige Sitzung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Debatte

Meine Damen und Herren! Es liegen drei Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Debatte vor. Für jedes Thema in der Akutellen Debatte beträgt die Redezeit zehn Minuten je Fraktion. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten.

Ich rufe das erste Thema auf:

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 4/2414

Für die Debatte wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen: FDP, Linkspartei.PDS, CDU und SPD. Zunächst erleiße der Antragstellerin, der FDP, das Wort. Bitte sehr, Herr Rauls, Sie haben das Wort.

Herr Rauls (FDP):

Herr Präsident! Mein sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat den Antrag auf eine Aktuelle Debatte zum Thema Stärkung des Ehrenamts bzw. des bürgerschaftlichen Engagements gestellt und gemeinsam mit der CDU-Fraktion einen Antrag zur Stärkung des Ehrenamts eingebracht. Der Zeitpunkt dieser Debatte korrespondiert gleich mit mehreren Ereignissen, Entwicklungen und aus unserer Sicht Erfordernissen.

Das Ehrenamt ist unverzichtbar und wird zukünftig, in der Bürgergesellschaft von morgen, eine wesentlich stärkere Rolle spielen, als dies heute der Fall ist. Ehrenamtliche Arbeit muss deshalb weiterentwickelt und profi-

liert werden. Dazu gehört, dass Problembeusstsein geschaffen wird und dass Handlungsbedarfe ebenso wie Handlungsoptionen analysiert werden - am besten mit den Betroffenen selbst.

Genau das haben wir getan. Vor der Sommerpause haben die Fraktionen der FDP und der CDU gemeinsam eine Ehrenamtskonferenz durchgeführt, um mit ehrenamtlich Tätigen und Koordinatoren des Ehrenamts über Hemmnisse und Lösungen zu diskutieren. Im Ergebnis können wir konkrete Vorschläge unterbreiten und haben wir, wie in der Juli-Sitzung angekündigt, einen Antrag eingebracht.

Die FDP-Fraktion hat darüber hinaus mit ihrem Positionspapier zum Ehrenamt öffentlich auf die Problematik des bürgerschaftlichen Engagements hingewiesen und Empfehlungen und Vorschläge zur Stärkung des Ehrenamts unterbreitet.

Zudem liegen seit Anfang September 2005, also seit dem Anfang des letzten Monats, mit der Ehrenamtsstudie für Hessen weitere Daten und Aussagen im Ergebnis des so genannten zweiten Freiwilligen-Surveys aus dem Jahr 2004 vor. In 15 000 Telefoninterviews sind durch das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest Daten erfasst worden, die eine repräsentative, gut auswertbare Datengrundlage ergeben.

Für Sachsen-Anhalt ist zum Ende des Jahres 2005 die länderspezifische Auswertung zu erwarten. Diese ist vor allem deshalb von besonderem Interesse, weil sie mit den Ergebnissen der Umfrage von 1999 verglichen werden kann und somit Entwicklungen im Bereich des Ehrenamtes nachvollziehbar aufzeigen wird. Schon jetzt zeichnen sich Trends ab, die für die Stärkung des Ehrenamtes in Sachsen-Anhalt von Belang sind und kurz- oder mittelfristig Berücksichtigung finden können, wenn nicht sogar müssen.

Vereine und Verbände sind nicht nur Lobbyisten in eigener Sache. Zunehmend nehmen sie koordinierende Aufgaben für das bürgerschaftliche Engagement wahr. Deshalb sind die gemeinnützigen Organisationen und Vereinigungen in den Bereichen Kultur, Soziales, Schule, Brand- und Katastrophenschutz, Kirche, Sport, Umwelt- und Naturschutz, Freiwilligendienste, Fördervereine und Ähnliches zu unterstützen und zu stärken.

Deshalb schlagen wir vor:

Erstens. Der Haftungsschutz ist weiter auszubauen. Die FDP-Fraktion fordert bei der Haftpflichtversicherung für das Ehrenamt eine Anlehnung an die Privilegien der Beamten. Dazu wird die Landesregierung gebeten zu prüfen, ob eine Bundesratsinitiative zur Privilegierung ehrenamtlicher Tätigkeit in Anlehnung an das Staatshaftungsrecht durchgeführt werden kann. Dadurch soll eine Haftung nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit geltend gemacht werden können. Es kann nicht gewollt sein, dass im Extremfall existenzbedrohende Schadenersatzansprüche an ehrenamtlich Tätige gestellt werden.

Im Übrigen profitiert mit der Neuregelung des Versicherungsschutzes seit dem 1. Januar 2005 ein größerer Kreis der ehrenamtlich Tätigen bei seinem freiwilligen Einsatz vom umfassenden Schutz bei Unfällen. Wir empfehlen, dass die Träger der ehrenamtlichen Tätigkeit permanent über die Regelung zur gesetzlichen Pflichtversicherung und die Möglichkeiten der freiwilligen Versicherung informieren.

Zweitens. Die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt sind zu verbessern. In Sachsen-Anhalt engagieren sich

ca. 68 000 Menschen in unterschiedlichen Formen im Kulturbereich ehrenamtlich. 3 000 Richter und 1 400 Schöffen arbeiten ehrenamtlich an den Gerichten des Landes. Durchschnittlich 120 Stunden im Jahr leistet jeder der 80 ehrenamtlich tätigen Berater bei den Kinder- und Jugendtelefonen. Von 60 000 Ehrenamtlichen im Sport sind 13 100 als lizenzierte Übungsleiter tätig. Der Brand- und Katastrophenschutz wird zu 95 % von Ehrenamtlichen getragen.

Wenn die Bürger bereit sind, sich mit ihrer freiwilligen Leistung und ihren Kompetenzen einzubringen, muss für optimale Rahmenbedingungen gesorgt werden. Deshalb fordern wir ein, dass die Vernetzung und Koordinierung auszubauen und die Fortbildung der Ehrenamtlichen zu profilieren ist. Die bestehenden Informations- und Beratungsstellen in den Vereinen und Verbänden, insbesondere aber die Freiwilligenagenturen müssen weiterhin unterstützt werden. Die fachspezifische ebenso wie die fachübergreifende Fortbildung von Freiwilligen und Ehrenamtlichen ist zu sichern und zu professionalisieren. Auch diese Punkte beinhaltet der vorliegende Antrag.

Wir schlagen darüber hinaus vor, weitere Ratgeber-Broschüren für und über das Ehrenamt aufzulegen und eine Internetplattform zum Beispiel unter dem Namen „Ehrenamt-Land-Sachsen-Anhalt.de“ einzurichten.

Drittens. Die Zuwendungspraxis ist im Interesse des Ehrenamtes zu vereinfachen. Administrative Vorgaben sollen bürgerschaftliches Engagement nicht behindern, sondern fördern. Vereine und Verbände sind bei der Umsetzung von Projekten größtenteils auf Förderungen der öffentlichen Hand angewiesen. Die im Antrag formulierten Vorschläge zur Änderung der Zuwendungspraxis können zudem schnell umgesetzt werden, sodass sie schon im nächsten Haushaltsjahr deutliche Erleichterungen bringen können. Sie sind zudem kostenneutral und tragen zur Entbürokratisierung bei.

Um den Umgang mit Fragen der öffentlichen Förderung zu erleichtern, sind Informationen zu Ansprechpartnern in den Behörden, zu grundsätzlichen Fragen des Zuwendungsrechts, zu Förderrichtlinien und anderem zum Beispiel über die Ehrenamtsinternetplattform zu veröffentlichen.

Viertens. Die Anerkennungskultur für das Ehrenamt ist zu qualifizieren. Ehrenamtlich Tätige agieren hauptsächlich auf lokaler Ebene. Die Kommunen sind in besonderer Weise auf das Engagement der Bürger angewiesen und wissen um die Notwendigkeit einer Betreuung, Förderung und Anerkennung des Ehrenamtes.

Die Kommunalpolitik wird sich künftig dennoch für das Ehrenamt stärker öffnen und neue Formen der Beteiligung und Mitwirkung entwickeln und anbieten müssen.

Die FDP-Fraktion schlägt den Kommunen - und mit Blick auf die Umsetzung der Kreisgebietsreform den Landkreisen - die Einführung eines Ehrenamtspasses vor. Mit diesem Pass soll in erster Linie die ehrenamtliche Tätigkeit der Bürgerinnen und Bürger anerkannt und gewürdigt werden. Beispiele finden sich dafür deutschlandweit, so zum Beispiel in Dresden, Mainz, Erlangen, Braunschweig, Delmenhorst und anderen Orten. Der Ehrenamtspass könnte eine Reihe von Vergünstigungen im kommunalen Bereich und in Einrichtungen ermöglichen. Die Gestaltung des Ehrenamtspasses muss und kann nur durch die Kommunen selbst erfolgen.

Fünftens. Bewährte Strukturen sind zu sichern. Die Kreisgebietsreform und damit die Reduzierung der Zahl

der Kreise in Sachsen-Anhalt muss die Gewähr für eine zukunftsfähige Struktur, die auch im Jahr 2020 noch Bestand haben wird, bieten. Mit der beschlossenen Kreisstruktur bleiben bewährte Strukturen für die unverzichtbare Tätigkeit des Ehrenamtes weitgehend erhalten.

Meine Damen und Herren! 70 % der Bevölkerung ab 14 Jahren sind über ihre beruflichen und privaten Verpflichtungen hinaus in Vereinen und Organisationen tätig. Längerfristig haben 36 % freiwillige Aufgaben übernommen. Das sind immerhin bundesweit 2 % mehr als im Jahr 1999. Im Trend hat auch die Zahl der weiblichen ehrenamtlich Engagierten zugenommen. 32 % und damit 8 % mehr als 1999 können sich vorstellen, freiwillig und ehrenamtlich tätig zu sein.

Ehrenamt lebt von der Eigenverantwortung und von der Initiative der Bürgerinnen und Bürger. Bürgerschaftliches Engagement bildet einen wichtigen Pfeiler dieser Gesellschaft. Weil unsere Gesellschaft auf das bürgerschaftliche Engagement weder verzichten möchte noch kann, müssen wir es stärken.

Umso eher und intensiver wir uns auf die komplexe Thematik einlassen, umso frühzeitiger lassen sich weitere Maßnahmen erörtern und umso effektiver können Weichen für die Fortsetzung der bisher so erfolgreichen Arbeit im Ehrenamt gestellt werden. Dazu zählt auch die von der Fraktion der Linkspartei.PDS aufgeworfene Frage nach der Mitgliedschaft des Landes im Bundesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich auf die Diskussion über unsere Vorschläge und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rauls. - Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Südtribüne Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Burg. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Bevor wir die Debatte fortsetzen, hat für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Professor Böhmer um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, dass es für die Fortführung der Debatte von Nutzen sein kann, wenn ich gleich zu Beginn die Stellungnahme der Landesregierung zu den vielen Problemen vortrage, die Herr Rauls Ihnen eben vorgestellt hat und die uns selbstverständlich interessieren und betreffen.

Eine genaue Feststellung der Zahl der freiwillig Tätigen und der absoluten Zahl ihrer uneigennützig verbrachten Stunden ist tatsächlich kaum möglich. In dem einen oder anderen Bereich haben wir versucht, Zahlen zu ermitteln. Eine Umfrage in den Ressorts ergab die Zahlen, die Herr Rauls eben im Wesentlichen vorgetragen hat, und machte deutlich, dass in fast allen Bereichen - bei den Gerichten, in den Justizvollzugsanstalten, im Bereich des Naturschutzes, aber auch im Kulturbereich - eine große Zahl von ehrenamtlich Tätigen die Arbeit überhaupt erst aufrechterhält. Zum Beispiel werden über 266 Gemeindebibliotheken ausschließlich ehrenamtlich ge-

führt. Die Zahl der ehrenamtlichen Beraterinnen im Sozialbereich ist nicht exakt zu ermitteln, aber sehr groß. Sie haben die Zahlen in dem Bereich des Landessportbundes gehört. Die Feuerwehren wären ohne die große Zahl der dort freiwillig Tätigen überhaupt nicht organisierbar.

Das heißt, wir wissen sehr wohl, dass dies ein ganz wesentlicher Bestandteil der Stabilität des Systems des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Wir bemühen uns zurzeit, bis zum 5. Dezember 2005, dem Tag des Ehrenamtes, über die Landeszentrals für politische Bildung einen umfassenden Bericht mit den Zahlen vorzustellen, die überhaupt in diesem Bereich ermittelbar sind.

Es ist unser Ziel, die gefühlte und wahrgenommene Eigenverantwortung und Eigeninitiative der Bürger zu verstärken und zu fördern. Die Frage, was staatlicherseits dazu beigetragen werden kann, muss jedoch mit Bedacht beantwortet werden.

Der Staat kann und muss Rahmenbedingungen schaffen, moderieren oder auch aktivieren. Er darf aber durch Überregulierung keine Hemmnisse aufbauen. Bürgerschaftliches Engagement lebt in erster Linie von dem persönlichen Engagement. Staatliche Reglementierung oder Bevormundung sind einem freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement eher abträglich.

Die Förderung dieses Engagements ist für uns alle wichtig. Im Rahmen der Ressortkoordinierung hat sich die Staatskanzlei bereits bei der Übernahme dieser Aufgabe zu Beginn der Legislaturperiode mit einer Bestandsaufnahme einen Überblick über die Rahmenbedingungen und die Unterstützungsmodelle innerhalb der Landesverwaltung und über das bürgerschaftliche Engagement in unserem Land verschafft. Seither wird aus der Staatskanzlei heraus die bundespolitische und die landespolitische Diskussion über das bürgerschaftliche Engagement bei uns, aber auch in den anderen Bundesländern verfolgt.

Es ist uns nicht entgangen, dass in anderen Bundesländern Netzwerke zum bürgerschaftlichen Engagement mit zum Teil opulenten Geschäftsstellen gegründet und eingerichtet worden sind. Ebenso ist uns bekannt, dass sich ein Bundesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“ um die Belange der Ehrenamtlichen bemüht.

Wir verfolgen auch die Verhandlungen anderer Bundesländer mit der privaten Versicherungswirtschaft über den Abschluss von Sammelversicherungsverträgen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich andere Bundesländer für einen Ehrenamtspass entschieden haben. Wir haben ja bei uns erst einmal den Familienpass eingeführt. Ich würde zunächst abwarten, welche Probleme wir dabei haben, dies umzusetzen, damit der Familienpass tatsächlich zu einem relevanten Pass wird, nicht nur zu einem Symbol. Wir werden auch die Frage des Ehrenamtspasses in den anderen Bundesländern beobachten und dann entscheiden, inwieweit wir diesen Entwicklungen folgen.

Die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit erfolgt bislang auf materiellem und auf immateriellem Wege. In Engagementbereichen, für die ein besonderes Landesinteresse besteht, zum Beispiel im Denkmalschutz, im Naturschutz, in der Jugendarbeit, im Sport oder in der ehrenamtlichen Gerichtsbarkeit, werden Aufwandsentschädigungen, Lohnausfallerstattungen und Reisekostenvergütungen gewährt. Die Berechtigungen zu diesen Entschädigungsleistungen sind in Richtlinien und Verordnungen geregelt. Darüber hinaus werden individuelle

Anerkennungen ausgesprochen, zum Beispiel durch Auszeichnungen.

Seit der Stiftung der Ehrennadel im Jahr 2000 wurde diese schon mehr als 230-mal an Bürger des Landes für ihr langjähriges bürgerschaftliches Engagement verliehen. Bislang wurde das Brandschutzenzeichen für Verdienste bei der Ausübung der Tätigkeit in der freiwilligen Feuerwehr vergeben. Mit dem Kabinettsbeschluss vom September dieses Jahres wurde es erweitert. Es ist nun ein Ehrenzeichen, mit dem auch freiwillig Tätige im Katastrophenschutz geehrt werden können.

Die Vereinfachung des Zuwendungsrechts war bereits zu Beginn der vierten Legislaturperiode ein Anliegen der Koalitionsparteien. Die Modernisierung der Verwaltungs- und Zuwendungspraxis wurde eingeleitet. Das Ministerium der Finanzen hat durch Runderlass vom Mai dieses Jahres zugelassen, dass bei Zuwendungsempfängern mit überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in begründeten Einzelfällen eine Mittelverwendung innerhalb von sechs statt bisher von nur zwei Monaten vorgenommen werden kann.

In diesem Runderlass wird bei institutionellen Zuwendungsempfängern mit überwiegend ehrenamtlichen Mitarbeitern eine Rücklagenbildung für den Fall zugelassen, dass ein konkretes sachliches Bedürfnis besteht und eine positive Auswirkung auf den Fördergegenstand zu erwarten ist. Eine Rücklagenbildung bei einer Projektförderung wird noch diskutiert. Sie ist nach dem Zuwendungsrecht rechtlich problematischer. Es wird aber auch geprüft, wie eine Überjährigkeit der Mittelverwendung auf andere Weise sichergestellt werden kann.

Der Runderlass weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass es in geeigneten Bereichen zu einer Anwendung der Festbetragsfinanzierung kommen kann. Aus der Zusage einer Festbetragsfinanzierung kann aber nicht - auch dies muss deutlich gesagt werden - auf eine Finanzierungssicherheit über lange Jahre geschlossen werden. Mit diesem Runderlass kann nur der Rahmen geschaffen werden, innerhalb dessen die Ressorts Förderrichtlinien entwickeln können.

Des Weiteren weist dieser Runderlass auf die Möglichkeit des vereinfachten Verwendungsnachweises hin. Das ist gerade für den Bereich des Ehrenamtes besonders wichtig.

Zurzeit prüft das Ministerium der Finanzen unter Einbeziehung des Ministeriums für Gesundheit und Soziales und des Kultusministeriums eine Variante, wie unbare Leistungen, also zum Beispiel Arbeitsleistungen, als zuwendungsfähige Aufgabe anerkannt werden können. Gerade Vereine verfügen häufig nicht über entsprechende finanzielle Eigenmittel, um den von der Bewilligungsbehörde geforderten Anteil erbringen zu können. Das Kultusministerium hat für den Kulturbereich dazu bereits einen Vorstoß unternommen. Das Ministerium der Finanzen wird dem Kabinett bis Ende Oktober dieses Jahres berichten, inwieweit diese Form der Anerkennung grundsätzlich umsetzbar und realisierbar ist.

Somit hat die Landesregierung die Rahmenbedingungen für eine erleichterte Zuwendungspraxis geschaffen. Sie wird sich dafür einsetzen, dass dies in der Verwaltungspraxis auch tatsächlich umgesetzt wird.

Eine Handreichung für Vereine zum Umgang mit dem Haushalts- und Zuwendungsrecht ist in Vorbereitung. Das Ministerium der Finanzen hat auf den signalisierten Bedarf bereits reagiert und wird die Broschüre nach Ab-

schluss der Diskussion über alle noch offenen Fragen vorlegen. Es ist beabsichtigt, auch diese Broschüre bis zum Tag des Ehrenamtes Anfang Dezember 2005 anbieten zu können.

Nach der Kenntnis der Landesregierung wird für ehrenamtlich Tätige eine Vielzahl von Fortbildungsangeboten vorgehalten. In der Regel werden sie von Verbänden und Organisationen, in denen ehrenamtlich gearbeitet wird, selbst angeboten, insbesondere dann, wenn für die Tätigkeit fachspezifische Kenntnisse erforderlich sind. In einzelnen Engagementbereichen, zum Beispiel im Kulturbereich, im Sport und in der Jugendarbeit, findet bereits eine Koordination der Fortbildungsangebote zwischen den einzelnen Trägern statt.

Ehrenamtlichen, die sich für allgemeine Themen der freiwilligen Arbeit interessieren, stehen Fortbildungsangebote der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V. offen. Das betrifft zum Beispiel Versicherungen Ehrenamtlicher, Rechtsfragen im Ehrenamt und ähnliche allgemeine Probleme.

Wer bei der Arbeit mit Freiwilligen oder als Freiwilliger selbst Rat und Hilfe sucht, findet die Unterstützung eher dort, wo freiwillige Arbeit geleitet wird, das heißt, bei denen, die den Bedarf und die Probleme am besten kennen.

Seit Januar dieses Jahres gilt das neue Gesetz zur Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes der bürgerschaftlich Engagierten. Personen, die in Vereinen und in Verbänden im Auftrag oder mit der Zustimmung von Kommunen für Kommunen oder von öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften für diese und deren Einrichtungen ehrenamtlich arbeiten, genießen nun Unfallversicherungsschutz. Gemeinnützige Organisationen können für ihre Mitglieder freiwillige Versicherungen für gewählte Ehrenamtsträger abschließen. Der Gesetzgeber hat hiermit bereits einem Wunsch vieler freiwillig Engagierter entsprochen.

Darüber hinaus besteht in Sachsen-Anhalt zum Beispiel für die Mitglieder des Landessportbundes oder für ehrenamtlich Tätige in der Freiwilligen Feuerwehr Unfallschutz. Bislang konnte nicht festgestellt werden, dass es den Bedarf gäbe, bestehende Versicherungslücken zwischen dem gesetzlichen Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz, dem Versicherungsschutz, den Verbände gewähren, und dem privaten Versicherungsschutz zu schließen. Das wäre jedoch die Voraussetzung, um die zu versichernden Risiken zu kalkulieren und darüber in Verhandlungen mit der Versicherungswirtschaft einzutreten.

Wir wissen aus den Erfahrungen anderer Bundesländer, in denen Sammelversicherungsverträge abgeschlossen wurden, dass die Risiken deutlich niedriger sind, als es ursprünglich angenommen wurde. Da für die zu zahlenden Prämien Landesmittel einzusetzen sind, müsste der Bedarf schon sehr realistisch eingeschätzt werden können, ehe das Land aktiv wird. Bislang liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse darüber vor, dass ein direkter Zusammenhang zwischen Umfang und Höhe des Versicherungsschutzes und dem tatsächlichen bürgerschaftlichen Engagement besteht.

Die Landesregierung verschließt sich nicht dem Anliegen, ehrenamtliche Tätigkeit dort abzusichern, wo die Risiken besonders hoch sind. Aber das setzt voraus, dass von den Ehrenamtlichen selbst aufgezeigt wird, in welchen Fällen das Land subsidiäre Leistungen erbringen müsste.

Wenn das Ehrenamt in erster Linie persönlich motiviert ist, sollte dies - da unterscheiden sich unsere Meinungen, verehrter Herr Rauls - nicht mit dem so genannten Privileg vermischt werden, das sich an das Staatshaftrungsrecht anlehnt. Eine derartige Bundesratsinitiative würde weder bei der Landesregierung noch bei den anderen Ländern im Bundesrat Zustimmung finden.

Das Bundesmodell „Freiwilliges Soziales Jahr Kultur“ wurde vom Land Sachsen-Anhalt maßgeblich initiiert und wird in der Zwischenzeit von vier weiteren Bundesländern durchgeführt. Seit September des vorigen Jahres ist das freiwillige soziale Jahr im Kulturbereich in Sachsen-Anhalt eine Regelform des freiwilligen Dienstes und wird vom Ministerium für Gesundheit und Soziales und vom Kultusministerium gefördert. Derzeit werden damit 22 Einsatzstellen in verschiedenen Kultureinrichtungen unterstützt.

Das freiwillige soziale Jahr im Kulturbereich bildet aus unserer Sicht ein sehr wertvolles Element der kulturellen Jugendbildung an der sensiblen Schnittstelle des Übergangs von der Schulausbildung in die Ausbildungs- und Berufswelt. Das freiwillige soziale Jahr im Kulturbereich ermöglicht den Jugendlichen wertvolle eigene Kompetenzentwicklungen und es hat sich gut bewährt, sodass ich davon ausgehe, dass es auch von anderen Ländern übernommen werden wird.

Gegenwärtig prüfen wir die Reform des freiwilligen sozialen Jahres und versuchen, sie in die Neuprogrammierung der EU-Strukturförderprogramme für den Zeitraum 2007 bis 2013 aufzunehmen. Die Gespräche darüber sind noch nicht abgeschlossen. Bei den Gesprächen, die wir in den letzten Tagen mit Frau Kommissarin Hübner geführt haben, haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir uns über alles Mögliche Gedanken machen können, aber noch nicht wissen, wie es weitergeht, weil über die Finanzierung noch nicht grundsätzlich entschieden ist.

Ich wollte auf diese Weise wenigstens vortragen, dass der größte Teil der Probleme, die Sie angesprochen hatten und die uns seit der letzten Debatte im Juli 2005 bekannt sind, von der Landesregierung aufgegriffen worden ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren! Die Debatte wird nun mit dem Beitrag der Linkspartei.PDS fortgesetzt. Dazu erteile ich der Abgeordneten Frau Dr. Paschke das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Paschke.

Frau Dr. Paschke (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rauls, ich war heute und auch schon an den Tagen davor richtig gespannt, was diese Aktuelle Debatte vor allen Dingen in Abhebung von dem Koalitionsantrag bringen wird. Im Unterschied zu den Regierungserklärungen, die man wenigstens einen Tag vorher in die Hand bekommt, musste man jetzt einfach abwarten, was Sie hier vortragen. Denn angesichts der Begründung bin ich davon ausgegangen, dass wir über die brandaktuelle Maßnahme des Regierenden Bürgermeisters von Berlin diskutieren oder dass wir die Hessen-Studie auswerten.

Sei es, wie es sei. Man kann darüber unterschiedliche Vermutungen anstellen. Auf alle Fälle - da teile ich Ihre

Auffassung - ist bürgerschaftliches Engagement immer so wichtig, dass man es auch in einer Aktuellen Debatte am frühen Morgen platzieren kann.

In dem Antrag ist zumindest in einem Punkt enthalten, dass Sie die Medien auffordern wollen, mehr über das Ehrenamt zu berichten. Das ist sozusagen schon eine aktive Maßnahme, damit es eventuell klappt. Schauen wir einmal.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Das ist auch nicht böse gemeint. Wir nehmen die Botschaft auf. Unser Antrag wartet seit Juli 2005 im Ausschuss für Kultur und Medien darauf, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen zu ihm stößt und dass dann gemeinsam darüber diskutiert wird.

(Frau Dr. Sitte, Linkspartei.PDS, lacht)

Dazu dient es auch. Er sollte schon im September kommen; jetzt ist er im Oktober gekommen. Nun gucken wir einmal.

Herr Ministerpräsident, ich danke für die doch ziemlich detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Punkten, die in den Koalitionsantrag aufgenommen worden sind. Dies war in der Rede des Herrn Staatsminister Robra im Juli 2005 nicht so. Nehmen Sie es mir aber nicht übel, dass ich sage: Ein bisschen mehr Engagement hätte bei der Rede schon dazugehört.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS - Beifall bei der SPD - Zuruf von Ministerpräsident Herrn Prof. Dr. Böhmer)

- Okay. - Wir schaffen das alles - das habe ich Ihrer Rede entnommen - bis zum 5. Dezember, bis zum Tag des Ehrenamtes. Ich meine wirklich allen Ernstes, das ist ein wichtiges Datum. Ich gehe davon aus, dass wir, wenn wir den Antrag der Koalitionsfraktionen in die Ausschüsse überweisen - denn das Ehrenamt ist eine Querschnittsaufgabe, das wird von jedem so betont -, bis Dezember auch noch einiges von dem auf den Weg bringen können, was der Ministerpräsident jetzt angekündigt hat. Es soll einiges geprüft werden usw. Aber vielleicht können wir die Prüfung auch abschließen.

Er hat in seinen Ausführungen auch gesagt, dass jetzt wohl auch ein Ländervergleich stattfindet. Es gibt Beispiele dafür, etwa der Nachteilsausgleich, die konzeptionelle Arbeit mit Leitbildern in Nordrhein-Westfalen und Ähnliches.

Ich freue mich auch, dass Herr Rauls unseren Antrag noch einmal erwähnt hat. Ich verkneife mir das auch nicht; denn ich gehe nach wie vor davon aus, dass diejenigen Länder am weitesten vorangekommen sind, die im Bundesnetzwerk organisiert sind. Vielleicht kriegen wir es bis zum Dezember auch hin, unsere Mitgliedschaft zu erklären.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! In Vorbereitung des heutigen Tages habe ich, auch im Zusammenhang mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen - das war greifbar, darüber kann man diskutieren -, noch einmal geschaut, was die Enquete-Kommission des Bundestages sozusagen als Schlussfolgerung aus ihrer Befassung mit diesem Problem in Form von Handlungsrichtlinien auf den Tisch gelegt hat. Ich möchte auch erwähnen, dass die Ergebnisse dieser Enquete-Kommission so wichtig waren, dass sich der Bundestag entschlossen hat, einen Unterausschuss zum bürgerschaftlichen Engagement ins Leben

zu rufen. Dieser soll auch in dieser nächsten Legislaturperiode arbeiten. Man kann prüfen, wie man sich in geeigneter Weise einbringen kann.

Ich habe mir die Handlungsempfehlungen noch einmal angesehen. Sie decken sich im Wesentlichen mit den Dingen, die Sie in Ihren Antrag geschrieben haben. Das ist gut dreieinhalb Jahre her. Ich denke, jetzt, da die Handlungsaufforderung besteht, staatliche Institutionen konsequent in Richtung Bürgerorientierung zu öffnen, kommt es darauf an, in den Ausschüssen darüber zu diskutieren, wie man das eigentlich machen kann. So einfach ist es nicht. Ich muss sagen: Auf der Kreisebene haben wir in Stendal auch schon darüber diskutiert. Das ist nicht einfach. Sicherlich kann man es bei dem Appell belassen. Aber wenn man es umsetzt, ist es im Alltag eine verdammt harte Arbeit.

In dem nächsten Punkt steht etwas, das ich immer so herrlich fand. In der letzten Legislaturperiode habe ich mich immer mit dem Kollegen Justizminister auseinander gesetzt, wenn es um die Bürgerinnen und Bürger ging. In diesem Zusammenhang ging es auch um die Gebiets- und Funktionalreform und dabei wurde immer gesagt: Der Bürger ist der Kunde der Verwaltung und er muss auch wie ein Kunde behandelt werden. Dabei haben wir immer gebetsmühlenartig gesagt: Der Bürger ist nicht nur Kunde der Verwaltung, sonst ist er bald der letzte Kunde,

(Frau Dr. Sitte, Linkspartei.PDS, und Frau Bull, Linkspartei.PDS, lachen)

sondern er ist auch sozusagen der Koproduzent von Dienstleistungen. So etwas Ähnliches steht jetzt auch in Ihrem Antrag.

Direkt unter der Aufforderung, die Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger zu öffnen, kommt dieser ganze Teil, der aufgezählt wird, der jetzt in Ihrem Antrag ganz detailliert enthalten ist, in dem es um das Zuwendungsrecht und dessen Vereinfachung geht.

Wenn wir unseren Haushalt angucken - ich bin keine Finanzpolitikerin, aber wir haben im Vorfeld über diesen Antrag gesprochen -, dann muss man auch sagen, dass man zum Teil damit auch einmal etwas bewegt hat. Wenn wir die VE beim Sportbund in Höhe von 40 Millionen € betrachten, ist festzustellen, dass dies etwas Verstetigendes ist.

Aber wir haben auch schon regelrecht gegen eine solche Handlungsmaxime verstoßen, wenn man nur an das Feststellenprogramm denkt, das im Jahr 2003 ausgelaufen ist. Die VE wird nicht eingestellt. Ehe das Fachkräfteprogramm angelaufen ist, verging eine ganze Zeit und es konnte tatsächlich nicht ausgeschrieben werden. Es ging erst im März bzw. April los. Insgesamt muss man wirklich abgleichen, an welcher Stelle dem entsprochen wird.

Im Wesentlichen gehen wir aber immer mehr zur Projektförderung über, bei der diese Verstetigung ein ganz schwieriges Problem ist. Wenn man sich den Haushalt ansetzt im Kinder- und Freizeitbereich anschaut, der nur noch aus Einnahmen nach dem Lotto-Toto-Gesetz gespeist wird, dann kann man dem Parlament zunächst keinen absoluten Vorwurf machen. Vielmehr muss man feststellen, dass das die realen Bedingungen sind. Man muss aber auch fragen, was man abgesehen von Geld und von vielen anderen Dingen, von denen der Ministerpräsident bereits einige aufgeführt hat, dagegensetzen kann.

Ich denke, ein Appell ist gut. Das ist Kür; die Pflicht ist tatsächlich der nächste Haushalt. An dieser Stelle kann man sagen: Sie haben Gott sei Dank einen Doppelhaushalt und brauchen das jetzt nicht zu machen. Wir müssen dann einmal gucken, wie es in der nächsten Legislaturperiode sein wird. Aber dann sollte der Landtag schon eine ziemlich feste Position haben, wie er damit umgehen will.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns im Ausschuss darüber verständigen, die Fachbereiche detaillierter betrachten und sehen, was die Landesregierung dazu tut, kann der Maßstab auch der Koalitionsvertrag sein. Wir hatten in Vorbereitung des heutigen Tages einmal dort hineingeschaut. Dort gibt es an vielen Stellen zum Kultur- und Jugendbereich und zu anderen Bereichen ziemlich eindeutige Aussagen darüber, was man alles machen möchte, um das zu fördern.

Der Ministerpräsident hat auch gesagt, dass im Kultusministerium einiges passiert ist. Andererseits bekommen wir gerade aus dem Kinder- und Jugendbereich signalisiert - man muss prüfen, ob das stimmt -, dass manche Anträge zwei Seiten länger geworden sind. Das muss man einfach prüfen. Das liegt sehr häufig nicht an der Politik, sondern daran, dass sich manche Bereiche ein bisschen verselbständigen, wenn man nicht aufpasst.

Abschließend möchte ich als Mitglied des Ausschusses für Inneres und weil mir das Thema sehr am Herzen liegt, auf Folgendes hinweisen: Wir haben alle von der Bürgergesellschaft und von bürgerschaftlichem Engagement gesprochen. Nicht alle sprechen von einer Bürgerkommune. Der Städte- und Gemeindebund hat es in seiner letzten Denkschrift gemacht. Die Linkspartei.PDS spricht auch schon eine ganze Weile von der Bürgerkommune und muss dafür arbeiten, dass es umgesetzt wird und dass man dafür auch Partner findet. Der Städte- und Gemeindebund spricht - darauf habe ich bereits in der Anhörung aufmerksam gemacht - nach meiner Meinung sehr konservativ von der Bürgerkommune.

Auch darüber sollten wir diskutieren. Wir haben jetzt eine gute Gelegenheit dazu. Wir ändern nämlich das Kommunalrecht. Spätestens bei der Diskussion über die Gleichstellungsbeauftragten haben wir gemerkt, dass wir doch ganz schön an der Oberfläche schwimmen, wenn es um aktuelle Prozesse geht. Die Frage ist nicht nur: Gleichstellungsbeauftragte, ja oder nein? Die Frage lautet vielmehr: Wie manage ich innerhalb einer Kommune Ehrenamtsarbeit? Das sind nämlich auch die Rahmenbedingungen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Mir bleiben noch die letzten vier Sekunden, um Ihnen zu sagen, dass wir von der Oberfläche in die Tiefe abtauchen sollten. Dann haben wir vielleicht noch einmal einen Grund, zu medienwirksamer Zeit über das Ehrenamt zu reden. - Danke schön.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Dr. Paschke, sind Sie bereit, eine Frage der Abgeordneten Frau Dr. Hüskens zu beantworten? - Bitte sehr, Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Dann haben Sie auch noch ein bisschen mehr Zeit als vier Sekunden. - Frau Dr. Paschke, wenn ich das, was

Sie gesagt haben, richtig verstanden habe, gehen Sie davon aus, dass man definitiv einen Hauptamtlichen braucht, der das Ehrenamt organisiert. Ich habe das gerade hier in der Stadt erlebt. Es gibt in Magdeburg eine ganze Reihe von hauptamtlichen Organisationen von Ehrenamt. Haben Sie nicht die Sorge, dass die Menschen in diesem Fall zu einer Veranstaltung gehen, dort ein bisschen herumreden und dann dem Hauptamtlichen sagen: Nun mache es mal. - Das verstehe ich nicht so richtig unter Engagement.

Haben Sie nicht die Sorge, dass Sie auf diese Weise das Engagement platt machen? Wir bekommen das eigentlich nur dann hin, wenn man Strukturen schafft, in denen sich der Bürger engagiert, und zwar ohne die Verwaltung, weil er ein Interesse daran hat und weil er versucht, sich aus seinem Interesse heraus zu engagieren. Ich muss ganz offen gestehen: Ich habe häufig den Eindruck, dass die Hauptamtlichen genau das Engagement niedermachen, weil es irgendwie auch ihre eigene Existenz gefährdet.

Frau Dr. Paschke (Linkspartei PDS):

Ich denke, es ist weder das eine noch das andere. Das muss man sehr wohl im Blick haben. Diese Frage, ob das überhaupt deren Aufgabe ist, wurde auch während der Anhörung im Innenausschuss gestellt. Zunächst sind in weiten Teilen Selbsthilfe und Selbstorganisation angesagt. Aber wir haben Bereiche des Ehrenamtes, die Rahmenbedingungen brauchen, in denen vernetzt und geholfen wird.

Ich sehe zum Beispiel, was die Selbsthilfegruppen leisten. Sie haben aber definitiv nur die Möglichkeiten, die sie sich selber organisieren. Sie haben zu großen Teilen nicht die Kraft, Qualifizierung zu organisieren, sich untereinander zu vernetzen und Ähnliches. Wenn dieses Bedürfnis da ist - am Tag des Ehrenamtes wurden im Landtag immer solche Fragen angesprochen -, dann brauchen sie einfach Ansprechpartner.

Wir dürfen, so glaube ich, auch nicht so tun, als ob die Verwaltung und die Politik - damit meine ich auch die Kommunalpolitik - schon immer erkannt hätten, wie wichtig Bürgerengagement ist. In der Verwaltung und in der Politik blockiert man häufig auch Bürgerengagement. Ich denke, an dieser Stelle braucht man Leute, die von dem, was sie sagen, wirklich Ahnung haben, und die sich auch innerhalb der Struktur durchsetzen können.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Paschke. - Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Es spricht zu Ihnen Herr Abgeordneter Schomburg. Bitte sehr, Herr Schomburg.

Herr Schomburg (CDU):

Danke schön, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Bürger ist in die Politik zurückgekehrt. Während in der DDR, aber auch in den 70er- und 80er-Jahren in der alten Bundesrepublik das ehrenamtliche Engagement eher an den Rand der politischen Aufmerksamkeit rückte, ist spätestens seit dem Jahr 2001, dem Internationalen Jahr der Freiwilligen, das ehrenamtliche Engagement wieder in den Fokus des politischen und sozialwissenschaftlichen Interesses zurückgekehrt. Der Bundestag gründete eine Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Enga-

gements, Freiwilligenbüros schossen aus dem Boden und Bürgerpreise wurden seither gestiftet.

Die Ursache für das neue Interesse am Ehrenamt liegt in der Krise des herkömmlichen Systems wohlfahrtsstaatlicher Sicherung in Deutschland und in den tiefgreifenden Wandlungsprozessen, denen die bundesrepublikanische Gesellschaft derzeit unterliegt. In dieser Situation versprechen die Konzepte einer neuen Bürgergesellschaft oder Zivilgesellschaft neue Perspektiven gesellschaftlicher Gestaltung, die den aktuellen Krisen und Verwerfungen Rechnung tragen sollen, so der Sozialwissenschaftler Christoph Sachse.

Liebe Frau Paschke, der Grund, warum wir uns zu dieser morgendlichen Stunde zu diesem Thema zusammenfinden, ist, so denke ich, verständlich. Wie oft werden solche Themen am Donnerstagabend um 18.30 Uhr oder 19 Uhr verhandelt, fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit?

(Zustimmung bei der CDU)

Deshalb war es durchaus berechtigt, diesen Kunstgriff der Aktuellen Debatte zu wählen, um dieses Thema einmal zu einer attraktiven Zeit, zu der, wie ich hoffe, auch die Presse anwesend ist, zu erörtern.

(Zustimmung bei der CDU)

Woher kommt die Idee des Ehrenamtes? Wo sind seine Wurzeln? - Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland verdankt ihre Entstehung der Preußischen Städteordnung vom November 1808. Diese zielte auf die Integration des aufstrebenden Bürgertums in den absolutistischen Staat durch das Angebot der Verwaltung der lokalen Angelegenheiten durch die Bürger selbst.

§ 191 bestimmte, dass die Bürger zur Übernahme öffentlicher Städtämter verpflichtet waren, ohne dafür ein Entgelt beanspruchen zu können. Diese Regelung bilde gleichsam die Geburtsstunde des bürgerlichen Ehrenamtes. Die Entstehung des Ehrenamtes war somit untrennbar mit der Lokalgemeinschaft verbunden.

Das soziale Ehrenamt wurde im Jahr 1853 durch das später berühmt gewordene „Elberfelder System“ geschaffen, das die Durchführung der öffentlichen Armenpflege als Teil der kommunalen Verwaltung auf der Grundlage der Preußischen Städteordnung zur ehrenamtlichen Aufgabe der männlichen Bürger machte. Die entscheidende Qualifikation des Armenpflegers bestand in seiner Eigenschaft als Bürger und Nachbar und seiner lokalen Vertrautheit und Präsenz.

In den 1890er-Jahren begannen die deutschen Großstädte, die herkömmliche Armenpflege zur kommunalen Sozialpolitik auszubauen. Damit wurde zugleich ein Schub der Bürokratisierung und Professionalisierung in Gang gesetzt, der langfristig diesen Typus ehrenamtlicher Tätigkeit aushöhlte. Kommunale Verwaltung ist heute Bürokratie wie jede andere auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Geht man durch das Land und spricht mit ehrenamtlich Engagierten, so hört man häufig von Problemen bei der Nachwuchsgewinnung. Viele Vereine sind überaltert. Gewerkschaften, aber auch Parteien und Kirchen haben immer mehr Probleme, Jugendliche und junge Erwachsene zum Mittun zu ermuntern.

Ist dieser vielfach subjektiv empfundene Schwund an Ehrenamtlichkeit auch objektiv nachweisbar? - Alle Erhebungen der letzten Jahre, auch der Freiwilligen-Survey „Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaft-

liches Engagement“ - ich nehme einmal die Zahlen des Jahres 1999 - brachten das Gegenteil zutage. Nie waren mehr Menschen in ihrer Freizeit für die Gesellschaft und ihre Mitmenschen tätig als derzeit.

68 % der Bevölkerung in den alten und 55 % der Bevölkerung in den neuen Ländern sind ehrenamtlich tätig. Der Unterschied zwischen den alten und neuen Ländern ergibt sich wohl aufgrund der differierenden sozialen Situation, die ehrenamtliches Engagement einschränkt, weil die Sorge um den Lebensunterhalt und der dazu notwendige Aufwand weitaus höher ist als in den alten Ländern. Sachsen-Anhalt liegt im Übrigen mit 58 % Engagierter über dem Durchschnitt der neuen Länder.

Wo finden wir nun die Freiwilligen, wo engagieren sie sich?

- 7,6 Millionen im Sport,
- 4 Millionen für Schule und Kindergarten,
- 3,8 Millionen für Freizeit und Geselligkeit,
- 3,7 Millionen in den Kirchen,
- 3,4 Millionen für Kultur und Musik,
- 2,8 Millionen im sozialen Bereich,
- 1,9 Millionen in politischen Interessenvertretungen,
- 1,6 Millionen in beruflichen Interessenvertretungen,
- 1,5 Millionen bei Feuerwehr und Rettungsdiensten,
- 1,1 Millionen jeweils für Jugendarbeit/Erwachsenenbildung und Umwelt/Naturschutz.

Im Schnitt leisten die Freiwilligen 23 Stunden im Monat, insgesamt also etwa sechs Milliarden Stunden im Jahr. Als Vergleich dazu mag die Zahl der in der Volkswirtschaft erbrachten Stunden dienen. Das sind 56 Milliarden. Also mehr als 10 % der in der Volkswirtschaft erbrachten Stunden werden im ehrenamtlichen Bereich geleistet. Das soll die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ehrenämter noch einmal verdeutlichen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wo sind nun die Konfliktpunkte im Ehrenamt zu sehen?

- Die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement wie auch die Motivation sind pluraler und differenzierter geworden. Es gibt kein einheitliches Muster des Ehrenamtlichen mehr. Hier zwei Beispiele: Während bei älteren Ehrenamtlichen noch eher altruistische Motive gefunden werden können, verknüpft sich ehrenamtliches Engagement bei jüngeren auch schon oft mit beruflichen oder politischen Ambitionen oder dient in einem gewissen Maß auch der Selbstverwirklichung in Ergänzung zur beruflichen Karriere.

Ein zweites Beispiel. Bei der Bewertung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit findet man nebeneinander die Auffassung „das ist Ausdruck von Wertschätzung“ wie auch die Aussage „das ist eine Entwertung des persönlichen Engagements“.

Die Frage des Miteinanders von Hauptamt und Ehrenamt hat in den letzten Jahren verstärkt an Bedeutung gewonnen, sowohl innerhalb von Verbänden als auch zwischen ehrenamtlich Tätigen und hauptamtlichen Verwaltungen. Natürlich hängt dies mit einem gewachsenen Selbstbewusstsein der Ehrenamtler zusammen, die häufig über ihren Beruf Kompetenzen ins Ehrenamt mit einbringen, die denen des Hauptamters nicht nachstehen.

Dort, wo ehrenamtliche Strukturen durch das Hauptamt getragen werden, gibt es auch immer wieder den Konflikt der Substitution des Hauptamtes durch das Ehrenamt. Diese Diskussionen sind in Zeiten zurückgehender finanzieller Möglichkeiten nicht zu umgehen. Zwei Aspekte sind dabei zu berücksichtigen: Gut vorbereitete

Ehrenamtliche sind in der Lage, mehr zu leisten, als ihnen von vielen Hauptamtlichen zugetraut wird. Und: Eine vollständige Substitution hauptamtlicher Strukturen, insbesondere auf Landes- oder Bundesebene durch Ehrenamtliche ist illusorisch und würde deren Leistungsmöglichkeiten vielfach überfordern.

Viel wird heute über die Gewinnung von neuen Ehrenamtlichen diskutiert. Es gibt dafür kein Patentrezept. Wichtig ist zunächst einmal eine positive Einstellung derjenigen zum Ehrenamt, die neue Mitstreiter gewinnen wollen. Die persönliche Ansprache von potenziellen Ehrenamtlichen und das Vorhandensein einer konkreten und eingrenzbaren Arbeitsaufgabe sind nach den Erfahrungen gute Möglichkeiten, Ehrenamtliche zu gewinnen. Die kontinuierliche Begleitung, geeignete Fortbildungsangebote oder eine angemessene Form des Dankes sind wichtige Faktoren zum Erhalt der Bereitschaft der Ehrenamtlichen.

Insbesondere im Hinblick auf den enorm hohen Anteil von Frauen bei den freiwilligen sozialen Diensten ist es notwendig, dass Frauen gleichberechtigt an verantwortlichen Positionen in ihrem Tätigkeitsbereich teilhaben. Vielfach ist es heute so, dass die Männer die Richtung bestimmen und die Frauen die Arbeit machen.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Das kann nicht unsere Vorstellung von gleichberechtigter Teilhabe an diesem Bereich sein.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

- Guten Morgen! - Weiterhin ist es notwendig, dass eine neue Aufteilung von Aufgaben zwischen Mann und Frau stattfindet und dass freiwillige, unbezahlte Arbeit nicht als Ersatz für den Anspruch auf Erwerbsarbeit angesehen wird, dass Frauen nicht zu alleinigen Trägern ehrenamtlicher Dienste werden, sondern auch Männer sich verstärkt daran beteiligen, dass ehrenamtliche Tätigkeit Anrechnung in späteren beruflichen Tätigkeiten findet bzw. als Vorbereitung für den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit dient.

Die zeitliche Inanspruchnahme durch Ehrenämter muss überschaubar und berechenbar sein. Viele Menschen sind heute eher bereit, sich in befristeten Projekten zu engagieren, als unbefristete Verpflichtungen einzugehen. Die projektorientierte Mitarbeit auf Zeit wird sicherlich zunehmen.

Die Bereitschaft vieler junger Menschen, in unserer demokratischen Gesellschaft mitzuwirken und Verantwortung zu übernehmen, zeigt aber auch die Notwendigkeit zu einem Mut zur Erziehung. Denn konkrete Mitwirkung und Übernahme von Verantwortung werden nur dann gelingen, wenn sie verbunden werden mit Tugenden wie Fleiß, Ordnung, Pflichterfüllung.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU)

Sie werden gleichsam der soziale Kitt, der ein Zusammenleben erst ermöglicht. Ohne die Einübung solcher Sekundärtugenden wird es auf Dauer nicht gelingen, die hohe Mitwirkungsbereitschaft junger Menschen in konkretes Handeln umzusetzen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie bilden die Ethik des Selbstverständlichen, von der die Demokratie lebt. Die klassischen Erziehungsinstanzen Familie und Schule allein mit der Vermittlung dieser sozialen Tugenden zu beauftragen, würde bedeuten, sie zu überfordern. Öffentlichkeit, Medien, Parteien, Verbän-

de und Kirchen bleiben aufgefordert, an dieser Aufgabe mitzuwirken und ihre Verantwortung dafür wahrzunehmen.

Lassen Sie mich zum Abschluss meines Vortrages all denen danken, die in vielen Stunden täglich oder wöchentlich dazu beitragen, dass Sachsen-Anhalt ein lebens- und liebenswertes Land wird und bleibt. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, von Herrn Bischoff, SPD, von Frau Budde, SPD, und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Schomburg. - Meine Damen und Herren! Wir schließen die Aktuelle Debatte ab mit dem Beitrag der SPD-Fraktion. Es spricht zu Ihnen Herr Dr. Fikentscher. Bitte sehr, Herr Dr. Fikentscher.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ehrenamtliche bürgerschaftliche Engagement ist so aktuell wie das Wetter. Insofern könnten wir täglich darüber debattieren. Es ist auch in seiner Vielfalt und seiner Auswirkung auf unsere Gesellschaft von ähnlicher Bedeutung. Deswegen ist es sehr richtig und gut - ich habe es sehr begrüßt -, dass der Ministerpräsident hierzu das Wort genommen hat. Denn es ist tatsächlich eine Querschnittsaufgabe; man darf es nicht auf ein Ressort, auf einen Bereich zurückstutzen.

Aber irgendetwas muss bei der Koordinierung in der Koalition doch schief gelaufen sein. Jedenfalls haben Sie das Thema vorübergehend einmal aus dem Auge verloren. Ich darf daran erinnern, dass am 6. Juli - das ist heute schon erwähnt worden - eine Ehrenamtskonferenz von Ihnen durchgeführt worden ist. Am 8. Juli hatten wir dann hier im Landtag die Diskussion über den PDS-Antrag. Der Antrag ist in den Ausschuss für Kultur und Medien und mitberatend in den Ausschuss für Gesundheit und Soziales überwiesen, aber bis jetzt noch nicht beraten worden.

Man hätte, Ihr Engagement vorausgesetzt, in den Ausschüssen schon etwas tun können.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Feußner, CDU:
Aber der Ausschussvorsitzende kommt doch aus
Ihrer Partei!)

Diesen Antrag hätte man um denjenigen, den Sie haben, ergänzen können. Das ist aber nicht geschehen.

Sie haben, wie Sie selbst schreiben, den Antrag im September für heute angekündigt und den Antrag nun im Oktober eingebracht und dazu noch eine Aktuelle Debatte beantragt. Warum das notwendig ist, erschließt sich höchstens, wenn man auf den nächsten Sonntag in Gommern schaut.

(Beifall bei der SPD)

Das könnte vielleicht einen Grund haben: die damit verbundene Aufforderung, dass in den Medien darüber berichtet werden möge. Die Begründung für die Aktuelle Debatte ist natürlich mit dem Hinweis auf die hessische Ehrenamtsstudie von Anfang September dieses Jahres nicht ganz aus der Luft gegriffen; man hätte es allerdings auch anders einbringen können. Dass der Regierende Bürgermeister von Berlin am 9. September dieses Jahres die ersten Freiwilligenpässe übergeben hat oder die

Ehrenamtskonferenz am 6. Juli dieses Jahres sind auch Zeichen dafür, wie wichtig das Thema von allen genommen wird.

Ein Wort zur hessischen Landesregierung bzw. zu der Studie. Das ist eine dicke Studie von 80 Seiten Umfang, die erst kürzlich erschienen ist. Sie fußt auf einer Vergleichsuntersuchung aus dem Jahr 1999 und heißt: „Gemeinsam aktiv. Bürgerengagement im Land Hessen“. Die Landesehrenamtsagentur hat sie herausgegeben.

Im Vorwort schreibt Ministerpräsident Koch unter anderem: Besonders wichtig sei, die Unsicherheiten beim Versicherungsschutz seien nun Vergangenheit. - Das ist ein ganz wichtiger Punkt, der schon in der Debatte im Juli mit zur Sprache kam und heute an verschiedenen Stellen wieder angesprochen worden ist.

Es wünscht sich also jeder, dass der Versicherungsschutz ausgebaut wird. Ministerpräsident Koch wünscht sich für den Rest Deutschlands, dass andere Länder dem hessischen Beispiel folgen sollten. Das, glaube ich, sollten wir auch tatsächlich tun; denn es hat sich herausgestellt, dass wir insgesamt beim ehrenamtlichen Engagement und damit auch bei der staatlichen Förderung und Organisation des Ganzen ein wenig zurückgeblieben sind.

Es gibt aber inzwischen ein Heft, das hauptsächlich von den Sparkassen herausgegeben worden ist mit der Überschrift: „Sicher engagiert - Versicherungsschutz im Ehrenamt“. Darin können Sie nachgucken, jeder kann nachgucken, welchen Versicherungsschutz man in Anspruch nehmen kann, wo man sich erkundigen kann, was in dem einzelnen Amt möglich ist. Versicherungsschutz im Ehrenamt: Unfallversicherung, Haftpflicht, weitere Versicherungen, die entsprechenden Adressen, das kann man alles entnehmen.

Die Publikation gibt Orientierung und greift denjenigen unter die Arme, die sich ehrenamtlich engagieren, und auch denjenigen von uns, die den Ehrenamtlichen Hilfe angedeihen lassen. Das alles gibt es also schon. Vielleicht sollte das auch in unserem Land Schule machen.

Es wird darin auch über Sammelverträge für die Engagierten informiert. Diese Sammelverträge sind staatlicherseits abgeschlossen worden. Eine schöne Landkarte ist dazu abgebildet: die westlichen Bundesländer, nicht die südlichen und nicht die östlichen außer Berlin, sind schon dabei. Sachsen-Anhalt ist noch nicht dabei. Es wäre durchaus möglich, dass sich das Land dem anschließt. Sechs Bundesländer sind dabei, Hessen auch.

(Zustimmung bei der SPD)

Nun noch ein paar Bemerkungen zu dem Antrag, der mit der Aktuellen Debatte verbunden ist, was vernünftig ist. Der erste Punkt, die Bedeutung des Ehrenamts, das weiß jeder, das können wir abhaken. Das ist eine klare Sache und dem widerspricht niemand. Dass der Landtag all den Ehrenamtlichen dankt, ist auch eine schöne Geste; das machen wir gern, bringt aber auch nichts weiter.

(Frau Feußner, CDU: Na also, so nun auch nicht! Das finde ich abwertend!)

- Ich habe es doch nicht abgewertet. Sie haben es geschrieben und ich habe nur gesagt, dass es gut ist und dass wir dazu stehen. Aber darüber brauchen wir jetzt nicht zu streiten.

Der vierte und letzte Punkt, die Aufforderung an die Medien: Ich beteilige mich auch gern einmal an Medienschelte, aber die Medien berichten jedenfalls bei uns, in der „Mitteldeutschen Zeitung“, vergleichsweise viel über ehrenamtliches Engagement, über einzelne Personen oder Gruppen. Sie können aber immer noch mehr machen, und sie aufzufordern, mehr zu berichten, ist in Ordnung.

Kernstück Ihres Antrages ist aber der dritte Punkt. Darin wird zunächst die Landesverwaltung aufgefordert, bürgerfreundlicher zu werden. - Das sollten wir einmal beschließen. Wir beschließen einfach einmal, die Landesverwaltung wird bürgerfreundlicher. Dann hätten wir es doch.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Dass ein gestuftes Anerkennungssystem ausgearbeitet werden muss, das ist auch richtig. Die Landesregierung ist offensichtlich schon dabei, daran zu arbeiten, wenn auch ein bisschen verzögert. Ich sagte schon, wir sind ein klein wenig Entwicklungsland in dieser Hinsicht, aber dennoch ist es gut, dass die Landesregierung daran arbeitet.

Die Modernisierung der Verwaltungs- und Zuwendungspraxis: Im Mai dieses Jahres ist schon der Runderlass des Finanzministers gekommen; der Herr Ministerpräsident hat es erwähnt. Es wäre interessant zu erfahren, was er gebracht hat. Ein bisschen Laufzeit muss man ja einem solchen Erlass geben. Wir werden demnächst sicherlich einmal herausfinden müssen, an welcher Stelle der Erlass etwas gebracht hat. Ich höre immer wieder, dass die Vereine und Verbände, die auf ehrenamtliches Engagement angewiesen sind, unverändert große Schwierigkeiten haben, an Mittel heranzukommen. Ob der Erlass selbst oder seine Umsetzung daran etwas ändern konnte, das lässt sich jedenfalls im Moment für uns noch nicht herausfinden.

Kernstück des Ganzes ist tatsächlich die Modernisierung der Zuwendungspraxis, weil es um das Geld geht, das überall fehlt. Wir müssen feststellen, je besser es einem Land geht, je höher der durchschnittliche Wohlstand ist, umso besser ist auch das ehrenamtliche Engagement. Die Länder und Gegenden, die es am nötigsten hätten, haben also am wenigsten von ehrenamtlichem Engagement. Das ist ein natürlicher Zusammenhang, den wir leider nicht ganz auflösen können, aber mit öffentlicher Hilfe vielleicht ein klein wenig besser machen können.

Ihre weiteren Punkte wie etwa eine Bundesratsinitiative: Nun gut, das kommt öfters vor. Vielleicht kann man in den künftigen Koalitionsvertrag auch diese Punkte mit einbringen. Dieser Vertrag soll ja sehr intensiv verhandelt werden und wird sicherlich sehr viele Punkte enthalten. Das wäre eine Gelegenheit. Dann muss man nicht den Umweg über den Bundesrat gehen.

Fortbildungssysteme gibt es zum Teil schon. Das ist eine schwierige Angelegenheit. Ressortübergreifend wird man im Ausschuss darüber reden können.

Schließlich Handreichungen: Ich habe eine von den wichtigen Handreichungen, die es woanders schon gibt, erwähnt. Das wird man machen müssen, weil sich fast alles immer auf den Versicherungsschutz konzentriert. Sammelversicherungen erwähnte ich; Sachsen-Anhalt sollte diesen Schritt gehen.

Es gibt allerdings noch andere Punkte, die in Ihrem Antrag nicht enthalten sind und die wir in den Ausschuss einbringen werden und diskutieren müssen wie zum Beispiel den Aufbau von Freiwilligenagenturen. Es gibt bisher erst eine arbeitsfähige Agentur in Halle. Im Harz und in Magdeburg sind sie im Begriff, sich aufzubauen. Das reicht noch nicht. Ich weiß aus Halle, dass die Sache funktioniert und dass viel geschieht. Es sind viele sehr engagierte Leute dabei, die das organisieren, weil es viele Menschen gibt, die sagen, sie wollen etwas tun. Darin finden diese eine Stelle, die ihnen sagt, jawohl, für Sie, für dich ist etwas dabei. Das sollte man weiter aufbauen.

Das Landesnetzwerk sollte auch ausgebaut werden. Bundesnetzwerke - wir haben schon beim vergangenen Mal kritisch darüber diskutiert. Ich möchte nicht, dass das Ehrenamt verstaatlicht wird.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Ich möchte aber natürlich gleichzeitig, dass man den Ehrenamtlichen die Hilfestellung gibt, die notwendig und seitens des Landes, des Staates möglich ist. Den richtigen Weg zu finden, wird in einem insgesamt relativ armen Land besonders schwierig sein.

Meine Damen und Herren! Kurzum, dieses Thema ist wichtig und vielfältig. Sachsen-Anhalt hinkt in einigen wichtigen Punkten anderen Bundesländern hinterher. Wir müssen aufholen, wir müssen uns gemeinsam anstrengen. Die Regierung sollte handeln und sich das Beispiel Hessen vor Augen führen. Inzwischen gibt es ja dieses schöne Papier, in das man hineinschauen kann, wie man das alles machen kann.

In den Ausschüssen sollte nun zügig beraten werden - nicht liegen lassen. Wir hatten eigentlich die Absicht, alle Ausschüsse außer dem Petitionsausschuss damit zu beschäftigen, aber das würde ein bisschen zu weit führen, weil wir das Ganze dann vielleicht so lange beraten, bis es der Diskontinuität verfällt. Wir schlagen also die Ausschüsse für Kultur und Medien, für Inneres, für Soziales und Gesundheit und natürlich auch für Finanzen, weil das Thema mit einer Menge Geld zu tun hat, vor.

Der Beitrag des Ministerpräsidenten hat gezeigt, dass die Regierung das Thema ernst nimmt, dass sie von sich aus in einigen Punkten schon tätig ist. Hoffentlich können wir also in den Ausschüssen gemeinsam gut darüber beraten. Wir haben auf einen Änderungsantrag verzichtet, mit dem wir all das, was ich jetzt gesagt habe, hätten einbringen können. Das kann alles im Ausschuss geschehen.

Ich bin nicht ganz der Meinung von Frau Paschke - sie hat es vielleicht auch nicht so gemeint -, dass wir jetzt damit abtauchen sollten, sondern wir sollten das Thema sehr wohl hoch halten und ständig in die Öffentlichkeit bringen,

(Frau Bull, Linkspartei.PDS: Tiefer! - Weitere Zurufe von der Linkspartei.PDS)

damit auch alle feststellen, dass sich der Landtag damit beschäftigt und nicht nur Sonntagsreden hält. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS, von Frau Dr. Hüskens, FDP, und von Ministerpräsident Herrn Prof. Dr. Böhmer)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Fikentscher.

Meine Damen und Herren! Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung nicht gefasst. Damit können wir das erste Thema im Rahmen der Aktuellen Debatte abschließen.

Ich rufe das zweite Thema der Aktuellen Debatte auf:

Fragwürdige Rolle des Wirtschaftsministers bei der Versteigerung des Schlosshotels Ilsenburg

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 4/2413

Für die Debatte schlagen wir folgende Reihenfolge vor: SPD, FDP, Linkspartei.PDS und CDU. Zunächst hat der Antragsteller, die SPD, das Wort. Ich erteile dem Abgeordneten Herrn Metke das Wort. Bitte sehr, Herr Metke.

Herr Metke (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich dem Vorgang nähert, der Anlass für die von uns beantragte Aktuelle Debatte ist, dann ist es sicherlich hilfreich, die Dinge zu sortieren. Man läuft sonst Gefahr, bei den zahlreichen Merkwürdigkeiten, Ungereimtheiten und dubiosen Begleitumständen den Blick auf das Wesentliche zu verlieren.

Ich beginne deshalb mit den Punkten, die offenkundig unstrittig sind. Am 19. Juli dieses Jahres ersteigerte die Fürstin Maria zu Stolberg-Wernigerode in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Stiftung Kloster Ilsenburg vor dem Amtsgericht Wernigerode das Hotel Schloss Ilsenburg zu einem Preis von 385 000 €.

(Herr Gürth, CDU: Die Stiftung hat ersteigert?)

- In ihrer Eigenschaft als Stiftungsvorsitzende; das habe ich doch gerade gesagt. Hören Sie doch einfach zu. Das Thema wird schon schwierig genug. Hören Sie einfach zu.

Unstrittig ist auch, dass die Stiftung erst durch die Spende der NordLB in Höhe von 360 000 € in die Lage versetzt wurde, das Hotel Schloss Ilsenburg zu ersteigern. Fest steht ebenfalls, dass Minister Rehberger als Mitglied dieser Landesregierung mehrfach massiv tätig geworden ist, um diese Spende zu akquirieren.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Nein, beweisen Sie es!)

Damit haben sich die Abläufe, die man als unstrittig bezeichnen kann, aber bereits erschöpft. Die Dinge, die jetzt angesprochen werden müssen, erinnern mich teilweise in ihrer Fragwürdigkeit an Vorgänge, die man sonst nur aus latein- oder mittelamerikanischen Ländern kennt.

(Zurufe von der CDU)

- Verausgaben Sie sich nicht jetzt schon, sondern teilen Sie sich Ihre Kräfte ein. - Da ist zunächst die Zwangsversteigerung vom 19. Juli 2005 selbst. In einer Pressekonferenz am 12. September 2005 sowie einer Pressemitteilung vom selben Tag behauptet Minister Rehberger mehrfach, dass bei der Versteigerung ein Mindestgebot von 385 000 € festgelegt war. Er leitet daraus ab, dass selbst bei Vorhandensein eines weiteren Bieters mit ei-

nem Gebot in Höhe 200 000 € das Mindestgebot unterschritten worden wäre und damit kein Zuschlag hätte erzielt werden können.

Die Tatsachen aber sehen anders aus. Das Protokoll des Amtsgerichts Wernigerode weist als Mindestgebot einen Betrag in Höhe von 78 918 € aus. Selbst die NordLB als Gläubigerbank hat zwischenzeitlich einräumt, dass eine Ersteigerung des Hotels sehr wohl zu einem geringeren Gebot als 385 000 € möglich gewesen wäre.

(Herr Daldrup, CDU: Nein!)

Weiterhin erklärt die Landesregierung in der Antwort vom 14. September 2005 auf meine Kleine Anfrage, dass zu keinem Zeitpunkt von einem Bieter im Vorfeld der Versteigerung eine Sicherheitsleistung verlangt wurde. Mehr noch: In der Antwort wird sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass vorsorgliche Sicherheitsleistungen unzulässig sind. - So weit die Theorie.

Die Praxis zeigt etwas völlig anderes. So verlangte die Gläubigerbank im Vorfeld der Versteigerung von einem anderen Bieter eine Sicherheitsleistung in Form eines Barschecks. Erst nach mehreren Gesprächen zwischen dem Anwalt des Interessenten und der NordLB begnügte diese sich mit einer Bankbürgschaft. Ganz offensichtlich sollte ein weiterer Bieter bereits im Vorfeld der Versteigerung aus dem Rennen geworfen werden.

(Frau Feußner, CDU: Das ist eine Unterstellung!)

Wichtigstes Prinzip einer Zwangsversteigerung ist die Transparenz des Verfahrens für alle Beteiligten. Diese wurde aber nur für einen kleinen Teil der Beteiligten hergestellt.

(Herr Gürth, CDU: Diese Verfahrensweise ist bei solchen Versteigerungen durchaus üblich!)

Bei den Vorgesprächen, die zu der Versteigerung zwischen der NordLB, Herrn Rehberger und der Stiftungsvorsitzenden geführt wurden, muss davon ausgegangen werden, dass die Vorsitzende der Stiftung genaugestens über einen weiteren Bieter informiert war und durch die verlangte Bankbürgschaft auch wusste, welchen Betrag dieser bieten würde.

(Frau Feußner, CDU: Wo nehmen Sie die Theorie her?)

Das erklärt im Übrigen auch, warum die Stiftungsvorsitzende unmittelbar nach der Eröffnung der Versteigerung nach vorn stürzte und sofort ein Gebot von 385 000 € abgab.

Allen anderen dagegen blieb verborgen, dass dieses Gebot erst durch die Spende der NordLB möglich war. An der Börse wären derartige Absprachen unzulässige Insidergeschäfte und würden sofort Ermittlungen der BaFin auslösen.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Das ist doch albern! Das ist ein schlechtes Wahlkampfthema!)

Die Krönung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Versteigerung ist aber Ihre Behauptung, Herr Rehberger, dass Sie erst durch meine Kleine Anfrage davon erfahren haben, dass es einen weiteren Interessenten gibt.

(Herr Kehl, FDP: Siehe Brief des Bürgermeisters!)

Diese Behauptung ist schlichtweg skandalös, weil Sie genau wissen, dass es vor der Versteigerung mehrere Gespräche gab, an denen unter anderem auch der Bürgermeister der Stadt Ilsenburg Wilfried Obermüller teilgenommen hat; zu dem komme ich jetzt.

(Herr Tullner, CDU: Haben Sie das Schreiben des Bürgermeisters gelesen? - Unruhe bei der CDU)

- Bleiben Sie doch ganz ruhig! - Dazu Obermüller in einer Erklärung wörtlich - ich zitiere -:

„Minister Rehberger war durch mehrere persönliche Unterredungen mit mir genaugestens über die gesamte Situation unterrichtet. Er wusste auch, dass sich ein finanzstarker Bewerber, der sich sowohl in Ilsenburg als auch in Schierke bereits wirtschaftlich positiv hervorgetan hat, an der Versteigerung beteiligen wird.“

(Frau Budde, SPD: Richtig!)

Obwohl alle Gespräche auf Ihnen, Herr Minister, ausdrücklichen Wunsch zustande gekommen sind, will ich Ihnen gern bei den Terminen behilflich sein. So fand ein erstes Gespräch bereits am 17. März dieses Jahres statt - man höre und staune -, ein weiteres am 8. Juli und ein drittes Gespräch am 15. Juli, also vier Tage vor der Versteigerung.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Bei all dem bleibt mir nur festzustellen: Herr Minister, Sie haben das Parlament belogen.

(Beifall bei der SPD - Frau Feußner, CDU: Weil er Gespräche führt, oder wie?)

Meine Damen und Herren! Welche Energien Herr Rehberger in diesen Vorgang investiert hat, wird erst deutlich, wenn man weiß, dass er auch bei anderen Unternehmen angeklopft hat, um eine Spende für den Hoteldeal zu erhalten.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter, Sie sind bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Hüskens zu beantworten?

Herr Metke (SPD):

Das machen wir zum Schluss.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Am Ende.

Herr Metke (SPD):

So beispielsweise bei der Salzgitter AG, die in Ilsenburg mit einem Tochterunternehmen vertreten ist. Hier wird die ganze Geschichte vollends fragwürdig, weil in diesem Fall ein Fördermittelgeber, nämlich der Minister, bei einem potenziellen Fördermittelnehmer, nämlich der Salzgitter AG, eine Spendebereitschaft abfragt.

(Unruhe bei der CDU)

Beide wissen, in welchem Verhältnis sie im Fördermittelgeschäft zueinander stehen. Was ich meine, will ich an einem Beispiel deutlich machen: Ein Bürgermeister lässt seine Sekretärin bei einem örtlichen Autohändler anrufen. Sie verlangt den Geschäftsführer und teilt die-

sem mit, dass der Bürgermeister ein neues Auto benötigt. Gleichzeitig fragt sie nach, was denn ein bestimmtes Fahrzeug mit einer ganz bestimmten Ausstattung kosten würde.

(Zuruf von Frau Dr. Hüskens, FDP)

Dieses Beispiel stammt aus dem Buch „Korruption und Untreue im öffentlichen Dienst“, das von einem Rechnungsprüfungsamsleiter und einem Oberstaatsanwalt herausgegeben wurde. Natürlich ist dieser Vorrang strafrechtlich nicht relevant. Er verstößt aber bereits eklant gegen notwendige Ethikgrundsätze für Führungskräfte, die bei der Korruptionsprävention unverzichtbar sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Interessant ist im Übrigen auch, dass die Salzgitter AG nach anfänglicher Spendenbereitschaft ihre Ablehnung damit begründet hat, dass ein wirtschaftliches Nutzungskonzept fehlt.

(Zustimmung bei der SPD - Frau Feußner, CDU: Peinlich!)

Dieses Wirtschaftskonzept fehlt bis heute. Es fehlt aber auch ein Finanzierungskonzept, da die Stiftung über keine ausreichenden Eigenmittel verfügt. Auch hierbei soll offenbar der Steuerzahler zur Kasse gebeten werden.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

So ist in der Antwort auf meine Kleine Anfrage nachzulesen, dass durchzuführende Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ gefördert werden sollen.

Das ist ein weiterer bemerkenswerter Sachverhalt, der im Übrigen von langer Hand vorbereitet wurde. So nahmen Spitzenbeamte von Herrn Daehre an einer Besprechung mit Herrn Rehberger und der Fürstin bereits am 17. März 2005, also vier Monate vor der Versteigerung, teil.

Der erstaunliche Arbeitseifer der Ministerialbürokratie setzte sich fort. Knapp eine Woche nach der Versteigerung standen wiederum zwei Spitzenbeamte aus dem Wohnungsbauministerium beim Bürgermeister in Ilsenburg auf der Matte, um zu klären, wie mehrere Hunderttausend Euro möglichst problem- und geräuschlos für die Hotelsanierung durchgeschleust werden könnten.

(Herr Tullner, CDU, lacht - Herr Gürth, CDU: Oh!)

Besonders makaber ist: Am selben Tag erhielt der Bürgermeister den Bescheid vom Landesverwaltungsamts, dass die von der Stadt Ilsenburg benötigten Städtebaufördermittel für das Jahr 2005 komplett gestrichen wurden.

Meine Damen und Herren! Wer mir jetzt noch erzählen will, dass dies normales Verwaltungshandeln ist, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

(Beifall bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Ich kann nur hoffen, dass derartige Verfahrensweisen ohne Wissen der Hausspitze erfolgt sind; denn bisher hatte ich in diesen Fragen ein anderes Bild von Herrn Daehre.

(Herr Gürth, CDU: Es wird immer unseriöser mit Ihnen, Herr Metke!)

Meine Damen und Herren! Auf der einen Seite die Stiftung, kein Wirtschaftskonzept, keine Finanzierung - auf der anderen Seite ein finanzstarker privater Investor,

(Herr Dr. Schrader, FDP: Was? - Frau Dr. Hüskens, FDP: Finanzstark? Super!)

der mit einem regulären Hotelbetrieb 20 Dauerarbeitsplätze schaffen will. Und letztlich gibt es einen Wirtschaftsminister, der mit seiner massiven Einflussnahme zugunsten der Stiftung in eklatanter Weise gegen seine Amtspflichten, nämlich gegen die Pflicht hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen, verstößt.

(Herr Gürth, CDU: Sie machen sich restlos lächerlich! - Frau Feußner, CDU, lacht)

- Sie können all das gleich aufgreifen. Wir können gern darüber diskutieren. Darauf freue ich mich schon.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Natürlich fragt man nach den Motiven. Vielleicht findet sich das Motiv in der Pressemitteilung vom 12. September 2005. Dort wird zur Historie ausgeführt, dass der Klosterkomplex bis zur Enteignung durch die sowjetische Besatzungsmacht im Jahr 1945 im Familienbesitz der Fürstenfamilie zu Stolberg-Wernigerode war.

(Frau Budde, SPD: Oho!)

Herr Rehberger, ist das vielleicht Ihr Verständnis von Eigentum, bezogen auf die Enteignungen in den Jahren von 1945 bis 1949?

(Oh! bei der CDU - Herr Dr. Schrader, FDP: Das ist eine Frechheit!)

Vielleicht sehen Sie ähnlich wie der Ministerpräsident von Niedersachsen die Notwendigkeit, die Bodenreform über eine Bundesratsinitiative noch einmal zum Thema zu machen.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Herr Tullner, CDU: Mein Gott! Nein, wirklich! - Zurufe von Frau Dr. Hüskens, FDP, von Herrn Wolpert, FDP, und von der CDU)

- Sparen Sie sich Ihre Kräfte!

(Herr Tullner, CDU: Das ist unterstes Niveau, was Sie hier ablassen, wirklich!)

Wenn dies Ihre Motivation ist, Herr Rehberger, dann sollten Sie damit nicht länger hinter dem Berg halten und den Menschen in Sachsen-Anhalt deutlich sagen, was wir in Sachen Bodenreform von Ihnen zu erwarten haben.

(Herr Gürth, CDU: Was die SPD so an Reden hält, ist schon stark!)

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Rehberger, lassen Sie es mich zum Abschluss auf den Punkt bringen:

(Zurufe von Frau Dr. Hüskens, FDP, und von Frau Feußner, CDU)

Sie haben sich durch Ihre Verhaltens- und Verfahrensweise als Wirtschaftsminister dieses Landes selbst disreditiert.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Für uns ergibt sich daraus nur eine Konsequenz: Treten Sie zurück!

(Beifall bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS
- Zuruf von Herrn Krause, Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Dr. Hüskens, Sie können Ihre Frage stellen.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Ich habe zwei kurze Fragen, Herr Metke. Zum einen haben Sie zitiert, dass Herr Obermüller Ihnen gegenüber dokumentiert habe, dass er den Minister informiert hat. Woher beziehen Sie diese Information? Nur aus einem Gespräch? Oder gibt es das schriftlich?

Des Weiteren möchte ich gern wissen, welchen Förderantrag die Salzgitter AG beim Land Sachsen-Anhalt gestellt hat.

Herr Metke (SPD):

Zum ersten Punkt. Es gibt eine schriftliche Erklärung, die im Übrigen auch den Medien vorliegt. Leider ist sie bisher noch nicht veröffentlicht worden.

(Zurufe von Frau Feußner, CDU, und von Herrn Tullner, CDU)

Sie ist also auch jederzeit einsehbar.

(Herr Tullner, CDU: Wo denn?)

Es gibt auch überhaupt kein Problem damit, dass Herr Obermüller das bestätigt. Es gibt also eine schriftliche Erklärung und darin wird -

(Herr Tullner, CDU: Dann zeigen Sie sie einmal vor! - Weitere Zurufe von der CDU - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Die Kollegen des Finanzausschusses haben sie! - Herr Krause, Linkspartei.PDS: Man kann sich auch informieren und darf sich nicht dumm stellen! - Herr Reck, SPD: Genau!)

Wenn Sie vor Ort beim Bürgermeister gewesen wären, hätte er Ihnen diese Erklärung sicherlich mitgegeben. Ich kann mich nicht entsinnen, dass dort überhaupt jemand von Ihrer Fraktion nachgefragt hätte.

(Herr Tullner, CDU: Das ist doch abenteuerlich!
- Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Die zweite Frage möchte ich auch beantworten. Es geht gar nicht darum, dass sozusagen ein aktueller Fördermittelantrag läuft. Ich habe deutlich gesagt, dass es ein potenzieller Fördermittelnehmer ist.

(Lachen und Oh! bei der CDU und bei der FDP)

- Ja, selbstverständlich. - Diese Unternehmen stellen im Übrigen des Öfteren Fördermittelanträge. Es geht überhaupt nicht um die Frage, ob es dort einen konkreten Antrag gibt, sondern es geht um das Verhältnis zwischen Fördermittelgeber und Fördermittelnehmer.

(Beifall bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS
- Frau Budde, SPD: Richtig!)

Das ist bereits genau der Punkt, an dem die Ethikgrundsätze nach unserer Auffassung nicht eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Metke, sind Sie bereit, eine weitere Frage von Frau Dr. Hüskens zu beantworten?

Herr Metke (SPD):

Gern.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Nur zum Verständnis, Herr Metke, damit die letzten Punkte, die ich richtig Klasse finde, noch einmal aufgegriffen werden. Ich gehe also davon aus, dass die SPD niemals - niemals in dieser Republik - von einem Unternehmen eine Spende eingefordert hat, weil es hätte sein können, dass der Abgeordnete, der die Spende holt, irgendwann einmal Wirtschaftsminister wird und dann auf Fördertöpfen Einfluss hat. Verstehe ich das so richtig?

(Frau Feußner, CDU: Vor allem die Gewerkschaft! Darüber lache ich mich ja am meisten kaputt!)

Diese Logik finde ich ganz toll, Herr Metke.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, auch eine Frage des Abgeordneten Herrn Wolpert zu beantworten? - Herr Wolpert, Sie haben sich nicht gemeldet? Das wurde mir hier signalisiert. - Dann, Herr Metke, vielen Dank für Ihren Beitrag.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Wir setzen die Debatte fort, meine Damen und Herren. Jetzt hat Herr Minister Dr. Rehberger das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von der SPD-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte und insbesondere das, was Herr Metke eben zum Kloster Ilsenburg ausgeführt hat, wird im Landtag von Sachsen-Anhalt und in anderen Parlamenten der Bundesrepublik hoffentlich nicht Schule machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Herr Krause, Linkspartei.PDS: Ihr Verhalten meinen Sie wohl!)

Dem legitimen Wunsch der SPD-Fraktion, umfassend über den Erwerb des früheren Schlosshotels Ilsenburg durch die gemeinnützige private Stiftung Kloster Ilsenburg informiert zu werden, hat der Landtag dadurch Rechnung getragen, dass für den 13. Oktober 2005 eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Wirtschaft und Arbeit sowie für Finanzen anberaumt worden ist, in der nicht nur das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, sondern auch andere Beteiligte Auskunft über die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Aspekte geben, die zum Erwerb des Gebäudes durch die Stiftung Kloster Ilsenburg geführt haben.

Wenn die SPD-Fraktion noch vor dieser Sitzung eine Aktuelle Debatte beantragt hat und sehr weitreichende

Forderungen erhebt - jedenfalls hat Herr Metke das getan -, dann drängt sich die Frage auf, ob sie ernsthaft an einer umfassenden Darstellung des Sachverhalts interessiert ist

(Herr Gürth, CDU: Das wollen sie doch gar nicht!)

oder ob ohne Rücksicht auf die Belange der Stiftung und anderer Beteiligter Wahlkampf gemacht werden soll.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Verehrter Herr Metke, sollte Letzteres der Fall sein, ist das für Sie nicht ohne Risiko. Heinrich von Kleist ver danken wir das Schauspiel „Der zerbrochene Krug“.

(Lachen bei der SPD)

Die Schlüsselfigur ist der Dorfrichter Adam. Am Anfang tritt er als leibhaftiges Schwert der Gerechtigkeit auf, am Schluss steht er als begossener Pudel da. So etwas kann auch einem Abgeordneten passieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von Frau Budde, SPD, und von Herrn Czeke, Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, den Sachverhalt an dieser Stelle umfassend darzustellen; dazu fehlt die Zeit, dazu fehlt aber auch das Recht,

(Herr Reck, SPD: Ja, ja!)

interne Vorgänge einer privaten Stiftung öffentlich auszubreiten.

(Zuruf von Herrn Krause, Linkspartei.PDS)

Im Kern ist die gesamte öffentliche Debatte über den Erwerb des Gebäudes durch die Stiftung auf einen schweren, wohl nicht mehr heilbaren Konflikt zwischen der Mehrheit des dreiköpfigen Stiftungsvorstands und der Minderheit, nämlich dem Bürgermeister von Ilsenburg Herrn Obermüller, zurückzuführen.

(Zustimmung bei der FDP - Zuruf von Herrn Krause, Linkspartei.PDS - Herr Dr. Schrader, FDP: Herr Krause, bleiben Sie ruhig!)

Das Konzept der Mehrheit besteht darin - -

(Herr Krause, Linkspartei.PDS: Lesen Sie nicht den Brief von Herrn Obermüller? - Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Den habe mit großem Interesse gelesen;

(Zuruf von Herrn Krause, Linkspartei.PDS)

denn, meine Damen und Herren, er gibt Auskünfte, die äußerst hilfreich sind, was ich gar nicht von ihm erwartet hätte.

Meine Damen und Herren! Das Konzept der Mehrheit besteht darin, ein, wie ich glaube, sehr interessantes Segment des Tourismus zu erschließen, indem das Kloster Ilsenburg zu einer Stätte der Begegnung und der stillen Einkehr gemacht wird. Vorträge, Konzerte und Theateraufführungen sind ebenso Bestandteil des Konzepts wie die Unterbringung der Besucher in einem Gästehaus. Das Konzept der Minderheit besteht dagegen in dem Versuch, das ehemalige, in Konkurs gegangene Hotel zu reaktivieren.

Meine Damen und Herren! Beide Konzepte beinhalten die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch in einem Gäste-

haus müssen Betten gemacht und Räume gesäubert werden. Auch in einem Gästehaus muss für die Verköstigung der Besucher gesorgt werden. Gebratene Täuben, die einem zufliegen, gibt es nur im Schlaraffenland, aber gewiss nicht in Ilsenburg.

Die entscheidende Frage - darüber werden wir uns in den Ausschüssen unterhalten - lautet also: Welches Konzept verspricht den größeren Erfolg?

(Frau Dr. Weiher, Linkspartei.PDS: Es gibt kein Konzept!)

Davon hängt ab, wie viele neue Arbeitsplätze dauerhaft entstehen werden.

(Herr Krause, Linkspartei.PDS: Es liegt doch noch gar nichts auf dem Tisch! Reden Sie doch nicht! - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren!

(Herr Krause, Linkspartei.PDS: Andere werden wegen fehlender Unterlagen gar nicht beachtet! Sie erzählen hier ein Märchen, Herr Minister! - Frau Feußner, CDU: Herr Krause, an Ihrer Stelle würde ich ganz ruhig sein! - Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich an dieser Stelle angesichts dessen, was hier ausgeführt worden ist, drei Feststellungen treffen.

(Unruhe)

Erstens. Das im Jahr 1003 gegründete Benediktiner-Kloster in Ilsenburg ist sowohl baugeschichtlich als auch religiengeschichtlich ein wichtiger Bestandteil der Straße der Romanik. Dass die völlig heruntergekommenen, als Schuttabladeplatz genutzten mittelalterlichen Klostergebäude nach der Wende in vorbildlicher Weise wieder restauriert worden sind, ist in erster Linie der Familie des Fürsten zu Stollberg-Wernigerode zu verdanken. Unmittelbar nach der Wende sammelte die Familie für erste Sanierungsmaßnahmen rund 700 000 DM.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Im Jahr 2000 rief sie die Stiftung Kloster Ilsenburg ins Leben. Der Stiftung ist es gelungen, in den Jahren 2001 bis 2004 insgesamt rund 1,75 Millionen € für die Wiederherstellung der Klostergebäude zu akquirieren. Der Zweck der gemeinnützigen Stiftung ist - ich zitiere wörtlich -

„die Sanierung und Unterhaltung des Klosters Ilsenburg einschließlich seiner Außenanlagen und seine Öffnung für die Öffentlichkeit.“

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank - Minister Herr Prof. Dr. Paqué: So ist es!)

Meine Damen und Herren! Ich finde es in höchstem Maße bedauerlich, dass das vorbildliche Engagement der Familie und insbesondere der Fürstin zu Stollberg-Wernigerode

(Herr Reck, SPD: Darum geht es gar nicht! - Unruhe)

für die Wiederherstellung und dauerhafte öffentliche Zugänglichkeit des Klosters Ilsenburg

(Herr Reck, SPD: Darum geht es nicht! - Unruhe)

jetzt von einigen Personen systematisch in Misskredit gebracht werden soll. Meine Damen und Herren!

(Herr Reck, SPD: Hier geht es um den Minister Rehberger! - Zuruf von Herrn Krause, Linkspartei.PDS - Weitere Zurufe von der SPD und von der Linkspartei.PDS - Unruhe)

- Herr Kollege Krause, seien Sie doch ein bisschen leiser.

(Herr Krause, Linkspartei.PDS: Das sind Tatsachen! - Zurufe von der FDP und von der CDU - Weitere Zurufe von der Linkspartei.PDS - Unruhe)

Mit den Revolutionen - -

(Starke Unruhe)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie auf beiden Seiten, sich etwas zu mäßigen. Sie haben nachher über Ihre Sprecher die Möglichkeit, sich hier zu äußern.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Krause, mit den Revolutionen von 1831, 1848 und 1918 sind in Deutschland zu Recht alle Adelsprivilegien abgeschafft worden.

(Zuruf von Herrn Reck, SPD)

Aber auch adelige Personen haben, wie jeder Bürger unseres Landes, einen Anspruch auf eine faire Behandlung.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Wenn sie sich, wie insbesondere die Fürstin zu Stolberg, so erfolgreich für die Wiederherstellung und öffentliche Zugänglichkeit eines hochbedeutsamen historischen Gebäudes engagiert haben, haben sie nicht öffentliche Beschimpfungen, sondern unseren Dank verdient.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank - Herr Reck, SPD: Es geht um Ihre Arbeit!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Metke zu beantworten?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Anschließend. Jetzt nicht.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Am Ende, Herr Metke.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Zweitens - vielleicht ist die Frage gleich beantwortet - :

(Unruhe bei der SPD)

Ein Teil des Klosterareals, nämlich das so genannte Schlosshotel, gehörte einem Unternehmer, der das Gebäude von der Treuhand erworben und als Hotel betrieben hat. Im Jahr 2001 musste er Insolvenz anmelden. Mehrere Versuche der NordLB als Hauptgläubigerin, das auf 1,8 Millionen € geschätzte Gebäude zu veräußern, scheiterten in den Jahren 2002 bis 2004. Das Gebäude verfiel.

Die Stiftung wandte sich daraufhin an den Vorstand der Bank sowie an die Landesregierung mit der Bitte, ihr den satzungsgemäßen Erwerb des Gebäudes zu ermöglichen. Dies hat die Bank auch unter Berücksichtigung einer entsprechenden Bitte von mir getan, indem sie der Stiftung einen Betrag von 360 000 € zum Erwerb des Gebäudes zur Verfügung gestellt und einen erneuten Termin für die Zwangsversteigerung beantragt hat.

Der Betrag von 360 000 € entspricht einem Anteil von 20 % des Verkehrswerts und war insolvenzrechtlich die allerunterste Grenze des Kaufpreises. Denn, meine Damen und Herren, das Insolvenzrecht dient nicht nur den Gläubigern,

(Frau Fischer, Merseburg, CDU: Genau so ist es!)

sondern es schützt auch den Schuldner vor einer Verschleuderung seines Vermögens.

Zu dem Zwangsversteigerungstermin am 19. Juli 2005 hat lediglich die Stiftung Kloster Ilsenburg mit 385 000 € ein insolvenzrechtlich tragfähiges Angebot unterbreitet und damit den Zuschlag erhalten. Ein Kaufgebot unter 360 000 € hätte selbst dann nicht den Zuschlag erhalten können, wenn es das einzige gewesen wäre. Der Leerstand und der Verfallsprozess des ehemaligen Schlosshotels wären also weitergegangen.

Wer behauptet, ich hätte in Ilsenburg die Entstehung von Arbeitsplätzen verhindert, stellt die Fakten auf den Kopf. Richtig ist, dass nur mit dem jetzt beschrittenen Weg wieder neue Arbeitsplätze entstehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Eine dritte und letzte Feststellung. Unter dem 18. Juli 2005, also einen Tag vor dem fünften Versuch der Zwangsversteigerung in Sachen Schlosshotel Ilsenburg, erreichte mich per Fax ein Schreiben des bis Juni 2005 dem Stiftungsvorstand angehörenden Bürgermeisters der Stadt Ilsenburg. Das Schreiben enthält massive Kritik an der Vorstandsvorsitzenden. Über einen privaten Mitbieter enthält hingegen dieses Schreiben kein Sterbenswörtlein, obwohl der Bürgermeister zu diesem Zeitpunkt Kenntnis davon gehabt haben muss, dass es einen weiteren Interessenten gab.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Die Landesregierung und insbesondere das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit haben von der Existenz dieses Interessenten erst Kenntnis bekommen, nachdem der Zuschlag, wie inzwischen auch die Staatsanwaltschaft Magdeburg festgestellt hat, völlig ordnungsgemäß an die Stiftung Kloster Ilsenburg erfolgt ist.

(Zustimmung von Frau Feußner, CDU - Frau Budde, SPD: Das ist falsch!)

Meine Damen und Herren! Die Behauptung des Abgeordneten Metke, ich hätte mit meiner diesen Tatsachen Rechnung tragenden Antwort auf seine Kleine Anfrage - wörtlich - „den Landtag belogen“, ist deshalb eine be-

leidigende Unterstellung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweise.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Herr Metke erhält noch diese Woche einen Brief von mir, in dem er aufgefordert wird, diese ehrverletzende Behauptung bis spätestens zum 14. Oktober 2005,

(Herr Reck, SPD: Und dann?)

also einen Tag nach der Sitzung der beiden Landtagsausschüsse, in aller Form öffentlich zurückzunehmen.

(Herr Reck, SPD: Oder was? - Unruhe)

Würde er das nicht tun - -

(Herr Reck, SPD: Wird er sonst erschossen, oder was? - Unruhe)

- Jetzt hören Sie einmal ruhig zu. - Würde er das nicht tun - ich sage das rein prophylaktisch -, wäre ich gezwungen, gegen ihn ein Strafverfahren wegen Verleumdung und übler Nachrede einzuleiten.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank - Herr Tullner, CDU: Richtig! - Zurufe von der Linkspartei.PDS und von der SPD - Unruhe)

Meine Damen und Herren! Ich bin gleich fertig. Sich Kritik, auch unberechtigte Kritik anzuhören, gehört zum Regierungsgeschäft.

(Zuruf von Herrn Krause, Linkspartei.PDS)

Der kränkende Vorwurf allerdings, das Parlament belogen zu haben, überschreitet eindeutig die Grenze der zulässigen Kritik und erlaubt es nicht, nach dem Motto „Auch Abgeordnete können irren“ zur Tagesordnung überzugehen. Es ist ein Gebot des Anstandes, dass Herr Metke diesen Vorwurf zurücknimmt.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Metke, Sie können jetzt Ihre Frage stellen. Bitte sehr.

Herr Metke (SPD):

Herr Rehberger, zunächst will ich noch einmal feststellen, dass es in der Aktuellen Debatte und in meinen Ausführungen in der Tat nicht um das Engagement der Fürstenfamilie ging; vielmehr ging es um Ihre Verhaltensweisen,

(Herr Reck, SPD: Natürlich! - Unruhe)

um Ihre Herangehensweise an die Dinge. Wir werden das im Ausschuss sicherlich noch vertiefen; denn auch ich konnte nur einen Bruchteil der Informationen, die ich habe, in den Redebeitrag hineinnehmen. Insofern wird es sicherlich eine aufschlussreiche Ausschusssitzung.

Zu dem letzten Punkt - es passt sehr gut, dass ich mich dazu noch einmal zu Wort melden kann -, in dem Sie mir sozusagen rechtliche Konsequenzen androhen. Sie haben vorhin gerade das Bild vom begossenen Pudel gebraucht. Ich hoffe, dass dieses Bild nicht auf Ihre eigenen Füße fällt.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herzlichen Dank.

Herr Metke (SPD):

Ich möchte gern aus einem Brief, der vom 20. Juli 2005 datiert, an den Bürgermeister der Stadt Ilsenburg zitieren. Darin ist unter Punkt 3 zu lesen:

„Der Erlös, den die Bank bei der Versteigerung am 19. Juli 2005 durch den Verkauf an einen Dritten hätte erzielen können, betrug genau 210 000 €.“

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Das ist das, was - -

Herr Metke (SPD):

Das wurde geschrieben am 20. Juli 2005, einen Tag nach der Versteigerung,

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Genau, richtig.

Herr Metke (SPD):

aber fast zwei Wochen vor meiner Kleinen Anfrage, die ich am 2. August 2005 gestellt habe. Darauf bezieht sich der Vorwurf, nämlich darauf, dass meine Kleine Anfrage beantwortet worden ist mit dem Hinweis darauf, dass der Investor erst durch meine Kleine Anfrage bekannt geworden ist.

(Frau Budde, SPD: Durch die Kleine Anfrage!)

Das ist der Punkt, an dem ich Ihnen vorwerfe, dass Sie das Parlament belogen haben.

(Zuruf von Herrn Dr. Schrader, FDP - Weitere Zurufe von der FDP - Unruhe)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Aber ich bitte Sie!

Herr Metke (SPD):

Deshalb sehe ich der Auseinandersetzung sehr gelassen entgegen.

(Unruhe)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Also - -

(Unruhe)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte, meine Damen und Herren. - Herr Minister, Sie haben die Möglichkeit, darauf zu antworten.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Metke, das Entscheide bei Ihrer Anfrage war, ob die Landesregierung bis zu dem Zuschlag - damit war

die Sache rechtlich entschieden - von diesem möglichen privaten Angebot Kenntnis hatte.

Der Bürgermeister, mit dem ich im Vorfeld dieses Versteigerungstermins, wie Sie wissen, wiederholt gesprochen habe, hatte davon Kenntnis. Er hat kein Sterbenswörtchen davon gesagt. Wir haben Kenntnis davon erhalten, nachdem der Zuschlag erteilt worden war. Das ist das Entscheidende.

Sie waren der Meinung, man hätte Einfluss nehmen können. Das kann man aber erst dann, wenn man rechtzeitig Kenntnis von einem solchen Sachverhalt hat. Das ist das Entscheidende. Deswegen ist der Streit, den Sie jetzt hier ausgelöst haben, nach meinem Dafürhalten absurd.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Frau Budde, SPD: Das ist falsch!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. Herr Minister, wären Sie bereit, eine weitere Frage des Abgeordneten Herrn Krause zu beantworten?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Herr Krause.

Herr Krause (Linkspartei.PDS):

Herr Minister, es ist eben auch schon von meinem Vordner gesagt worden: Es geht hier nicht um das Bemühen einer adeligen Familie.

(Unruhe bei der FDP und bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Sie haben doch immer am meisten herumgegrölt!)

Es geht hier einzig und allein um das Verhalten, das Engagement eines Ministers - ich sage es einmal so - ohne die Beachtung verwaltungsrechtlicher Prinzipien und Normen in einer privat- bzw. zivilrechtlichen Angelegenheit.

Sie haben immer wieder die Aufmerksamkeit auf die Familie gelenkt; es geht aber um Ihre Person. Ich kenne, seit ich hier im Landtag tätig bin, keinen Fall, in dem ein Minister seinen dienstlichen oder gar privaten Terminkalender so sehr strapaziert hat wie Sie, um ein Verfahren durchzusetzen gegen - jetzt bewerte ich das mit meinen Worten - die Intention von Kommunalpolitikern und des Bürgermeisters von Ilsenburg. Das Ergebnis war fast einstimmig; es gab nur eine Stimmenthaltung. Das ist ein Fakt.

(Herr Gürth, CDU: Das ist doch Quatsch!)

Kein Ministerium kann eine solche Bilanz ziehen, wie Sie sie in diesem Fall jetzt gezogen haben.

Ich weiß dagegen von Bemühungen und Aussagen des Wirtschaftsministeriums in Einzelverfahren, wo wir als Abgeordnete eine Antwort erhalten haben, wenn bestimmte Anträge nicht bearbeitet wurden. In Fällen, in denen Förderanträge bzw. Konzepte nicht vollständig waren, sind Äußerungen aus Ihrem Haus gemacht wor-

den - ich muss aber dazusagen: Sie waren damals nicht Minister -,

(Lachen und Beifall bei der FDP)

haben Mitarbeiter des Ministeriums gesagt: Wir sind nicht für die Schularbeiten der Antragsteller verantwortlich. Hier macht der Minister Schularbeiten in einem ganz konkreten Fall. Entschuldigen Sie, aber das stinkt zum Himmel.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, Sie haben die Möglichkeit zu antworten.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Krause, ich möchte jetzt nicht über meine Vorgänger sprechen oder darüber, was sie getan haben. Sie können aber gern anhand meines Terminkalenders feststellen, dass es eine Vielzahl von Projekten gibt, für die ich mich engagiere und dass ich dafür auch viele Termine wahrnehme. Das ist meine Aufgabe.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Sie es anstößig finden, dass ich für eine gemeinnützige Stiftung werbe,

(Ach! bei der SPD)

dann haben wir in der Tat unterschiedliche Auffassungen von einem solchen Amt. Meine Damen und Herren! Ich habe im Laufe der letzten Jahre für viele wohltätige Zwecke geworben und habe Firmen gebeten zu spenden. Verdammtd noch einmal, was ist denn die Aufgabe der Wirtschaft?

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir brauchen die Unterstützung für soziale, für sportliche und für gemeinnützige Zwecke. Das Kloster Ilsenburg ist doch nicht irgendeine Kaschemme, sondern ein bedeutendes Gebäude.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin dankbar dafür, dass sich hier eine private Stiftung engagiert; denn wir können etwa vom Wirtschaftsministerium unmittelbar gar nicht mehr fördern - das wissen Sie genau -, weil wir angesichts der Situation der Hotelierie mit einer Auslastung von 30 % kein neues Projekt fördern können, wobei vielleicht ein bereits gefördertes Projekt daneben in den Konkurs getrieben wird. Deswegen ist es wichtig, dass in solchen Fällen, soweit dies möglich ist, Hilfe angeboten wird.

Wie gesagt, Herr Krause, es gibt eine Vielzahl von Beispielen. Wenn Sie jetzt zum ersten Mal erlebt haben sollten, dass sich ein Minister für eine solche Sache so stark engagiert, ist es immerhin für Sie ganz hilfreich. - Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Beitrag der FDP-Fraktion. Dazu erteile ich Frau Dr. Hüskens das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Metke, mit diesem Auftritt können Sie sich vielleicht bei den „Kugelblitzen“ bewerben. Ich denke, da könnte man damit reüssieren. Ich finde, hier im Landtag ist es peinlich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Jeder Abgeordnete ist in der Vergangenheit sicherlich schon einmal mit Darstellungen von Sachverhalten konfrontiert gewesen, die nicht ganz der Realität entsprachen. Fast täglich werden an uns Informationen, Wünsche oder Beschwerden herangetragen. Wir haben alle gelernt, dass es gut ist, wenn wir den Sachverhalt zunächst einmal prüfen, wenn wir die Rechtslage zumindest kuriosch prüfen, bevor wir Informationen, Bitten oder Beschwerden weitertragen.

Wir haben gelernt, dass Mitbürger - warum auch immer - Sachverhalte falsch darstellen. Wir haben gelernt, dass der eine dies aus Eitelkeit tut, dass der andere es einfach falsch verstanden hat und dass es auch einige gibt, die anderen Menschen aus purem Vorsatz schaden wollen.

Am Rande des Finanzausschusses und der Untersuchungsausschüsse kann man zu diesem Thema eine ganze Menge lernen. Ich kann jedem empfehlen, dort einmal hinzukommen und sich das eine oder andere anzuhören. Deshalb prüfen wir alle Sachverhalte, bevor wir sie in die Welt setzen, vor allem dann, wenn sie so wunderschön in unsere politischen Ambitionen passen. Das haben wir alle gelernt; zumindest fast alle.

Herr Metke, Sie waren offensichtlich nicht der Auffassung, dass Sie zunächst einmal den Sachverhalt prüfen sollten. Die Informationen, die Ihnen Herr Obermüller - daher haben Sie sie offensichtlich - gegeben hat, waren so schön, dass es Ihnen völlig egal war, ob sie sachlich nachprüfbar und korrekt sind. Sie sind gleich zur Presse gegangen, und zwar mit richtig markigen Worten.

Meine Damen und Herren! Wie sich der Sachverhalt wirklich darstellt, hat Minister Rehberger dargestellt. Nur zwei Hinweise: Die Staatsanwaltschaft hat kein Verfahren eröffnet. Der Bürgermeister von Ilsenburg hat uns allen ein schönes Schreiben in den Landtag geschickt, in dem nicht mehr die Rede davon ist, dass er den Minister informiert hat. Ich lese einmal die interessanteste Passage daraus vor:

(Herr Tullner, CDU: Genau! Lesen!)

„Am 8. Juli bat mich Herr Dr. Rehberger erneut zu einem Gespräch zum Thema Schlossverkauf. Anlass für dieses Gespräch war vermutlich, dass Herr Dr. Rehberger über die NordLB von einem Bewerber erfahren hatte. Ich hatte nämlich telefonisch ein Exposé und auch die Versteigerungsbedingungen angefordert mit dem Hinweis auf einen potenziellen Investor.“

(Herr Tullner, CDU: Aha!)

Herr Obermüller hat also jemanden in der NordLB angerufen und hat Unterlagen angefordert. Er hat dies damit begründet - das macht man meistens so -, er hätte einen Investor gefunden. Was meinen Sie eigentlich, wie viele Anrufe solcher Art die NordLB vor solchen Versteigerungen bekommt?

(Frau Fischer, Naumburg, SPD: Sie wissen es!)

Warum hat sich der Investor nicht gleich mit der NordLB in Verbindung gesetzt? Hat Herr Obermüller wirklich geglaubt, wenn er einem Mitarbeiter der NordLB sage, es gebe einen potenziellen Investor, rufe der gleich den Wirtschaftsminister an? - Frau Budde, wie viele Anrufe haben Sie von der NordLB bekommen, wenn einmal jemand interessehalber ein Exposé angefordert hat?

(Frau Budde, SPD: Viele!)

Den Wirtschaftsminister hat Herr Obermüller selbst in dem einstündigen Gespräch offensichtlich nicht informiert, ebenso wenig in einem weiteren Gespräch am 15. Juli. Warum eigentlich nicht? Gab es zu diesem Zeitpunkt überhaupt einen Investor? Warum hat Herr Obermüller diesem nicht den Kontakt zum Wirtschaftsminister ermöglicht?

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Herr Metke, das Verhalten von Herrn Obermüller wirft doch Fragen auf,

(Zustimmung bei der FDP)

gerade vor dem Hintergrund seines angespannten Verhältnisses zu der Stiftung oder zum Stiftungsvorstand. Ihnen ist dieses Verhältnis bekannt gewesen. Obwohl Sie davon wussten, haben Sie dem Minister vorgeworfen, den Landtag zu belügen, und zwar schriftlich per Pressemitteilung. Sie haben nicht behauptet, dass der Wirtschaftsminister den zeitlichen Kontext falsch dargestellt hätte, wie Sie es gerade hier dargestellt haben.

(Herr Gürth, CDU: Ungeheuerlich!)

Ich lese einmal eine Passage aus Ihrer Pressemitteilung vor:

„Dies kann der Ilsenburger Bürgermeister Wilfried Obermüller bestätigen, der im Vorfeld mehrere Gespräche, unter anderem mit dem Wirtschaftsminister, geführt und dabei ausdrücklich auf den Privatinvestor hingewiesen hat.“

(Herr Tullner, CDU: Aha!)

Herr Metke, das bestätigt Herr Obermüller offensichtlich nicht mehr.

(Zuruf von der CDU: Eine Schande ist das! - Herr Tullner, CDU: Sehr interessant!)

Ich finde es, ganz ehrlich gesagt, unverschämt, mit einer so dünnen Basis hier aufzutreten und den Rücktritt eines Ministers zu fordern.

(Starker Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank - Unruhe bei der SPD)

Aufgrund dieser Informationslage gehen Sie zur Presse und schreiben: Rehberger hat das Parlament belogen; Rehberger war eigentlicher Drahtzieher des umstrittenen NordLB-Deals in Ilsenburg. - Das klingt, als ob der Minister im Morgengrauen hingegangen wäre und hätte hinter dem Bahnhof das Schloss vertickt.

(Herr Schröder, CDU, lacht)

Herr Metke, was malen Sie hier eigentlich für ein Bild? Manchmal hat man den Eindruck, Sie haben zu viele schlechte Filme über Südamerika angesehen und haben nun irgendwie die Illusion, dass Sachsen-Anhalt weiter südlich liegt.

Herr Metke, ich finde es wirklich bodenlos, auch im politischen Geschäft. Wir sind alle, so glaube ich, in diesem

Punkt relativ hart gesotten, und im Wahlkampf gilt dies noch ein wenig mehr.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Ja!)

Die nächste Behauptung war: Herr Minister Rehberger hat die Bank unter Druck gesetzt. - Herr Metke, wo leben Sie eigentlich?

Herr Rehberger hat die Bank schriftlich gebeten, sich für den Erhalt eines Kulturgutes einzusetzen, über das die Bank aufgrund des Insolvenzfallen die Verfügungsgewalt hat. Wer Herrn Rehberger kennt, der weiß, wie wichtig ihm der Erhalt der Kulturgüter in unserem Land ist und wie viel privates Engagement er hierfür einbringt, privates Engagement, Frau Budde, und sogar privates Geld, also das Ehrenamt, das wir hier gerade haben wollten. Wenn es jemand tut, heißt es, er setzt jemanden unter Druck.

Nehmen Sie es mir bitte nicht übel: Alle von uns, die in den letzten Wochen und Monaten Gespräche mit der NordLB geführt haben, haben, so glaube ich, nicht den Eindruck gewonnen, dass die Damen und Herren dort sich von jemandem aus unserem Bundesland unter Druck setzen lassen. Was bedeutet das denn? - Das bedeutet doch, dass ich ein Sanktionspotenzial haben muss für den Fall, dass er nicht tut, was ich sage.

(Herr Metke, SPD, meldet sich zu Wort)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Dr. Hüskens, sind Sie bereit? - Zum Ende, Herr Metke.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Das kann ich bei der NordLB wirklich nicht sehen. Wenn ich mir unsere Anteile ansehe - es sind 8,6 % -, dann müssen wir uns schon wahnsinnig anstrengen.

Frau Fischer, wir waren bei dem Termin. Ich glaube, weder Herr Rehm noch einer der anderen Herren hat den Eindruck eines verschreckten Mäuschen gemacht, das vor einem Minister, wenn dieser einen Brief schreibt, salutiert und dann sofort mit der Umsetzung beginnt.

(Zustimmung bei der FDP)

Wir als Landtag haben allerdings der NordLB sehr nachdrücklich - als Landtagsausschuss und hier im Plenum - in das Stammbuch geschrieben, dass wir erwarten, dass sich die NordLB

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Dass sie auf unseren Druck reagiert! Genau das haben wir verlangt!)

mehr für Kultur, für Soziales und für andere Dinge engagiert. Wir, der Landtag, haben sie aufgefordert, dies zu tun. Das heißt also, wir haben die NordLB unter Druck gesetzt. Ich habe nichts Vergleichbares gehört. Ich denke, dass sie das als Motivationshilfe gesehen hat. Aber jetzt reden Sie von dubiosen Geschäften des Ministers.

Herr Metke, Minister Rehberger hat die Bank nicht unter Druck gesetzt. Herr Metke, Minister Rehberger hat den Landtag nicht belogen. Aber Sie, Herr Metke, haben ungeprüft Anschuldigungen in die Welt gesetzt. Herr Metke, ich halte es wirklich für angebracht, dass Sie sich dafür entschuldigen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Metke, Sie haben jetzt die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen. Bitte sehr.

Herr Metke (SPD):

Frau Hüskens, Sie haben mir empfohlen zu lesen. Ich will Ihnen einmal den Wortlaut der Kleinen Anfrage vortragen. Ich denke, dass dies doch notwendig ist. Ich hatte unter Punkt 4 gefragt:

„Ist der Landesregierung bekannt, dass ein weiterer ernsthafter Investor am Erwerb des Hotels ‚Schloss Ilsenburg‘ interessiert ist und das Hotel für einen regulären Hotelbetrieb mit 20 Arbeitsplätzen ausbauen will?“

Antwort der Landesregierung:

„Der Landesregierung ist anlässlich der Kleinen Anfrage bekannt geworden, dass es einen weiteren Interessenten an der Liegenschaft gibt.“

„Anlässlich der Kleinen Anfrage“ - die habe ich am 2. August 2005 gestellt. Wir haben gerade von Herrn Minister Rehberger gehört, dass er auf jeden Fall schon am 20. Juli 2005 Bescheid wusste, dass es einen Investor gegeben hat. Ich behaupte, dass er es auch schon vorher gewusst hat. Insofern sehe ich nicht, wofür ich mich entschuldigen soll.

(Unruhe)

Wenn Sie sich diese Antwort der Landesregierung noch einmal vergegenwärtigen, ist dann nicht auch aus Ihrer Sicht der Vorwurf gerechtfertigt, dass der Minister das Parlament an dieser Stelle belogen hat?

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Ich bringe es noch einmal auf den Punkt. Herr Metke, Sie haben dem Minister vorgeworfen, dass er in den Verkauf eingegriffen hat. Sie haben behauptet, dass Herr Obermüller Ihnen bestätigt habe - das haben Sie in einer Pressemitteilung behauptet; das ist Ihre Pressemitteilung hier -, dass er mit dem Minister im Vorfeld mehrere Gespräche geführt habe und dabei ausdrücklich auf den privaten Investor hingewiesen habe. Darauf fußt Ihre Forderung, dass der Minister zurücktreten solle, und Ihre Aussage, dass er das Parlament belogen habe.

Hier ist nicht die Rede davon, dass der Minister sich in der Kleinen Anfrage anders geäußert habe und dass es um einen Zeitverzug gehe. Sie lügen in der Pressemitteilung genauso - -

(Frau Budde, SPD: Wie der Minister! - Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Herr Reck, SPD: Alles klar!)

Sie lügen in dieser Pressemitteilung genauso wie in der anderen Pressemitteilung und genauso, wie Sie es gerade hier im Plenum getan haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Ich finde es außerordentlich bedauerlich - selbst im Wahlkampf; da gilt das eine oder andere -, dass Sie so etwas nötig haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Meine Damen und Herren! Begrüßen Sie mit mir auf der Südtribüne eine Gruppe von Auszubildenden der Krankenpflegeschule Blankenburg. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Linkspartei.PDS fort. Ich erteile dazu Herrn Dr. Thiel das Wort. Bitte sehr.

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hüskens, mir scheint, Sie haben das Thema der Debatte etwas verfehlt. Wir reden nicht über die fragwürdige Rolle von Herrn Metke, sondern über die fragwürdige Rolle Ihres Ministers.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Herrn Tullner, CDU - Weitere Zurufe)

Wir wollen doch einmal auf ein paar Tatsachen zurückkommen, über die wir hier in der Öffentlichkeit diskutieren. Ich will einmal die erste Textzeile einer Meldung der elektronischen Ausgabe der „Welt“ vom 17. September 2005 zitieren. Sie lautet:

„Die Fürstenfamilie zu Stolberg-Wernigerode kehrt auf einen ihrer früheren Jagdsitze in Ilsenburg im Harz zurück.“

Diese Zeile beschreibt sehr genau, wie die Vorgänge in der Öffentlichkeit, im Harz wahrgenommen werden. Denn Rückgabeansprüche einer Fürstenfamilie wurden sicherlich zu Recht zurückgewiesen. Dabei hatten wir es im Land schon mehrfach mit dubiosen Vorgängen in diesen Angelegenheiten zu tun.

Die Vorgänge um die Klosteranlage in Ilsenburg selbst hat Herr Kollege Metke hier ausreichend dargelegt. Deshalb kann ich auf Details verzichten. Aber für uns als Fraktion bleibt vor allem die Frage nach der persönlichen Interessenlage der beteiligten Personen, und zwar nicht nur des Ministers, sondern auch aus den einzelnen Ministerien.

„Kunstschatze gegen Waldflächen“ ist zum Beispiel eines der weiteren seltsamen Kapitel in dieser Geschichte. Der Kreistag Wernigerode hat im Juli 2005 einen Beschluss gefasst, bei dem mit knapper Mehrheit festgestellt wurde - Herr Schomburg, Sie werden es wissen -, dass Waldverkäufe als Äquivalent für das vom Land Sachsen-Anhalt aufzubringende Geld das letzte Mittel seien, um die Kunstschatze aus dem Schloss Wernigerode anzukaufen.

Frau Ministerin Wernicke hat in einem Schreiben vom 22. September 2005 an den Landrat von Wernigerode versichert, dass das Land Sachsen-Anhalt solches nicht beabsichtigt. - Nicht beabsichtigt? Oder kommt so etwas tatsächlich nicht infrage? - Das wäre eine der Fragen, die wir hier mit aufwerfen wollen.

(Herr Scharf, CDU: Was hat das jetzt alles mit den Vorwürfen zu tun?)

- Herr Scharf, warten Sie doch einmal ab.

Nun wissen wir auch nicht, was Ihr Ministerkollege Paqué dazu eventuell vorhat. Er hat auch nichts davon gewusst, dass andere Ministerkollegen, nämlich Sie, Herr

Minister Rehberger, sich so rührend um die Gelder seiner Landesbank gekümmert haben.

Herr Minister, wie kommt es - diese Frage ist hier wirklich noch einmal aufzuwerfen und zu beantworten; Ihre Antworten, Herr Minister, waren mir bisher nicht ausreichend -, dass Sie sich persönlich einer Sache angenommen haben, bei der es im Vergleich zum sonstigen Wirtschaftsfördergeschäft um eine geringe Summe ging? Hätte ein kleines oder mittleres Unternehmen bei einem Fördermittelantrag in der gleichen Größenordnung die gleichen Chancen einer persönlichen Betreuung durch den Minister gehabt?

(Minister Herr Dr. Rehberger: In der Tat! - Lachen bei der Linkspartei.PDS - Zurufe)

Was kann einen Wirtschaftsminister dazu bewegen, sich für ein Projekt stark zu machen, obwohl zum Zeitpunkt der Versteigerung noch nicht einmal ein Konzept für die Nutzung der gesamten Anlage ausgewiesen wurde, geschweige denn Zahlen für die Sanierung und die künftige Bewirtschaftung vorgelegt wurden? Nur deshalb, weil der ehemalige Chef der Volkswagen AG und der Cousin der Fürstin, Carl Hahn, in der Leitung der Stiftung sitzt? Warum ist denn die Volkswagenstiftung nicht anstelle der NordLB aktiv geworden? VW ist doch bekannt für die großzügige Verwendung von finanziellen Mitteln des Konzerns durch seine Vorstände.

(Frau Feußner, CDU: Die Betriebsräte haben sich da vorbildlich verhalten! - Weitere Zurufe von der CDU)

Die Salzgitter AG am Standort Ilsenburg hat wohl eine größere Spende in Aussicht gestellt, aber es dann doch wegen des fehlenden Konzeptes unterlassen.

Offensichtlich wegen des öffentlichen Drucks hat Maria Fürstin zu Wernigerode-Stolberg erst am 23. September 2005 ein Nutzungskonzept vorgelegt. Nach der Definition von Friedrich Merz hätte dieses wegen seiner Kürze durchaus auf einen Bierdeckel gepasst.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Mit einem solchen Nutzungskonzept für eine Liegenschaft mit einem geschätzten Verkehrswert von 1,8 Millionen € wäre ein Unternehmer nicht einmal durch die Tür seiner Hausbank gekommen, geschweige denn über eine ministerielle Schwelle,

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

und das völlig zu Recht. Die Hauptgläubigerin, die NordLB, hat zudem offensichtlich auch gegen ihre eigenen Geschäftsinteressen gehandelt, indem sie mit einer Spende einerseits den Kaufpreis für die von ihr verwaltete Liegenschaft mit erbracht hat und andererseits dann das Objekt einer privaten Stiftung anstelle einer öffentlichen übereignet wurde. Das verstärkte öffentliche Engagement der NordLB ist durchaus zu begrüßen. Aber mit einer Spende in dieser Höhe hätte man eine ganze Menge von kulturhistorischen Projekten begleiten können.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

So floss von der vom Landtag beschlossenen Kapitalerhöhung in Höhe von 150 Millionen € gleich ein Stück zurück, wenn auch in private Hände, die bis heute nicht in der Lage sind, Aussagen darüber zu treffen, woher die Aufwendungen für die Sanierung des Schlosshotels in Millionenhöhe eigentlich kommen werden. Warum wurde

also der Träger, die NordLB, und damit das Land, sprich die Regierung, ermutigt, für ein solches Projekt zu spenden?

Was hat das Ministerium des Kollegen Daehre für ein Interesse daran - Herr Metke hat bereits darauf verwiesen -, der Stiftung am 26. Juli 2005 einige Hunderttausend Euro aus Mitteln der Städtebauförderung für die Sanierung des Schlosshotels zu versprechen, wenn am gleichen Tage vom Landesverwaltungamt der Bescheid kommt, dass wegen Geldmangels die Stadtanierung in Ilsenburg bis zum Jahr 2008 auf null gesetzt wird, so wie wir es im Brief des Stadtrats von Ilsenburg nachlesen konnten?

Erfolgte das mit Zustimmung des Ministers oder handeln Ministerialbeamte analog zu den Erkenntnissen des Neunten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Vergabapraxis noch immer freihändig nach Gutdünken oder, um in der sprachlichen Ebene zu bleiben, nach Gutsherrenart?

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Thiel, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Schrader zu beantworten?

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Sehr gern am Ende, Herr Schrader.

Präsident Herr Prof. Spotka:

Am Ende, Herr Dr. Schrader.

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Außerdem bleibt Folgendes festzustellen: Eine der attraktivsten Hotelanlagen des Osthazes wird mit Unterstützung des Wirtschaftsministers vom Markt genommen. Das ist für uns das eigentliche Problem und der Skandal.

(Herr Gürth, CDU: Wieso denn? - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Nicht umsonst haben sich der Stadtrat und die Stadt Ilsenburg für die Beibehaltung eines Hotelbetriebes eingesetzt; denn trotz der Insolvenz war die Annahme des Hotelangebotes in der Stadt spürbar.

In Ihrer Pressemitteilung, Herr Minister, vom 12. September 2005 heißt es: Das Bettenangebot der normalen Hotellerie wird durch diesen Vorgang nicht erhöht. Es soll ein Personenkreis angesprochen werden, der nicht in einem Hotel unterkommen will. - Nun ja, ein Schelm, der Arges dabei denkt. Der Hochadel will offenbar unter sich bleiben.

(Unruhe bei der CDU - Herr Tullner, CDU: Also, das ist doch absurd! - Weitere Zurufe von der CDU)

Jedes Aufstocken des Bettenangebotes bedeute eine Umverteilung von Hotelgästen und damit auch von Arbeitsplätzen, sagen Sie. Aber, Herr Minister, auch jeder Abbau des Bettenangebotes bewirkt das Analoge, also auch eine Umverteilung von Hotelgästen, von Arbeitsplätzen und natürlich auch von Umsätzen.

Im Nutzungskonzept heißt es unter anderem, dass das Kloster Ilsenburg sich zu einem Reiseziel für Persönlich-

keiten der deutschen Geistesgeschichte entwickeln soll. - Damit ist also offenbar auch der Personenkreis klassifiziert, der sich dort oben einfinden soll. Weiter heißt es: Wesentliches Charakteristikum dieses Programms ist seine europäische Dimension. - Also ist in Ilsenburg offenbar auch der europäische Hochadel willkommen.

(Herr Tullner, CDU: Auch der! - Zuruf von Herrn Gürth, CDU - Minister Herr Dr. Rehberger: Jetzt wird es hier ...!)

Die ganze Sache, um einmal zum Punkt zu kommen, Herr Minister Rehberger, ist nach unserer Auffassung nichts anderes als die schleichende Rückübertragung von Vermögen an vormalige adlige Besitzer.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Es ist mehr als zu bedauern, dass eine scheinbar aufgeklärte Landesregierung sich dazu benutzen lässt. Wenn jedoch dahinter persönliche Ambitionen von Regierungsvertretern stehen, dann ist das der eigentliche Skandal. Hier erwarten wir auch das Handeln des Ministerpräsidenten.

(Zustimmung von der Linkspartei.PDS)

Wir sind jedenfalls auf die nichtöffentliche Aufklärung in der gemeinsamen Sitzung des Finanz- und des Wirtschaftsausschusses gespannt; denn das, was der Minister heute geboten hat, verlangt direkt nach weiteren Nachfragen.

(Herr Tullner, CDU: Sie haben doch schon eine Meinung!)

Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, dann sind Konsequenzen auf der ministeriellen Ebene tatsächlich erforderlich. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Thiel. - Herr Dr. Schrader, Sie können jetzt Ihre Nachfrage stellen.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Sehr geehrter Herr Dr. Thiel, ich schätze Sie ansonsten in Fachsachen.

(Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Aber Sie haben uns jetzt natürlich Ihre wahren Beweggründe offenbart. Das sind ganz einfach die historischen Konflikte zwischen der Linken und dem Besitz, dem Eigentum und dem Engagement.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren!

(Unruhe bei der SPD - Zuruf von Frau Budde, SPD)

Herr Thiel, der ganze von Herrn Metke inszenierte - ja, ich komme jetzt zur Frage - Theaterdonner läuft darauf hinaus, dass hier anscheinend Einfluss - -

(Unruhe bei der SPD - Zuruf von Herrn Reck, SPD)

- Hören Sie doch einmal zu, dann können Sie die Frage besser verstehen, Herr Reck.

(Zuruf von Herrn Reck, SPD)

- Herr Reck, wenn Sie mir zuhören, dann können Sie die Frage verstehen, vielleicht darüber nachdenken, einmal in sich kehren und dann antworten.

Herr Thiel, der ganze Theaterdonner macht sich an der Frage fest, dass anscheinend Einfluss genommen wurde und ein anderes tragfähiges Konzept mit 20 Arbeitsplätzen verhindert wurde, um das Gebäude dem Alteigentümer zurückzugeben. Das haben Sie eben gesagt. Erstaunlich ist, dass Herr Obermüller in seinem Brief, der allen zugegangen ist, von diesem potenziellen Investor weder namentlich noch vom Konzept, von 20 Arbeitsplätzen oder von Investitionssummen spricht, sondern nur von einem potenziellen Interesse der Stadt Ilsenburg.

Ist Ihnen ein Konzept oder der Investor überhaupt bekannt? Daran macht es sich fest. Gibt es überhaupt ein Alternativkonzept zu der Übertragung auf die Stiftung oder gibt es keines? Die SPD konnte in der Ausschusssitzung auch keine Antwort darauf geben. Ich bin gespannt, was Sie jetzt sagen, und wir sind auch gespannt, was die Befragung von Herrn Obermüller in der nächsten Ausschusssitzung ergeben wird.

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Was Ihre Vorbemerkung betrifft, lieber Herr Schrader: Auch ich schätze Sie gelegentlich.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Wir haben heute den 56. Jahrestag der Gründung der DDR.

(Herr Tullner, CDU: Aha! - Ah! bei der CDU - Zufälle von der CDU: Endlich!)

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Thiel, wir haben den nicht mehr. Wenn Sie den noch haben - -

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Für mich ist diese - -

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren, lassen Sie bitte Herrn Dr. Thiel die Frage beantworten.

(Herr Bullerjahn, SPD: Da hat die CDU auch Grund zu feiern!)

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Für mich ist dieses Datum auch in gewisser Weise historisch, weil ich damit 16 Jahre lang in der ehemaligen DDR und 16 Jahre lang in der Bundesrepublik Deutschland gelebt habe, was meine berufliche Praxis betrifft.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Wenn wir damals in der DDR nicht weiter wussten, dann haben wir die ideologische Keule herausgeholt. Ich wundere mich jedes Mal, Herr Schrader, dass Sie das auch tun. Bitte lernen Sie aus unseren Erfahrungen. Das sollten wir in Zukunft einfach einmal sein lassen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Was die zweite Frage betrifft, die Sie gestellt haben: Jawohl, der Name des Investors ist mir bekannt. Ich werde aber den Gepflogenheiten des Wirtschaftsministeriums

Folge leisten, dass solche Dinge in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Dr. Thiel, Herr Schomburg hat eine weitere Nachfrage. - Bitte sehr, Herr Schomburg.

Herr Schomburg (CDU):

Herr Dr. Thiel, in der heutigen Debatte wurde mehrfach als Kronzeuge der Bürgermeister von Ilsenburg Herr Obermüller angeführt. Ich frage Sie: Wissen Sie, dass es einen einstimmigen Beschluss des Stiftungsvorstandes aus der Zeit gibt, als der Oberbürgermeister noch Geschäftsführer der Stiftung war? Er hat also an diesem einstimmigen Beschluss mitgewirkt, dass die Stiftung das Vorhaben betreiben soll, dieses Hotel in Eigenbesitz zu übernehmen. Wissen Sie das, Herr Thiel?

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Nein, das ist mir nicht bekannt.

(Unruhe bei der CDU - Frau Weiß, CDU: Aha!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Thiel. - Meine Damen und Herren! Das letzte Wort in der Aktuellen Debatte hat der Vertreter der CDU-Fraktion Herr Gürth. Bitte sehr, Herr Gürth.

(Zuruf von Herrn Reck, SPD)

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es passt irgendwie wie der Hammer auf den Nagel oder die Faust aufs Auge, dass wir heute Morgen erst eine halbe Stunde über bürgerschaftliches Engagement und über die wertvolle Tätigkeit der Bürger diskutieren und zehn Minuten später ein SPD-Abgeordneter versucht, dies zunichte zu machen.

(Zustimmung bei der CDU - Oh! bei der Linkspartei.PDS)

Ich frage mich, was hat die SPD geritten, hier als Jungeräger aufzutreten und diejenigen zu beleidigen, die sich wie die Stiftung in Ilsenburg engagieren.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Wir können Folgendes festhalten: Dass bei der PDS bei Fragen der Bodenreform Unruhe aufkommt und LPG-Krause ganz besonders nervös wird, wissen wir. Das erschreckt uns aber nicht.

Aber Fakt ist: Warum diskutieren wir im Landtag, im Gesetzgebungs- und Verfassungsorgan, über diese Angelegenheit, wenn wir mehrere Hundert Versteigerungen im Quartal im Land haben? Ich vermute persönlich, es ist schlachtweg der verletzte Stolz eines SPD-Bürgermeisters in Ilsenburg, der jemanden gesucht hat, der ihn unterstützt und das transportiert. Der Abgeordnete Metke, der sowieso nicht mehr kandidiert, hat gesagt, damit kannst du dich noch einmal in Erinnerung bringen, bevor du aus dem Landtag ausscheidest. Genau das ist passiert.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ich würde an Ihrer Stelle nicht so argumentieren!)

Was sind die Fakten? Fakt ist, dass das Schloss Ilsenburg privatisiert wurde, das Privatisierungskonzept gescheitert ist und es in der Insolvenz endete. Fakt ist, dass Leerstand und drohender Substanzverlust anstanden, sodass sowohl der gescheiterte Unternehmer als auch die Gläubiger weitere Verluste zu befürchten hatten, weil vier Versteigerungstermine keinen Verkauf und keine Lösung geboten haben.

Fakt ist, dass es in Ilsenburg eine gemeinnützige Stiftung gibt, die der Stiftungsaufsicht unterliegt, die in den zurückliegenden Jahren bewiesen hat, dass sie enorme Beträge akquiriert und vor Ort im Osthartz in die Ziele der Stiftung investiert hat, und dass im Stiftungsrat, wo nach der Satzung der Stiftung der Bürgermeister der Gemeinde Ilsenburg vertreten ist, ein Beschluss gefasst wurde, wie man die gemeinnützigen Ziele der Stiftung am besten umsetzen kann.

Ein Ziel aller Beteiligten, auch des hier schon öfter genannten SPD-Bürgermeisters von Ilsenburg, Herrn Obermüller, war es, alle Liegenschaften rund um das ca. 1000-jährige Kloster zusammenzuführen und in eine Hand zu bekommen, damit man in den nächsten Jahren eine Entwicklung vorantreiben kann, die an den Zielen der Stiftung und am Gemeinwohl orientiert ist.

Fakt ist auch, dass Herr Obermüller genau diesem Ziel im Stiftungsrat zugestimmt hat. Als er sich aber persönlich mit der Fürstin überworfen hat, hat er den Bettel hingemissen und fing an zu stänkern. Dann hat er jemanden gesucht, der ihn unterstützt, und dann kam Herr Metke.

(Frau Budde, SPD: Das ist zu einfach!)

Was aber ungeheuerlich ist, ist die Art und Weise des Vorgangs, die uns die SPD hier präsentiert. Ohne Prüfung des Sachverhaltes, ohne ein vernünftiges Verfahren hat der Abgeordnete Metke versucht, im Vorwahlkampf zu skandalisieren und ein Mitglied der Landesregierung zum Rücktritt aufzufordern und zu beleidigen. Das halte ich für einen so schlechten Stil, dass er in diesem Hause gerügt gehört.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Wir haben am 21. September, nachdem die SPD in Ilsenburg unter Federführung von Herrn Metke schon ungeheuerliche Pressemitteilungen abgegeben hat, im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit auf Antrag der SPD den Sachverhalt besprochen. Die SPD bestand darauf, obwohl bekannt war, dass der Minister nicht im Lande war und zu dem Termin nicht anwesend sein konnte. Die Sitzung des Ausschusses war noch nicht einmal zu Ende, da konnten wir über die dpa eine Pressemitteilung des Abgeordneten Metke lesen, worin er sich darüber beklagt hat, dass er zu wenig Informationen bekommen habe. Er hat also keine ausreichenden Informationen bekommen, aber er wusste schon, der Minister ist zu rügen und er soll zurücktreten.

(Frau Budde, SPD: Seien Sie vorsichtig mit dem Glashaus, Herr Gürth!)

Das war das Verfahren von Herrn Metke. Wir haben am 21. September beschlossen, dass sich am 13. Oktober der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie der Ausschuss für Finanzen mit dem Sachverhalt befassen. Der Minister für Wirtschaft und Arbeit hat sich von sich aus bereit erklärt, zu dieser Sitzung der beiden Ausschüsse

selbstverständlich zur Verfügung zu stehen. Wir wollen in der Sitzung der Ausschüsse auch die NordLB und dritte Beteiligte hören.

Die Frage, die sich nach der heutigen, wie ich finde, ungeheuerlichen Debatte stellt, ist,

(Zuruf von Herrn Reck, SPD)

ob wir nicht vielleicht auch den Abgeordneten Metke in den Zeugenstand rufen sollten und den Bürgermeister Herrn Obermüller gleich mit; denn das, was hier abgeht, muss Hintergründe haben, die vielleicht wirklich noch aufgedeckt werden müssen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nur noch eine Zahl nennen. Die Stiftung, die heute leider Gottes durch Ihr Engagement unrühmlich in aller Munde ist, hat inzwischen 1,7 Millionen € akquiriert und investiert, und das ist eine ganz enorme Leistung. Ich und viele andere würden sich wünschen, dass noch mehr Menschen bereit wären, sich mit ihrem Engagement für das Land Sachsen-Anhalt ehrenamtlich einzusetzen und Ähnliches zu vollbringen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ich hoffe sehr, dass die SPD mit diesem Schuss in den Ofen nicht viel privates Engagement zunichte gemacht hat.

(Zuruf von Frau Dr. Hein, Linkspartei.PDS)

Ich persönlich würde dazu neigen, den Mitgliedern der Stiftung ein Schreiben zuzusenden, in dem deutlich wird, dass das, was die SPD und Herr Metke hier ablassen, nicht Meinung des Landes und schon gar nicht des Landtages von Sachsen-Anhalt sein kann.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Herr Abgeordneter Metke, ich will schließen und vielleicht noch eines sagen: Sie haben sich vergaloppiert. Die wahren Hintergründe wissen wir noch nicht. Aber das kann jedem mal passieren.

(Frau Budde, SPD: Das ist ja unglaublich! - Zurufe von Herrn Bullerjahn, SPD, und von Herrn Reck, SPD)

Nehmen Sie sich ein Herz, entschuldigen Sie sich für die Art und Weise des Vorgangs, wie Sie ihn hier vorgetragen haben. Dann haben Sie vielleicht die Chance, dass Ihnen, wenn Sie den Landtag verlassen, zwar keiner eine Träne nachweint, aber dass man zumindest sagt, im Ganzen war er vielleicht ein ordentlicher Kerl. Aber einen solchen Abgang haben Sie nicht verdient. Entschuldigen Sie sich für diese Vorwürfe, die Sie hier geäußert haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Meine Damen und Herren! Damit ist das zweite Thema der Aktuellen Debatte beendet. Sie wissen, Beschlüsse werden gemäß § 46 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung nicht gefasst.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Ich rufe nunmehr das dritte Thema der Aktuellen Debatte auf:

Jugendarrest ist eine wirksame Erziehungsmaßnahme straffällig gewordener Jugendlicher und Heranwachsender

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 4/2420

Die Debattenreihenfolge ist CDU, SPD, FDP und Linkspartei.PDS. Ich bitte zunächst den Abgeordneten Herrn Borgwardt von der CDU-Fraktion, das Wort zu nehmen. Bitte schön.

Herr Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Ausgabe der „Volksstimme“ schildert einen weiteren Fall von Gewalt unter Jugendlichen. Aber lassen Sie mich noch einmal kurz den Sachverhalt schildern, der für uns Anlass gewesen ist, eine Aktuelle Debatte zur Frage des Jugendarrestes zu beantragen. Ich glaube nämlich, dass der Sachverhalt an sich schon in erheblichem Maße für sich selbst spricht.

In der vergangenen Woche wurde eine 15-jährige Schülerin einer Sekundarschule in Gardelegen auf dem Weg zur Schule Opfer eines äußerst brutalen Gewaltdeliktes. Eine 16-jährige Mitschülerin lauerte ihr auf dem Schulweg auf, schlug ihr zunächst ohne Ankündigung mit einem Schlagring mehrfach ins Gesicht; danach wechselten sich Fußtritte in den Rücken und weitere Schläge ins Gesicht ab. Das gesamte Geschehen - das ist das Gravierende - wurde von mehreren herumstehenden Jugendlichen beobachtet, die Beifall klatschten, lachten und vor Begeisterung johlten. Keiner der Umstehenden schritt ein und sorgte dafür, dass dem 15-jährigen Mädchen geholfen wurde. Erst durch das spätere Eintreffen einer Lehrerin wurden weitere Misshandlungen beendet.

Das Opfer musste im Krankenhaus behandelt werden, sie erlitt Prellungen am ganzen Körper, die Schmerzen begleiteten sie noch mehrere Tage nach dem Geschehen.

Die Täterin wurde vor dem Jugendgericht in einem vereinfachten Verfahren zu Jugendarrest verurteilt, der sofort am nächsten Tag vollzogen wurde. Gemäß der geltenden Rechtslage haben sich alle Verfahrensbeteiligten verständigt, den Jugendarrest als vierwöchigen Dauerarrest zu akzeptieren, womit das Urteil sofort rechtskräftig werden konnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Linkspartei.PDS erhobene Vorwurf, die CDU-Fraktion würde sich mit diesem Antrag mit Umständen einer nichtöffentlichen Gerichtsverhandlung beschäftigen, entbehrt jeder Grundlage.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist offensichtlich, dass der gesamte Vorgang durch die in den Medien veröffentlichte Berichterstattung bekannt geworden ist. Und nur allein diese Umstände, die in der Öffentlichkeit ohnehin diskutiert werden, haben wir unserem Antrag zugrunde gelegt. Im übrigen brauchen wir auch keine Belehrung von der PDS-Fraktion. Ich erinnere an dieser Stelle nur an den Kollegen Gärtner, der

im Hohen Haus von Ergebnissen nichtöffentlicher Ausschusssitzungen berichtet hat.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Wie immer sollte man zuerst vor der eigenen Haustür kehren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Übrigen hat sich der Erlass der neuen Divisionsrichtlinien, mit denen eine zurückhaltende Anwendung von Diversionen nach § 45 des Jugendgerichtsgesetzes zugunsten einer vermehrten Anklagepraxis angeordnet wurde, positiv auf die Kriminalitätsentwicklung bei Jugendlichen ausgewirkt.

Zunächst einmal ist auf der Grundlage der Feststellung des Generalstaatsanwaltes davon auszugehen, dass im Lande Sachsen-Anhalt die Kinder- und Jugendkriminalität stark rückläufig ist. Auch die Zahl der jugendlichen Untersuchungshäftlinge ist zurückgegangen. Beides ist nach den Erkenntnissen zumindest auch auf die Änderung der Divisionsrichtlinien zurückzuführen. Denn durch zügiges Einschreiten und frühzeitiges Aufzeigen von Konsequenzen durch den Jugendrichter in der Hauptverhandlung wird der Entstehung krimineller Karrieren zeitnah entgegengewirkt.

Meine Damen und Herren! Das heute hier zur Debatte stehende Thema des Jugendarrestes hat auch sehr viel mit unserer grundsätzlichen Vorstellung davon zu tun, wie mit straffällig gewordenen Jugendlichen umzugehen ist. Von diesem Verständnis war auch die Überarbeitung der Divisionsrichtlinien im Jahr 2002 bestimmt. Sie war von dem Anliegen getragen, kriminellen Karrieren Jugendlicher und Heranwachsender bereits im Ansatz vorzubeugen.

Diversion bedeutet für uns nicht folgenlose Reaktionen, sondern die notwendige, aber zugleich verhältnismäßig prozessuale und materiellrechtliche Rechtsfolge, um auf die Straftäglichkeit Jugendlicher reagieren zu können. Sie ist insofern von wesentlicher Bedeutung, als der Jugendliche sich erstmals mit der Verantwortung für sein Handeln und der Reaktion des Staates auseinander setzen muss. Für ihn wird dadurch erkennbar, dass ein Überschreiten von Grenzen spürbare Konsequenzen nach sich ziehen muss.

In diesem Kontext muss auch die Erziehungsmaßnahme des Jugendarrestes gesehen werden. Wir glauben, dass damit den Jugendlichen deutlich die Grenzen ihres Tuns aufgezeigt werden, und dies halten wir auch für erforderlich. Ich sage es Ihnen ganz deutlich: Bei Körperverletzung bzw. wie im vorliegenden Fall bei schwerer Körperverletzung ist für uns die Grenze ganz klar überschritten. Wir akzeptieren keine körperliche Gewalt als Mittel der Konfliktbewältigung.

Angesichts der ersten Erkenntnisse über die Änderung der von mir mehrfach zitierten Divisionsrichtlinien bin ich mir auch sicher, dass ein solcher „Warnschuss“ zu einer weiteren Reduzierung der Jugenddelinquenz führen wird.

Meine Damen und Herren! Wir unterstützen deshalb auch nachhaltig die Beschlüsse der Justizministerkonferenz zur Änderung des Jugendstrafrechts. Zwar glauben wir auch, dass das Jugendstrafrecht sich im Großen und Ganzen bewährt hat, was aber nicht ausschließt, dass dennoch Bedarf für punktuelle Veränderungen besteht. Insbesondere unterstützen wir die Forderung, im Jugend-

gerichtsgesetz die Möglichkeit der Anordnung von Jugendarrest neben der Verurteilung zu einer Jugendstrafe und der Strafaussetzung zur Bewährung, den so genannten Warnschussarrest, zu schaffen.

Dies korrespondiert mit unserer Grundüberzeugung, dass die Strafe der Tat in möglichst kurzem zeitlichen Abstand folgen soll. Nur eine solche Strafe wird auch von den Jugendlichen als letzte Warnung verstanden. Alles andere würde von ihnen nicht ernst genommen bzw. als Freispruch betrachtet. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der CDU, von Herrn Wolpert, FDP, und von Minister Herrn Becker)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Borgwardt. - Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Rothe. Bitte.

Herr Rothe (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat diese Aktuelle Debatte beantragt, um uns ins Bewusstsein zu rufen, dass der Jugendarrest eine wirksame Erziehungsmaßnahme für straffällig gewordene Jugendliche und Heranwachsende ist. Zu dieser Erkenntnis kann man auch durch einen Blick in das Jugendgerichtsgesetz gelangen.

Bemerkenswert finde ich, dass die CDU das Thema nicht in allgemeiner Form zur Debatte stellt, sondern auf einen ganz konkreten Einzelfall abhebt, in dem eine jugendliche Täterin, die in Gardelegen straffällig geworden ist, in der vergangenen Woche vom Jugendgericht zu Jugendarrest verurteilt worden ist.

In der Begründung zu dem CDU-Antrag zur Durchführung einer Aktuellen Debatte heißt es zu diesem verhängten Jugendarrest:

„Gerade der oben geschilderte Fall zeigt, dass das Jugendstrafrecht auch auf ein solches intensives Instrument angewiesen ist. Hier hilft der Gedanke der Diversion nicht weiter.“

Inhaltlich teile ich diese Einschätzung. Wer wie im Gardelegener Fall einen Schlagring einsetzt, um einen anderen Menschen im Gesicht zu verletzen, zeichnet sich durch eine besondere Rohheit der Begehungswweise aus.

Aber es befremdet, meine Damen und Herren, eine solche Einzelfallbewertung unmittelbar nach einer richterlichen Einzelentscheidung in einer Landtagsdrucksache zu lesen. Der Landtag als Verfassungsorgan ist nicht befufen, unabhängigen Gerichten Zensuren zu erteilen, und seien es auch positive Zensuren.

(Frau Feußner, CDU: Das machen wir doch nicht!)

Herr Kollege Scharf, Sie als CDU-Fraktion haben in dieser Drucksache eine klare Bewertung einer gerichtlichen Einzelentscheidung vorgenommen, die wenige Tage alt ist. Ich halte das für einen ganz schlechten Stil. Ich bin gespannt, ob der Herr Justizminister sich dazu noch äußern wird, ob es die Aufgabe dieses Parlaments ist, solche Zensuren zu verteilen.

(Herr Scharf, CDU: Das ist eine bewusste Falschinterpretation! - Frau Feußner, CDU: Das ist doch Quatsch! Das machen wir doch gar nicht! Das wollen wir doch gar nicht! - Herr Scharf, CDU: Es geht darum, dieses Instrument einmal ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu heben!)

- In meinem Bewusstsein war es, seit ich den § 90 des Jugendgerichtsgesetzes das erste Mal gelesen hatte. Das ist schon eine Reihe von Jahren her, Herr Scharf.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Scharf, CDU: Fragen Sie mal die Leute auf der Straße, wer das kennt! - Frau Feußner, CDU: Sie sind doch Jurist! Was soll denn das?)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Vielleicht sollten Sie die anderen auch teilhaben lassen an Ihrer Auseinandersetzung und das Ganze nicht mit Zwischenbemerkungen unterlegen.

Herr Rothe (SPD):

Ich rede immer gern mit den CDU-Kollegen, Herr Präsident. - Die Richter in Sachsen-Anhalt bedürfen an dieser Stelle auch nicht der Rückendeckung durch den Landtag. Vielmehr setzen Politiker, die aus solchem Anlass eine Aktuelle Debatte beantragen, sich dem Verdacht aus, dass sie das Thema für parteipolitische Zwecke instrumentalisieren. Der bevorstehende Wahlkampf lässt weitere derartige Anträge leider erwarten.

Meine Damen und Herren! Von einer generellen Zunahme der Jugendkriminalität kann in Deutschland nicht gesprochen werden. Zwar hat sich im vergangenen Jahrzehnt in der polizeilichen Kriminalstatistik die Zahl der 14- bis 21-jährigen Tatverdächtigen pro 100 000 der Altersgruppe erhöht. Dies ist aber mit der gestiegenen Aufklärungsquote zu erklären. Wenn es der Polizei gelingt, pro 100 der ihr bekannt gewordenen Straftaten etwa ein Fünftel mehr Tatverdächtige zu ermitteln, dann ist das kein Beleg einer steigenden Kriminalitätsbelastung.

Das kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen hat in diesem Jahr eine Repräsentativbefragung unter Jugendlichen aus mehreren Städten durchgeführt. Diese Forschungsdaten signalisieren im Vergleich zu einer entsprechenden Datenerhebung im Jahr 1998 ein Sinken der Jugendgewalt.

Allerdings gibt es Phänomene, die Anlass zur Besorgnis geben. Dazu gehören Fälle von Gewalt unter jungen Frauen, über die auch heute wieder in der Presse berichtet wird. Ich meine die Prügelattacke auf ein 15-jähriges Mädchen in Oschersleben, das in ein kaltes Gewässer getrieben wurde und dort ausharren musste, was schon für sich eine Körperverletzung darstellt. Die 19-jährige Haupttatverdächtige ist wegen gefährlicher Körperverletzung vorbestraft. In dem Zeitungsartikel von heute heißt es, die Staatsanwaltschaft werde sehr wohlwollend prüfen, ob wie in dem Gardelegener Fall vor wenigen Tagen ein Schnellverfahren durchgeführt wird.

Unabhängig von diesem konkreten Fall halte ich es für erstrebenswert, dass bei Heranwachsenden als Straftätern die Sanktion so bald wie möglich ausgesprochen und vollzogen wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Ob dies möglich ist, bedarf immer einer Prüfung im Einzelfall.

(Frau Feußner, CDU: Ja! - Herr Gürth, CDU: Richtig!)

Wenn die Beweislage unsicher oder die Schuldfrage offen ist, dann gebührt Gründlichkeit der Vorrang vor Schnelligkeit,

(Frau Feußner, CDU: Ja!)

auch wenn Heranwachsende bei einer späteren Maßregelung oft kaum mehr zu beeindrucken sind.

Der Erziehungsgedanke darf nicht elementare Grundsätze des Rechtsstaats verdrängen.

(Herr Gürth, CDU: Sehr richtig! - Herr Tullner, CDU: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren! Vergleicht man die Durchschnittsbelegung der Jugendarrestanstalten in den Bundesländern, lässt sich nicht feststellen, dass Sachsen-Anhalt den Jugendarrest zu wenig anwendet. Die geltende gesetzliche Regelung des Jugendarrestes halte ich für ausreichend. Die Anwendbarkeit des Jugendarrestes im Sinne eines „Warnschussarrestes“ auf alle möglichen Delikte auszuweiten, wie dies manche Unionspolitiker fordern, wäre eine Fehlentwicklung. Den Kollegen empfehle ich einen Blick in Studien über die Praxis des Arrestvollzugs und seine Folgen.

Die Möglichkeit, den Jugendlichen durch den Vollzug des Arrestes positiv zu beeindrucken, ist abzuwägen gegen das Risiko, ihn durch das Milieu, in das er noch stärker gerät, negativ zu prägen. Keinesfalls ist der Jugendarrest ein Allheilmittel und schon gar nicht Ersatz für die Diversion.

Meine Damen und Herren! Der Landtag hatte zuletzt am 8. Juli 2005 Gelegenheit, über das Jugendstrafrecht und die Jugenddelinquenz in Sachsen-Anhalt zu diskutieren. Auf die Ausführungen meiner Fraktionskollegin Petra Grimm-Benne in dieser Debatte nehme ich Bezug.

Dafür, dass Herr Borgwardt sich nicht auf die Rede von Herrn Stahlknecht bezogen hat, habe ich volles Verständnis. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Rothe. - Meine Damen und Herren! Zunächst haben wir die Freude, auf der Südtribüne Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen Zeitz begrüßen zu dürfen.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun erteile ich Herrn Wolpert das Wort, um für die FDP-Fraktion zu sprechen.

Herr Wolpert (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass wir in diesem Haus über das Jugendstrafrecht diskutieren; heute speziell über den Sinn und Unsinn des Jugendarrests. Wer die Zeitungen gelesen hat, wird wohl erkennen, dass sich die FDP für die Beibehaltung des Jugendarrests als Erziehungsmittel aussprechen wird.

Vom Ansatz her sind wir wohl alle nicht weit auseinander. Auch der FDP wäre es am liebsten, wenn es keine Jugendsträfster gäbe. Aber, meine Damen und Herren, es gibt sie. Ich bin davon überzeugt, dass es sie auch dann geben würde, wenn wir alle Chancen und Mittel nutzen würden, staatliche Fürsorgemaßnahmen vom Kindergarten über die Schule bis hin zum Jugendklub mit Prävention zu betreiben.

Dabei kann man sich darüber streiten, ob es überhaupt eine Pflicht des Staates zur Prävention gibt. Wenn ja, wie weit reicht die Pflicht und wo beginnt eigenverantwortliche Erziehung der Bürger? Das ist ein weites Feld

und die Grenze wird immer wieder neu zu ziehen sein. Die Frage bleibt aber, wie mit den jugendlichen Straftätern umzugehen ist.

Die FDP steht hierbei eindeutig zu dem Erziehungsgedanken, der im Jugendstrafrecht verankert ist. Erziehung muss vor Repressalien stehen. Strafe kann nur Ultima Ratio sein, wenn ich davon überzeugt bin, dass junge Menschen in ihrer Entwicklung noch formbar und beeinflussbar sind.

In der Diskussion über die Verschärfung des Jugendstrafrechts, die sich anlässlich verschiedener medienwirksamer Straftaten von Jugendlichen in den vergangenen Jahren wie ein roter Faden durch die Justizpolitik zieht, hat meine Fraktion stets klargestellt, dass die FDP eine generelle Verschärfung des Jugendstrafrechts ablehnt.

Der Arrest ist kein Strafmittel, sondern eine Erziehungsmaßnahme. Im Gegensatz zur Linkspartei.PDS - ohne Punkt zu sprechen, wenn ich das richtig sehe -

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Ja, richtig!)

- danke - sieht die FDP Jugendarrest als ein geeignetes Mittel an, um einem Jugendlichen eindringlich zu verdeutlichen, dass er für sein Handeln einstehen muss und welche Folgen die Begehung weiterer Taten haben kann.

In einer Zeit, in der die Anzahl von Straftaten Jugendlicher glücklicherweise abnimmt - das hat Herr Rothe schon ausgeführt -, die Straftaten aber leider immer brutaler werden, muss auch bei jugendlichen Tätern eine effektive Einflussnahme mit beeindruckender Wirkung möglich sein.

Gerade die verschiedenen Formen des Freizeitentzugs oder Dauerarrests, die je nach der erzieherischen Erforderlichkeit verhängt werden können, und die Zeitbegrenzung von mindestens zwei Tagen bis zu maximal vier Wochen ermöglichen abgestufte Entscheidungen des Jugendrichters, sodass die notwendige Abschreckungswirkung für den jugendlichen Täter individuell abgewogen werden kann. Außerdem ist die Handlungsform des Arrests auch im Privatleben etwa als Hausarrest bekannt und stellt bisweilen ein sehr effektives Erziehungsmitel dar. Ein Verbot des nächtlichen Discobesuches hat schon so manches Wunder bewirkt.

Meine Damen und Herren! Diese Aussagen werden niemanden überraschen. Es ist hinreichend bekannt, dass sich meine Fraktion zwar gegen eine generelle Verschärfung des Jugendstrafrechts, aber für den so genannten Warnschussarrest ausspricht. Wie wir schon früher festgestellt haben, können wir der Kritik, dass der Warnschussarrest dem Erziehungsgedanken zuwiderlaufe, nicht folgen.

Nach den bisherigen Erfahrungen in der Praxis steht fest, dass eine kurze freiheitsentziehende Maßnahme neben einer Bewährungsjugendstrafe von den Jugendlichen gerade nicht als Sanktion, sondern eher mit dem Gefühl, gerade noch einmal davon gekommen zu sein, aufgenommen wird. Deswegen sehen wir den so genannten Warnschussarrest auch als Möglichkeit an, um Jugendliche vor einem intensiveren Eingriff zu bewahren.

Uns ist auch bekannt, dass es eine hohe Rückfallquote nach erfolgten Arresten gibt. Das ist aber nicht der Beleg dafür, dass der Arrest als solcher untauglich ist, sondern wirft zwei Fragen auf: Ist es sinnvoll, den Arrest erst als

letzte Erziehungsmaßnahme vor der Jugendstrafe anzuwenden? Und: Ist die Qualität des Jugendarrests ausreichend pädagogisch wirksam?

Ich bin der Überzeugung, dass man jede Situation optimieren kann. Es bleibt zu beachten, dass die meisten Jugendlichen erst in den „Genuss“ des Arrests kommen, nachdem sie bereits mehrfach aufgefallen sind und seitens der Justiz nur den erhobenen Zeigefinger erlebt haben. Auf diese Weise vorgeprägte Täter werden dann von einem Arrest weniger beeindruckt als der so genannte Ersttäter. Konsequenterweise halte ich auch die Kombination des vereinfachten Verfahrens mit der Maßnahme des Jugendarrests - wie schon der Pressemitteilung zu entnehmen war - für ein probates Mittel des Jugendstrafrechts, da auch hierbei der Erziehungsgedanke im Vordergrund steht.

Ich bin der Auffassung, dass es in bestimmten Fällen gerade bei Ersttätern Sinn macht, einen Jugendarrest zu verhängen, da die Jugendlichen, die zum ersten Mal mit dem Gesetz in Konflikt kommen, durch diese Erfahrung sehr stark beeindruckt werden und so weitere Straftaten verhindert werden können. Selbstverständlich spreche ich nur von Fällen, in denen bei der Tat ein besonders gewaltbereites Verhalten an den Tag gelegt worden ist.

In diesem Zusammenhang führt gerade das vereinfachte Verfahren und die zeitnahe Verurteilung dazu, dass die Abschreckungswirkung gegenüber dem jugendlichen Täter und gegenüber anderen Jugendlichen maximiert wird, da deutlich wird, dass die Reaktion der Gesellschaft der Tat auf dem Fuße folgt. Außerdem läuft ein jugendlicher Straftäter durch das vereinfachte Verfahren nicht mehr Gefahr, erst lange Zeit nach der Tat verurteilt zu werden, nachdem er eine positive Entwicklung durchgemacht hat, in dem er eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle angenommen hat, und somit aus der positiven Entwicklung herausgerissen zu werden.

Meine Damen und Herren! Unser Justizminister hat richtig festgestellt: Schnelles Recht ist gutes Recht. Ich gebe Ihnen, Herr Rothe, Recht, dass dabei die Beweisführung und der Rechtsstaat nicht auf der Strecke bleiben dürfen.

(Zuruf von Minister Herrn Becker)

In den Fällen, in denen es möglich ist, in denen man den Täter schon am nächsten Tag spüren lassen kann, was es bedeutet, sich außerhalb der Gesellschaft zu bewegen, halte ich das für eine besonders gelungene Form der Erziehungsmaßnahme.

Das ist allerdings nicht alles, was das Jugendstrafrecht vorsieht, und es soll auch nicht alles sein. Es ist auch notwendig, über Erziehungsmaßregeln, den Täter-Opfer-Ausgleich, soziale Trainingskurse und sonstige Sozialmaßnahmen, die schon anwendbar sind, hinaus darüber nachzudenken, welche Erziehungsmittel Jugendrichtern noch an die Hand gegeben werden können. Nur ein breiter Strauß von Regelungen ermöglicht es dem Jugendrichter, auf die aus unterschiedlichsten Motivationen heraus straffällig gewordenen Jugendlichen individuell einzugehen.

Bei dieser Frage bin ich bereit, über eine sinnvolle Ergänzung der bisher geregelten Erziehungsmaßnahmen nachzudenken und zu diskutieren. Aber eine Verschärfung des Jugendstrafrechts scheidet für mich aus. Angeichts sinkender Jugendkriminalität fehlt es sowohl an dem Nachweis der Notwendigkeit als auch an der erhofften Wirkung.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch einmal an das Wesentliche erinnern: Erziehung statt Repression. Diese Grundaussage fasst mein Verständnis von Jugendstrafrecht kurz und knapp zusammen. Dabei bin ich der festen Überzeugung, dass die vorhandenen Regelungen im Jugendstrafrecht ausreichend sind und es keiner Verschärfung bedarf.

Freilich muss bei schwerwiegenden Fällen von Gewalt auch von den schärferen Schwertern des Jugendstrafrechts wie der Jugendstrafe Gebrauch gemacht werden, damit die jugendlichen Täter nicht den Eindruck gewinnen, dass es sich bei Straftaten, die man als jugendlicher begeht, um Kavaliersdelikte handele. Sie hatten es einmal so nett ausgedrückt: Eine Teenager-Eselei ist immer noch eine Straftat und muss geahndet werden.

Grundsätzlich steht aber die erzieherische Wirkung im Vordergrund. Es macht auch Sinn, den Jugendarrest mit anderen Erziehungsmaßregeln zu kombinieren, um dem jeweiligen Jugendlichen gerecht zu werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der FDP, von Herrn Schomburg, CDU, und von Herrn Gürth, CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Wolpert. - Nun spricht zum Abschluss der Debatte Frau von Angern für die Linkspartei.PDS.

Frau von Angern (Linkspartei.PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich finde, dass die Thematik Jugenddelinquenz eine sehr interessante ist. Ich heiße grundsätzlich jede Gelegenheit willkommen, darüber zu diskutieren.

Das Problem bei der heutigen Debatte ist aus meiner Sicht jedoch, dass Sie das Thema an einem Einzelfall festmachen, der es fast unmöglich macht, eine sachliche Diskussion zu führen. Das bedauere ich. Allerdings lässt es mich zugleich hoffen, dass sich bei Ihnen ein gewisses Problembewusstsein eingestellt hat. Denn wir haben ein Problem, das nach meiner Auffassung nicht allein durch schnelleres und härteres Recht gelöst werden kann.

Hätte meine Fraktion den Sachverhalt aufgegriffen, so kann ich Ihnen versichern, dass wir heute über eine ganz andere Thematik gesprochen hätten. Es wäre um Gewalt an Schulen gegangen. Es wäre um die Frage gegangen, welche Werte vermitteln wir Kindern und Jugendlichen. Und es wäre um die Frage gegangen, welche Möglichkeiten die Politik und insbesondere Lehrerinnen und Lehrer haben, solchen Geschehnissen vorzubeugen und darauf zu reagieren. Doch darüber reden wir heute leider nicht.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Ich werde an dieser Stelle nicht das konkrete Strafverfahren bewerten, an dem diese Diskussion losgebrochen ist, obgleich ich die Dramatik des Sachverhaltes damit nicht herunterspielen möchte. Das sage ich ganz ausdrücklich. Ich bleibe dabei: Ich denke nicht, dass es die Aufgabe von Politik ist, nichtöffentliche Strafverfahren gegen jugendliche Straftäter öffentlich zu bewerten.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Die Aufgabe von Politik ist vielmehr die Verhinderung solcher Vorfälle, das will heißen, die Prävention.

Ich werde erneut in einer Wunde bohren, die unter anderem Dank Leuten wie Professor Dr. Titus Simon von der FH Magdeburg-Stendal so schnell auch nicht zuwachsen wird. Unter Ihrer Regierung lief das Projekt der Schulsozialarbeit in Sachsen-Anhalt aus. Die Mehrzahl der Projekte brach weg. Durch diese Projekte war es möglich, individuell und eben auch präventiv mit Problemen von Schülern umzugehen.

Momentanes Fazit im Lande ist, dass Gewalt an Schulen existent ist und die Zahl der Schulverweigerer ansteigt. Wenn sich zum letztgenannten Problem der Chef des Landesverwaltungsamtes hinstellt und ausruft, er wolle die Zahl der Schulverweigerer auf null senken, kann ich nur nüchtern feststellen: Das ist ein ehrbares Vorhaben. Aber wie will er dies umsetzen? Mit teuren Sonderprojekten oder gar mithilfe der Polizei? - Die Antwort darauf war übrigens im Landesjugendhilfeausschuss durch die Sozialbeigeordnete der Stadt Magdeburg schnell gefunden: durch mehr Schulsozialarbeit. - Ein trauriges Dilemma, meine Damen und Herren der Koalition.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Nein! - Minister Herr Kley: Schulsozialarbeit ist möglich, nehmen Sie das zur Kenntnis!)

Auf die Einsparungen in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit mag ich an dieser Stelle gar nicht zu sprechen kommen. Darüber haben wir uns schon in der letzten Landtagssitzung - leider erfolglos - gestritten. Doch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalition, Sie müssen sich eben bewusst machen, dass Sparen am falschen Ende sich nicht bezahlt macht.

Um mit den Worten des DAV, des Deutschen Anwaltvereins, zu sprechen, führen jugendspezifische Hilfsangebote in präventiver Hinsicht zu einem Rückgang von Straftaten und damit zur Vermeidung von Schäden, deren Folgen die Allgemeinheit zu tragen hat. Ich gebe zu bedenken, dass Prävention umso teurer und umso begrenzter in ihrer Wirkung ist, je später sie einsetzt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Doch ich komme wieder auf den Jugendarrest an sich zurück. Sie schreiben in Ihrer Begründung zur Aktuellen Debatte, dass der Jugendarrest als Erziehungsmaßnahme wirksam ist. An dieser Stelle möchte ich eines kurz richtig stellen - ich dachte, es wird von einem Voredner getan -: Gesetzesystematisch, aber auch inhaltlich ist der Jugendarrest keinesfalls eine Erziehungsmaßnahme. Vielmehr ist er ein Zuchtmittel, das im Jahr 1940 in das JGG Einzug fand. - So viel zur Rechtsgeschichte und Rechtssystematik.

Natürlich ist es eine Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, wenn trotz bester Präventionsmaßnahmen Straftaten begangen werden. Meine Fraktion fordert auch nicht, dass einem solchen Verhalten keine Reaktion folgen soll. Allein der Schrei nach schneller und harter Strafe ist nach Auffassung der Linkspartei bei jugendlichen Straftätern jedoch zu kurz gegriffen. Es kann scheinbar gar nicht oft genug gesagt werden: Im Jugendstrafrecht geht es in erster Linie um Erziehung und eben nicht um Strafe.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Ich möchte an dieser Stelle einen Irrtum ausräumen. Sie treffen auf unsere volle Zustimmung, dass einem straffälligen Verhalten eine schnelle Reaktion folgen muss.

Passiert das nicht, verpufft die Wirkung. Meinungsunterschiede bestehen jedoch hinsichtlich des Inhaltes der Reaktion.

Der Jugendarrest beruht auf der These, Kriminalität könnte dadurch verhindert werden, dass dem Täter eine Anschauung vom Gefängnisleben gegeben und als konkrete Drohung vermittelt wird. Das Problem dabei ist jedoch, dass auf die eigentliche Kriminalitätsgründe nicht eingegangen wird. Die Kriminalitätsgründe sind bei diesem Umgang eine unbekannte Größe, gegen die durch vermehrte Abschreckung ein Gegengewicht geschaffen werden soll.

Wir müssen uns jedoch bewusst machen, dass gerade bei jugendlichen Straftätern zumeist schon erhebliche Sozialisationsdefizite vorliegen, die an sich schon dazu führen, dass sie arrestungeeignet sind. Ich frage Sie allen Ernstes: Wie soll denn eine jahrelange Desozialisierung durch vier Wochen oder - beim Warnschussarrest - nur durch ein paar Tage ausgeglichen werden, selbst wenn eine Betreuung durch Sozialpädagogen erfolgt?

Es führt vielmehr zu einer weiteren Desozialisierung, indem gerade bei der Höchstdauer von vier Wochen soziale Kontakte abgebrochen werden können. Ich kenne natürlich auch die Fälle, in denen Jugendliche, die danach wieder in ihren alten sozialen Nahraum zurückkehren, als Helden gefeiert werden. Aber ist es das, was wir wollen?

Da ich aufgrund der Pressemeldungen davon ausgehe, dass Sie diese Argumentation leider nicht überzeugt, gehe ich noch einmal auf das Thema „Rückfallquote“ ein. Diese liegt nach bundesweiten Studien beim Jugendarrest zwischen 70 % und 80 %. Das stellt meiner Meinung nach den Erfolg des Jugendarrestes mehr als infrage.

Die Ursachen dafür sind unterschiedlich: Arrestungeeignetheit, Identifikation mit der Rolle eines Straftäters, Verfestigung einer kriminellen Karriere oder auch das Zurückkehren in eine kriminelle Gruppe. Doch all das spricht nun wirklich nicht für die Tauglichkeit des Jugendarrestes. Seine Wirkung ist eher kontraproduktiv.

In meinem Fazit zum Zuchtmittel Jugendarrest schließe ich mich Professor Dr. Bussmann von der Martin-Luther-Universität an. Er hat festgestellt, dass Jugendarrest mehr schadet als nützt, unterstützt deshalb die bereits lange bestehende Forderung - ich war also nicht die Erste - nach Abschaffung des Jugendarrestes und fordert Alternativen dazu.

An genau dieser Stelle ist nun wieder die Politik gefragt. Sind wir so ohnmächtig und wissen wir uns nur zu helfen, indem wir jugendliche Straftäter wegsperren? Oder gibt es dazu nicht doch Alternativen?

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass auch in unserer Fraktion aufgrund unterschiedlicher Auffassungen noch intensiv darüber diskutiert wird. Aber wir sind offen in der Diskussion. Umso wichtiger ist es nach meiner Auffassung, Alternativen zum Jugendarrest zu suchen und den Menschen aufzuzeigen und zu erklären.

Gemeinnützige Arbeit ist durchaus ein sinnvoller Ansatz und wird bereits seit längerer Zeit erfolgreich praktiziert. Aber auch der soziale Trainingskurs, wie beispielsweise das Antiaggressionstraining, könnte den Jugendarrest

ersetzen. Hierbei geht es um ein sozialpädagogisches Angebot, das darauf abzielt, Defizite aufzuarbeiten, die der Jugendliche im Zusammenhang mit seiner Straffälligkeit hat, sowie Handlungsalternativen aufzuzeigen und einzubauen. Dies geschieht in Gruppenarbeit oder in intensiver Einzelbetreuung. Ziel ist das Training sozialer Verhaltensweisen. Sie können sich das gern anschauen; dort passieren keine Streicheleinheiten.

Der Kurs motiviert die Jugendlichen, ihre oft äußerst ungünstigen Lebensbedingungen aktiv anzugehen und sich nicht resigniert ihrer Situation hinzugeben. Eine Rückfalluntersuchung bei Teilnehmerinnen solcher Kurse hat übrigens ergeben, dass nur 41 % rückfällig geworden sind.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalition, das könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein, denn genau dieses Ziel verbindet uns doch fraktionsübergreifend: Wir wollen die Rückfallquote so weit es geht minimieren. Natürlich lässt sich nicht alles mit der Rückfallquote argumentativ untersetzen. Doch sie sollte zumindest ein Indiz dafür sein, das nicht leichtfertig verworfen wird.

Mir ist durchaus auch bewusst, dass das momentane Netz der ambulanten Maßnahmen noch nicht ausreichend ist. Doch die Antwort der Politik darf vor diesem Hintergrund erst recht nicht allein das Wegsperren der jugendlichen Straftäter sein. Es gilt, dieses Netz auszubauen, was doch zugleich mit Einsparungen im Bereich des Vollzuges einhergehen kann.

Abschließend möchte ich auch noch die Möglichkeit des Täter-Opfer-Ausgleichs als Form der Wiedergutmachung ansprechen. Gerade für jugendliche Straftäter, deren Straffälligkeit zum Glück zum größten Teil von episodenhafter Natur ist, besteht darin eine große Chance, sie mit ihrer Tat zu konfrontieren und eine Auseinandersetzung damit zu fördern.

Im Übrigen war das Konstrukt des TOA bei seiner Einführung im Jahr 1990 auch keinesfalls unumstritten. Inzwischen beobachte ich aber durchaus positiv, wie sich Minister Becker alljährlich für die Mittel in diesem Bereich stark macht. Ich denke, es lohnt sich auch, sich dafür stark zu machen.

Deshalb wird sich meine Partei auch weiterhin gegen eine Verschärfung und für Veränderungen des Jugendgerichtsgesetzes im Sinne des Erziehungsgedankens stark machen. Ich denke, zur Politik gehört eben auch der Mut, Neues auszuprobieren. Denn wir sind nicht ohnmächtig, sondern wir können alternative Methoden zum Jugendarrest nutzen und vor allem den Menschen erklären, dass ihre Sicherheit dadurch keineswegs gefährdet ist.

In diesem Sinne rege ich an, dass wir uns im Rechtsausschuss im Rahmen einer Selbstbefassung intensiv in ein Gespräch mit weiteren Fachleuten begeben. Ich denke, unsere jeweilige Meinung kennen wir nun hinlänglich. Jetzt sollte auch mal der Sachverständ von außen zu Wort kommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Eines habe ich noch: Ich gehe natürlich noch auf Sie ein, Herr Kley. Ich denke, Sie wissen, dass mit dem Auslaufen des Programms der Schulsozialarbeit auch die Gelder ausgelaufen sind. Die Mittel der Jugendpauschale allein, auch wenn sie im FAG veranschlagt sind und noch nicht einmal mehr kofinanziert werden müssen,

reichen allein nicht aus. Sie wissen selbst, wie viele Projekte deshalb weggefallen sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Minister Herr Kley: Die sind nicht angewandt worden!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau von Angern. - Nun erteile ich Herrn Minister Becker das Wort.

Herr Becker, Minister der Justiz:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Ich danke allen Vorrednern für ihre Beiträge, die unterschiedlich nuanciert waren, aber letztlich doch zu dem gleichen Ergebnis gekommen sind: dass Jugendarrest eine Erziehungsmaßnahme unter vielen ist und dass wir auf dem richtigen Weg sind, diesen Jugendarrest weiterhin so anzuwenden, wie er jetzt im Land angewendet wird.

Ich bin auch der Auffassung, dass es sicherlich gut ist - damit nehme ich die Anregung meiner Vorrednerin Frau von Angern auf -, dass sich der Rechtsausschuss einmal im Rahmen der Selbstbefassung intensiv mit diesen Fragen befasst.

Ich möchte zunächst die Mahnung des Kollegen Rothe in den Vordergrund rücken, der gesagt hat: Das Grundgesetz verbietet es dem Parlament, sich als Oberrichter hinzustellen und zu sagen: Dieses Urteil ist gut und jenes Urteil ist nicht gut. Damit haben Sie selbstverständlich Recht, Herr Rothe. Diese Zurückhaltung müssen sich sowohl die Regierung als auch das Parlament auf erlegen. Wir haben die Gewaltenteilung zu respektieren und dürfen uns nicht positiv oder negativ über die dritte Gewalt auslassen.

Es ist uns aber sicherlich nicht verwehrt, ein Urteil zum Anlass zu nehmen, über das eine oder andere nachzudenken, und festzustellen, wie zum Beispiel die Öffentlichkeit reagiert. Ich kann wirklich nicht erkennen - Herr Rothe, darüber müssen wir uns dann vielleicht noch einmal unterhalten -, wo in dem Antrag der CDU-Fraktion eine Benotung vorgenommen würde. Es heißt in der Begründung lediglich:

„Gerade der oben geschilderte Fall zeigt, dass das Jugendstrafrecht auch auf ein solches intensives Instrument angewiesen ist.“

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das ist natürlich eine Bewertung, Herr Becker!)

Dies ist doch keine Bewertung. Man nimmt diesen Fall lediglich zum Anlass, über die Wirksamkeit des Jugendarrests nachzudenken. Darin kann ich keine Benotung erkennen.

Ich möchte aber feststellen, dass die Öffentlichkeit die Reaktionen, die erfolgt sind, nämlich dass man vom 26. auf den 28. September 2005 gehandelt hat, positiv bewertet hat. Am 26. September 2005 kam es zu dem Vorfall, eine 16-Jährige schlug einer 15-Jährigen mit einem Schlagring auf den Kopf. Das Furchtbare ist: Es geschah früh am Morgen, um 7 Uhr, zu einer Zeit, zu der im Grund genommen noch überhaupt keine Aggressionen aufgestaut sein können; da steigt man eigentlich erst aus dem Bett.

(Herr Schomburg, CDU: Wir stehen früher auf! - Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Minister, möchten Sie eine Frage von Herrn Gallert beantworten?

Herr Becker, Minister der Justiz:

Ich beantworte sie gern, Herr Gallert. Bitte schön.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Ich hätte die Frage am Ende ohnehin gestellt, aber Sie haben das schon am Anfang thematisiert. Es geht um den Satz, den Sie vorgelesen haben:

„Gerade der oben geschilderte Fall zeigt, dass das Jugendstrafrecht auch auf ein solches intensives Instrument angewiesen ist.“

Herr Becker, das bedeutet doch nichts anderes, als dass hier bewertet wird: Wenn man diesen Fall nicht so beantwortet hätte, hätte man ein entsprechendes Instrument fehlerhaft nicht angewendet. Das ist doch relativ klar.

Ich frage Sie als Justizminister - ich bin da offen; denn ich bin zum Glück kein Jurist, ich bin Politiker,

(Frau Weiß, CDU, lacht - Herr Wolpert, FDP: Was ist denn das für eine Bewertung?)

ich bin darüber glücklich, seit ich den Untersuchungsausschuss leite -:

(Herr Wolpert, FDP, lacht)

Sie meinen also, dass eine solche Form der Behandlung eines spezifischen Gerichtsurteils bei uns im Landtag üblich sein sollte? Ich stelle diese Frage deshalb, weil wir es dann nicht nur in diesem Fall so machen sollten; dann müssten wir es immer so machen. Wir können uns dann aber nicht gegenseitig vorwerfen, dass wir hier Gerichtsurteile bewerten.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Herr Becker, Minister der Justiz:

Herr Gallert, ich habe ausdrücklich gesagt, wir können uns nicht zum Oberrichter über ein Gerichtsurteil ausschwingen, aber wir können einen Vorgang natürlich zum Anlass für eine aktuelle Debatte nehmen. Das ist doch ganz klar. Ein Fall kann doch etwas auslösen. Die Frage nach der Notwendigkeit und der Zweckmäßigkeit von Zuchtmitteln kann doch von so einem Fall ausgehend behandelt werden. Mehr als das ist nicht gesagt worden. Ich kann also den Vorwurf, der von Herrn Rothe erhoben worden ist, in diesem Punkt nicht nachvollziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte sagen, dass die Jugendpolitik meines Hauses - neben dem Haus des Kollegen Gerry Kley sind auch wir für Jugendpolitik zuständig - mehrfach unter die Überschrift „Grenzen setzen und Hilfen anbieten“ gestellt worden ist.

Ich erinnere an die Diskussion über die Änderung der Divisionsrichtlinien, die wir in diesem Hause geführt haben, oder an die schon erwähnte Diskussion über das Jugendstrafrecht, die vor der Sommerpause in diesem Hause stattgefunden hat. Ich bin auch der Meinung, dass Schulsozialarbeit und andere Maßnahmen zunächst Vorrang haben müssen vor allen Sanktionen, die wir dann anwenden.

Der Grundkonsens, dass Prävention vor Repression zu stellen ist, darf uns aber nicht daran hindern, dort, wo es unumgänglich ist, auch die notwendige Härte zu zeigen. Dafür haben wir einen Instrumentenkoffer, den wir alle kennen.

Ich möchte dieses Hohe Haus nicht für eine Lehrstunde zum Jugendstrafrecht missbrauchen; dennoch möchte ich Sie darauf hinweisen, dass der Jugendarrest in der Form des Freizeit-, des Kurzzeit- und des Dauerarrestes eine kurzfristige Freiheitsentziehung ist und einen sühnenden und erzieherischen Einfluss haben soll. Er soll den Jugendlichen bzw. den Heranwachsenden zur Selbstbesinnung führen, ihm dringlich bewusst machen, dass er, der Jugendliche, für begangenes Unrecht einzustehen hat. Künftigen Verfehlungen will man auf diese Art und Weise mit sozialpädagogischen Hilfen vorbeugen.

Zur Historie wissen wir, dass der Jugendarrest in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts eingeführt wurde. Damals sind von der Jugendgerichtsbewegung harte Erziehungsstrafen gefordert worden. Die DDR hat den Jugendarrest als „nationalsozialistische Erfindung“ abgeschafft - das war er im Grunde genommen gar nicht; denn er war schon lange Zeit vorher gefordert worden -, um ihn dann im Jahr 1968 unter der Bezeichnung „Jugendhaft“ als kurze Freiheitsentziehung wieder einzuführen.

Wie sieht es in Europa aus? - Europäische Nachbarn wie Großbritannien, die Niederlande und die Schweiz haben ähnliche Einrichtungen geschaffen.

Lange Zeit gab es ideologische Positionen, die den Jugendarrest verteufelten. Bei aller Kritik darf aber nicht verkannt werden, dass die Verurteilten nicht einfach weggesperrt werden; vielmehr werden sie im Arrestvollzug von engagierten Vollzugsleitern und helfenden Kräften erzieherisch betreut.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass selbstverständlich auch für mich der Erziehungsgedanke im Mittelpunkt der zu verhängenden Sanktionen steht. Daher kommt es wesentlich auf die Ausgestaltung des Arrestes an.

Nach § 90 des Jugendgerichtsgesetzes soll der Jugendarrest erzieherisch gestaltet werden. Dort heißt es:

„Er soll dem Jugendlichen helfen, die Schwierigkeiten zu bewältigen, die zur Begehung der Straftat beigetragen haben.“

Dieses Ziel kann umso besser erreicht werden, je schneller der Arrest nach der Tat und der Verurteilung vollstreckt wird. Der in Rede stehende Fall ist ein Beispiel, an dem ganz deutlich geworden ist, wie das ablaufen kann und welche Auswirkungen das hat. Wenn Sie sich mit Schülern oder Lehrern an der betreffenden Sekundarschule unterhalten, dann werden Sie als Reaktion hören - das könnten wir den Medien entnehmen -, dass man das schnelle Reagieren als etwas Positives empfunden hat.

Deshalb ist der Jugendarrest nach der Jugendarrestvollzugsordnung in der Regel unmittelbar, nachdem das Urteil Rechtskraft erlangt hat, zu vollziehen. Hierbei wirkt sich der von mir immer wieder gebrauchte Satz „Schnelles Recht ist gutes Recht“ aus. Das ist also auch in Gedenken geschehen.

Wir versuchen das übrigens in Sachsen-Anhalt immer so zu tun. Ich muss jedoch feststellen, dass wir nur eine

Jugendarrestanstalt haben, und dort gibt es nicht genug Arrestplätze. Deshalb werde ich den Vorfall von Gardelegen zum Anlass nehmen und prüfen, ob eine Beschleunigung des Vollzugs des Jugendarrests zum Beispiel dadurch erreicht werden kann, dass im Rahmen der Nutzung bereits vorhandener Jugendvollzugseinrichtungen auch eine Jugendarresteinrichtung im Norden des Landes vorgehalten werden kann. Das befindet sich bereits in der Prüfung.

Wir haben bislang nur eine einzige Anstalt im Süden, in Halle. Das führt zu weiten Anfahrtswegen, insbesondere bei den kurzen Freizeitarresten oder Erziehungsarresten, die am Wochenende abgefolgt werden, sodass Richter sich oft die Frage stellen, ob die Fahrt nach Halle sich eigentlich lohnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf auch sagen, dass sich der Bundesrat mit Mehrheit für den Jugendarrest ausgesprochen hat. Er sieht darin ein Mittel, um den Jugendlichen unmissverständlich deutlich zu machen, dass eine Verhaltensänderung notwendig ist. Der Arrest ermöglicht zudem eine heilsame Trennung aus dem ungünstigen Umfeld. Diese Auffassung hat der Bundesrat mehrfach zum Ausdruck gebracht und auch die Justizminister haben entsprechend votiert.

Wenn der Jugendarrest im Sinne des so genannten kurzen, scharfen Schocks für die Betreffenden helfen kann, eine Jugendstrafe zu vermeiden, so liefe seine Abschaffung dem Erziehungsgedanken des Jugendgerichtsgesetzes eigentlich zuwider.

Ich meine abschließend feststellen zu können: Der Jugendarrest hat sich bewährt. Einer meiner Voredner hat auch darauf hingewiesen, dass wir in Bezug auf die Vollziehung des Jugendarrests im Vergleich der Bundesländer weit vorn liegen. Die meisten Jugendarreste werden hier im Lande vollzogen und das ist gut so.

Ich darf zweitens feststellen: Wir werden alles in unserer Macht Stehende unternehmen, damit dieses Zuchtmittel erhalten bleibt und gegebenenfalls noch ausgebaut wird, etwa mit dem so genannten Warnschussarrest, der, wie Sie alle aus unserer bisherigen Diskussion wissen, im Gespräch ist. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Becker. - Damit ist auch dieses Thema abgehandelt worden, die Aktuelle Debatte beendet und der Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Erste Beratung

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/2405**

Wir haben vereinbart, auf eine Debatte zu verzichten, weil wir bereits im Rahmen der Aktuellen Debatte darüber gesprochen haben. Ich bitte Herrn Schomburg, diesen Antrag mit wenigen Sätzen einzubringen.

Herr Schomburg (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Es ist in der Tat etwas unüblich, dass zunächst die Debatte und die Einbringung des Antrages erst am Schluss kommt.

(Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

In Anlehnung an die Aktuelle Debatte kann ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken.

Zunächst zu den Punkten I und II des Antrags. In diesem Zusammenhang hat Herr Kollege Fikentscher eine, so denke ich, etwas unglückliche Bemerkung gemacht. Es steht uns als Parlamentariern zu, einmal Danke für die ehrenamtlich geleistete Arbeit zu sagen. Nicht mehr und nicht weniger soll dieser Antrag in diesem Punkt erreichen.

Es ist wichtig, dass wir als hauptamtlich im politischen Geschäft Tätige uns bei denen bedanken, die ehrenamtlich im politischen, sozialen, kulturellen, sportlichen Bereich und in anderen Bereichen tätig sind.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

In Punkt III kam es uns vor dem Hintergrund der Anhörung, die wir im Juni 2005 durchgeführt haben, darauf an, der Landesverwaltung zu verdeutlichen, dass die Bürger nicht nur ein Interesse, sondern auch ein Recht darauf haben, an Verwaltungsentscheidungen mitzuwirken, und über Vereine und Verbände auch Co-Produzenten der gesellschaftlichen Regulierung sind.

Dies trifft in den Verwaltungen nicht immer auf Verständnis. Auch uns ist klar, dass wir dies hier nicht beschließen können; aber ich denke, es ist evident, dass wir mit den Verwaltungen ins Gespräch kommen und um Verständnis für die Position der Ehrenamtlichen ringen müssen.

Auch in Bezug auf die Form des Anerkennungswesens gab es erheblichen Diskussionsbedarf. Es wird anerkannt, dass die Landesregierung über den Preis des Ministerpräsidenten zur Anerkennung von im Ehrenamt geleisteten Diensten beiträgt. Die Ehrenamtlichen stehen dazu. Sie halten ein abgestuftes Verfahren und ein abgestuftes Anerkennungssystem für sinnvoll. Darüber wollen wir uns mit der Landesverwaltung im Ausschuss unterhalten.

Über die Modernisierung des Zuwendungsrechts ist hier schon in ausreichendem Maße gesprochen worden. Ausführungen dazu kann ich mir also ersparen.

Ein Problem besteht aber noch hinsichtlich der Frage des Versicherungsschutzes. Es gibt eine Reihe von Verbänden, insbesondere von größeren, die einen Versicherungsschutz in Bezug auf das Haftungsrecht und die Unfallversicherung haben. Es gibt aber im Bereich des Ehrenamts insbesondere kleinere Segmente, die diesen Schutz nicht genießen, eben weil sie keine großen tragfähigen Strukturen hinter sich wissen. Auch für diese ist es zum Teil existenziell, dass es uns gelingt, hier eine Lösung zu finden.

Ich denke nur an kleinere Vereine, die sich auch mit Jugendarbeit beschäftigen und in denen der ehrenamtlich Tätige, der die Jugendarbeit betreibt, haftungsrechtlich voll in die Verantwortung genommen wird, wenn er mit Jugendlichen etwas unternimmt und einem der Jugendlichen während der Ausübung dieser Tätigkeit etwas passiert.

(Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

Das darf nicht das private Risiko desjenigen sein, der diese Arbeit ehrenamtlich betreibt.

Über die Handreichung der Vereine wurde schon einiges gesagt. Sie ist auf dem besten Wege.

Ich wünsche uns eine interessante Diskussion im Ausschuss für Kultur und Medien, der die Federführung erhalten soll, im Ausschuss für Inneres, im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie im Ausschuss für Finanzen. Ich bitte um Überweisung dieses Antrags an die genannten Ausschüsse. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Schomburg. - Der Überweisungsantrag ist klar. Ich denke, ich brauche ihn nicht zu wiederholen. Wer stimmt zu? - Das sind offensichtlich alle. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag an die genannten Ausschüsse überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 14 abgeschlossen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 15**, den letzten Punkt, auf:

Beratung

Nachhaltigkeit der Förderstrategie des Landes

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS - **Drs. 4/2411**

Ich bitte nun Herrn Dr. Thiel, den Antrag einzubringen.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Das Hohe Haus ist fast leer. Sind wir noch beschlussfähig, Herr Präsident? - Wir stellen noch einmal die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Die Beschlussfähigkeit besteht fort, solange sie nicht in Frage gestellt wird.

(Heiterkeit - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Wir reden nachher noch einmal darüber, Frank!)

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden heute nicht zum ersten Mal über die Fragen der Förderung, über Erfolge, Probleme und Ursachen von Erfolg und Misserfolg - verbunden mit dem Versuch, über strategische Programme und das Herangehen der Landesregierung an die Wirtschaftsförderung zu debattieren.

Auch in den Ausschüssen wurde mehrfach versucht, über die Dinge gründlich zu beraten. Aber schließlich - das schätze ich durchaus selbstkritisch so ein - wurde die notwendige Tiefe und Klarheit bezüglich des Prozesses der Investitionen und der Ansiedlungspolitik im Lande nicht erreicht.

Ich will Ihnen auch gleich sagen, warum das so ist. Weil der Minister immer wieder auf dem Standpunkt beharrt: Das gehört zum so genannten Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung; das geht nur die Regierung

etwas an; da haben die Abgeordneten nicht viel reinzureden. - „Basta“ würde der Noch-Bundeskanzler vielleicht dazu sagen.

(Frau Budde, SPD, lacht)

Aber angesichts der lediglich in geringem Umfang zu erwartenden Mittel, die im Zusammenhang mit den EU-Fonds, der Gemeinschaftsaufgabe, der Investitionszusage fließen, gewinnt die Frage nach der Effektivität der Wirtschaftsförderung einen wesentlich höheren Stellenwert, als das bisher vorstellbar war. Der Druck auf die Wirksamkeit, die Sicherheit des Erfolgs, auf die Nachhaltigkeit des Ergebnisses wird in weitaus größerem Maße wachsen als bisher.

Herr Paqué hat gestern Folgendes gesagt - ich zitiere :-

„Nur das, was das Land wirtschaftlich voranbringt und geeignet ist, die hohe Arbeitslosigkeit zu vermindern und mittelfristig zu beseitigen, wird noch gefördert werden können.“

Das ist wohl richtig, Herr Minister, aber das ist uns einfach zu schwach. Hierbei fehlt die notwendige Schärfe. Wohin soll die Reise gehen?

Das ist nämlich ein Gebot der Stunde, um die Chancen des Landes weiter zu verbessern. Dass die Chancen genutzt werden, zeigt die vor kurzem erfolgte Darstellung der Ergebnisse der Investitionsoffensive des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Diese qualitativen Ergebnisse wollen wir nicht kleinreden. Sie können sich sehen lassen. Wir als Linkspartei begrüßen diese Resultate.

(Zustimmung von Frau Wybrands, CDU, und von Herrn Dr. Schrader, FDP)

Aber wir wollen die Dingen noch einmal genauer analysieren. In den drei Jahren nach dem Regierungswechsel hat die Landesregierung im verarbeitenden Gewerbe Investitionen mit einem Umfang von 7,4 Milliarden € angeschoben. Das ist in der Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 13. September 2005 zu lesen.

In diesem Zusammenhang kommt mir das Gedicht von Bertolt Brecht „Fragen eines lesenden Arbeiters“ in den Sinn.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS, und Herr Dr. Schrader, FDP, lachen)

Brecht schrieb unter anderem Folgendes:

„Wer baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?“

Man könnte Brecht bei uns vielleicht so variieren: Wer brachte die Investitionen nach Sachsen-Anhalt? In den Pressemeldungen stehen die Namen von Ministern. Haben die Minister Ihr eigenes Geld bereitgestellt?

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS, lacht - Zustimmung von Frau Fischer, Leuna, SPD, und von Frau Schmidt, SPD)

Meine Damen und Herren! Es waren und sind doch vorrangig die Investoren und die Unternehmer, die den Mut besitzen, hier in diesen Markt zu investieren. Ihnen sollten wir vorrangig unseren Dank zollen und weniger uns Politikern auf die Schulter klopfen.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

7 Milliarden € sind ein stolzer Betrag. Als Wirtschaftspolitiker ist man jedoch an genaueren Zahlen interessiert. Herr Rehberger, Sie müssen uns einmal im Wirtschaftsausschuss erklären, woher die 7 Milliarden € kommen; darauf bin ich gespannt. Ich habe es beim besten Willen nicht geschafft, die erforderlichen Informationen zusammenzutragen. Ich freue mich auf die Debatte, die wir im Ausschuss führen können.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: So wie beim Fortschrittsbericht! - Zuruf von Herrn Metke, SPD)

Dabei ist natürlich die Frage interessant, in welcher Höhe Mittel von dem Landesanteil für Zuschüsse und in welcher Höhe Mittel für Darlehen in den einzelnen Branchen aufgewendet wurden. Wer wird vorrangig mit Zuschüssen, wer mit günstigen Darlehen bedient? Welche Kriterien werden hierbei eigentlich angewandt?

Zum Beispiel meldete die Investitionsbank einen Antragsbestand von 2,3 Milliarden €. Dabei sind doch die Fragen interessant: Welche Branchen stehen dahinter? Wie ernsthaft sind die Anträge zu bewerten? Das ist eigentlich das, was wir im Ausschuss gern mit Ihnen diskutieren wollen.

Wir freuen uns auch über die 20 000 Arbeitsplätze, die neu entstanden sind und die mit diesen Investitionen seit dem Regierungswechsel geschaffen worden sind. Tatsache ist aber auch - Sie kennen sie genauso gut wie ich -: Trotz der verschiedensten Förderinstrumente konnten wir die Arbeitslosigkeit nicht strukturell senken. Wir verzeichnen einen konstanten Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen inklusive der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Eine Ausnahme ist die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe; dort verzeichnen wir eine positive Tendenz.

Genau unter diesem Gesichtspunkt, Herr Minister, mahnen wir seit längerer Zeit - nicht erst seit den Thesen unseres Fraktionschefs - an, die Förderpolitik den Anforderungen einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung für Sachsen-Anhalt anzupassen.

(Herr Gürth, CDU: Das mit den Thesen war doch Luther, oder?)

Die Zeit, einfach Arbeitsplätze zu kaufen, ist vorbei. Das hängt durchaus auch mit den sinkenden finanziellen Zuweisungen aus den verschiedensten Töpfen zusammen.

Staatliche Wirtschaftsförderung kann und darf nach unserer Auffassung nur ein Katalysator sein, ein Mittel also, das Prozesse in Gang setzt, ohne sich selbst zu verbrauchen. Das heißt in wachsendem Maße mehr Darlehensvergabe als Zuschuss, damit der Wirtschaftsförderfonds des Landes konstant bleiben kann. So sah es gestern der Finanzminister. Wie will hier der Wirtschaftsminister agieren?

Ein weiteres Problem, meine Damen und Herren: In Sachsen-Anhalt nahm der Modernitätsgrad bei Bauten und Ausrüstungen seit dem Jahr 2000 stetig ab. Das heißt, der durch Verbrauch und Verschleiß eingetretene Verlust an Vermögen konnte nicht durch entsprechend hohe Investitionen ausgeglichen werden. Im Jahr 2003 bezifferte sich der Modernitätsgrad für Ausrüstungen bei uns im Land auf 56,7 %; die Tendenz ist weiter fallend.

Diese Entwicklung zeigt sich ebenso im produzierenden Gewerbe; denn hier konzentriert sich fast die Hälfte des Ausrüstungsvermögens der Wirtschaft Sachsen-Anhalts und hier beginnt der Abwärtstrend bereits mit dem Jahr

1996. Wie werden solche Tendenzen in der Förderstrategie des Landes berücksichtigt? Das sollte doch nach unserer Auffassung ein Signal für die Notwendigkeit sein, vorrangig bestehende Unternehmen in ihrer Investitskraft zu stärken.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns alle über die Nachricht gefreut, dass Dell sein Service-Center in Halle errichtet hat. Die Entscheidung von Dell fiel aufgrund zahlreicher Faktoren, unter anderem aufgrund der optimalen Unterstützung durch Land und Stadt, der qualifizierten Mitarbeiter und anderem. Betont wurde aber auch der Vorteil der Kundennähe und des Marktes.

Es würde uns aber doch auch im Wirtschaftsausschuss interessieren, welche optimale Unterstützung durch das Land dem weltgrößten PC-Hersteller gewährt wurde, der ein jährliches Umsatzvolumen hat, das dem Sechsfachen unseres Landeshaushaltes entspricht. Zuschuss oder Darlehen, Herr Minister?

Dann kam die Absage für den Bau einer neuen Computerfabrik am Standort Halle. Die Absage war aber eigentlich keine, weil Dell langfristig angekündigt hatte, dass es nur ein Service-Zentrum geben würde, obwohl es für Halle gewisse Hoffnungen gab, nachdem sich das Unternehmen dort mit dem Service-Zentrum niedergelassen hatte. Diese Hoffnungen wurden auch immer einmal in den Medien verstärkt.

Da spielten bei der Begründung dafür, dass nicht Halle als Standort gewählt worden ist, die Kunden- und Marktnähe wieder eine entscheidende Rolle. Angesichts dessen bleibt die Frage für mich interessant: Warum sind wir denn für Dell kein interessanter Markt, der auch Kundennähe hier offen zeigt?

Osteuropa heißt nun das Ziel von Dell. In diesem Zusammenhang ist zu fragen: Bei welchen Problemen bzw. Anforderungen haben sie gepunktet? Dell verweist auch hierbei darauf, dass die Entscheidung aufgrund verschiedener Faktoren gefallen sei. Dazu gehören wiederum die Kundennähe, das Mitarbeiterpotenzial, die Steuerverhältnisse, die Lohnkosten und die logistische Anbindung. So müssen wir leider sachlich und nüchtern feststellen, dass der Standort Sachsen-Anhalt bei diesen Faktoren nur zweiter Sieger geworden ist und das Rennen verloren hat.

Damit wird aber nach unserer Auffassung gleichzeitig auf eine Gesamtproblematik unserer Wirtschaftsförderung hingewiesen, nämlich darauf, wie flexibel sie ist, wie schnell auf Veränderungen des Marktes reagiert wird und wie sich die Landesregierung darauf einstellen wird, dass die Marktchancen für eine erfolgreiche Unternehmensakquise verbessert werden.

Vor allem ist für uns die Frage relevant, was für ein Markt Sachsen-Anhalt eigentlich für Investoren ist. Ist es ein Markt, auf dem er seine Produkte kundennah absetzen kann? Ist es ein Markt, auf dem er Bestandteil einer Wertschöpfungskette ist, die den Exportanteil des Bruttoinlandsproduktes vergrößert? Oder ist es ein Markt, auf dem er Bestandteil einer Wertschöpfungskette ist, die regionale Wirtschaftskreisläufe initiiert? Oder ist Sachsen-Anhalt ein Markt, auf dem er den Standort nur als kurz- oder mittelfristiges Etappenziel einer globalen Wanderung betrachtet?

Wir brauchen nach unserer Auffassung ein höheres Niveau der Nachhaltigkeit auf diesem Gebiet, nicht nur was ökologische Gesichtspunkte betrifft. Vielmehr muss

erreicht werden, dass noch mehr Partner an einem Strang ziehen, um zukünftige Strukturen aufzubauen in der Gewissheit, dass damit das Potenzial der gesamten Region gestärkt wird.

Dazu gehört nach unserer Auffassung auch, dass jedes gescheiterte Ansiedlungsprojekt genauer unter die Lupe genommen und evaluiert wird. Es sollte geprüft werden, welche Elemente der aktiven und passiven Ansiedlungspolitik sich als tauglich und welche sich als weniger tauglich erwiesen haben.

Auch das Zusammenwirken von IIC, Wirtschaftsförderung Sachsen-Anhalt und regionaler Wirtschaftsförderung gehört auf den Prüfstand. Möglich erscheint uns auch die stärkere Einbeziehung der regionalen und überregionalen Wirtschaft. Auch ausländische Unternehmen sollten hier eine Rolle spielen, wie beispielsweise im Projekt „Regionenmarketing Mitteldeutschland“, in das aktiv weltweit unternehmerisch und investseitig Tätigkeiten einbezogen werden. Wir sollten versuchen, die Erfahrungen daraus für Sachsen-Anhalt insgesamt auszuwerten.

Das erfordert, wie gesagt, auch, die Chancen von Sachsen-Anhalt als strategischem Binnenmarkt in die Förderstrategie des Landes bei den Diskussionen im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit einzuordnen. Dazu gehört die Darlegung der Vergabepraxis und der diesbezüglichen Kriterien für den Zuschlag für Investitionsvorhaben. Der Minister sollte uns erläutern, welche Strategie die Landesregierung verfolgt, um sich auf neue Bedingungen und Veränderungen des Marktes, das heißt die Globalisierung, kurz- und mittelfristig einzustellen.

Hier wird nach wie vor vieles im Nebel gelassen bzw. mit der Aura von Geschäftsgeheimnissen umgeben. Erneut müssen wir mehr Transparenz fordern, was den Umgang mit öffentlichen Mitteln betrifft.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Die Aktuelle Debatte von vorhin reiht sich würdig in dieses Trauerspiel mit ein.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Das passt jetzt überhaupt nicht!)

Wer öffentliche Mittel einwirbt, der sollte auch öffentlich darüber Rechenschaft ablegen, was er damit getan hat.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS)

Interessant war auch die Anregung in der gestrigen Regierungserklärung, ein zentrales Controlling für den Fördermitteleinsatz zu entwickeln und anzuwenden. Wir würden gern die Intentionen dieses Vorhabens kennen lernen, zumal es uns sehr verwundert, dass es so etwas offenbar noch nicht gibt. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Thiel. - Bevor ich nun Herrn Minister Rehberger das Wort erteile, haben wir die Freude, Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Quedlinburg auf der Südtribüne begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun bitte Herr Minister Rehberger.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn der wirtschaftspolitische Sprecher der PDS sich ausdrücklich, in aller Form und mit trefflichen Worten bei den Unternehmern, die bei uns investieren, bedankt, dann freue ich mich darüber.

(Herr Gallert, Linkspartei. PDS: Das ist nur Eigenlob!)

Das sollten wir festhalten; denn es ist natürlich schon so, dass wir nicht von Staats wegen verfügen können, wer wo etwas macht. Die Zeiten sind vorbei, wenn ich das richtig sehe.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Wir brauchen Menschen, die unser Land interessant finden, die von uns begleitet werden bei ihren Investitionen und die wir fördern. Diese brauchen wir in großer Zahl.

Wir brauchen uns nicht zu verstecken. Wenn man die Jahre von 2002 bis heute betrachtet, dann stellt man fest, wir liegen auch im Vergleich der Bundesländer ganz weit vorne, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Die Effektivität der Wirtschaftsförderung, wenn es um Ansiedlungen geht, kann man nur daran ablesen, was insgesamt investiert wird und wie viele Arbeitsplätze dadurch entstehen. Diese Zahlen sind bekannt.

Sehr geehrter Herr Kollege, wenn Sie weitere Details in einer nichtöffentlichen Ausschusssitzung hören wollen, sind wir bekanntlich bereit, im Einzelnen darüber zu berichten, soweit wir dabei nicht in interne Angelegenheiten von Unternehmen hineingehen. Das ist nie ein Problem gewesen.

Was Sie aber als Antrag gestellt haben, ist doch eine erstaunliche Sache. Sie wollen wissen, welche Kriterien der „Vergabe von Investitionsvorhaben“ zugrunde gelegt werden. „Vergabe von Investitionsvorhaben“ - wir vergeben keine Investitionsvorhaben. Oder meinen Sie vielleicht den Bauminister?

Was wir machen, ist, dass wir bestimmte private Investitionsvorhaben gegebenenfalls - wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen - fördern. Aber über die Vergabe von Investitionsvorhaben kann ich hier nichts sagen. Das ist nicht unsere Aufgabe.

Sie schreiben weiter: „Es sollte sichtbar gemacht werden, wie sich die Landesregierung auf neue Bedingungen und Veränderungen des Marktes kurz- und mittelfristig einstellt.“ - Das ist ein Thema der Unternehmen. Es ist doch nicht Sache der Landesregierung, sich auf die Bedingungen des Marktes einzustellen.

(Zustimmung von Frau Fischer, Merseburg, CDU)

Der ganze Antrag ist in einer Weise formuliert, dass ich nur sagen kann: Das kann man vernünftigerweise nicht beschließen.

Meine Damen und Herren! Was ich gern mache, ist, über das eine oder andere - wenn Sie konkrete Fragen haben - im Ausschuss Auskunft zu geben. Das habe ich in den letzten Jahren so gehalten. Das wird auch weiterhin der Fall sein.

Nun gibt es einen konkreten Vorgang, den Sie, Herr Dr. Thiel, zum Anlass des Antrages genommen haben, nämlich den Vorgang, dass der amerikanische Konzern Dell, nachdem er seine Dienstleistungsentscheidung zu Gunsten von Halle getroffen hatte, seine Produktionsentscheidung zu Gunsten von Deutschland gefällt hat. Ich möchte jetzt nicht in alle Details gehen, aber ich möchte dazu wenigstens zwei Dinge sagen dürfen.

Bei dem Ranking, das natürlich auch an deutschen Standorten durchgeführt worden ist, hat es folgendes Ergebnis gegeben: deutschlandweit Platz Nr. 1 Brehna, Platz Nr. 2 Erfurt, Platz Nr. 3 Halle. Das war die Betrachtung Deutschlands.

Dazu würde ich sagen: Wenn wir von drei Spitzenplätzen zwei einnehmen, vor allen Dingen den ersten Platz, dann zeigt dies, dass das, was wir bieten können, offenbar sehr attraktiv ist. Aber es gab dann einen anderen Faktor, der natürlich bei jedem Investor auch eine große Rolle spielt. Das sind die Arbeitskosten.

Ich lese Ihnen einfach einmal vor, was uns mitgeteilt worden ist. Es wurde uns mitgeteilt, dass die Lohnkostendifferenz gegenüber Osteuropa nach den Prüfungen von Dell so groß ist, dass deutsche Standorte für die Schlussentscheidung nicht infrage kommen. Es wird dann noch weiter mitgeteilt: Es gibt derzeit nichts, was einzelne deutsche Standorte noch tun könnten, um Dell umzustimmen.

Das ist die Entscheidung. Das ist die Realität. Vielleicht sollten Sie, ohne dass wir an dieser Stelle eine Riesen-debatte vom Zaun brechen, darüber nachdenken, ob Forderungen wie Mindestlöhne in Höhe von 1 400 € oder die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe geeignet sind, ausländische Investoren nach Deutschland zu bringen oder nicht.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Ich rede nicht einem Niedriglohnland Deutschland das Wort. Das wäre töricht.

(Widerspruch bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von der Linkspartei.PDS: Wovon reden wir denn dann?)

Aber wir können uns aus der Weltgeschichte nicht verabschieden. Sie sehen ja, wie die Entscheidungen trotz all unserer Bemühungen gefallen sind. Wir konnten es nicht ändern.

Ich bin von einem überzeugt: Wenn Sie eine Regierung stellen würden, würde Dell von vornherein nicht prüfen, ob sie nach Sachsen-Anhalt kommen.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das ist billig!)

- Herr Gallert, es ist furchtbar nett, dass Sie sich gerade jetzt mit einem Zwischenruf melden. Ich habe mit großem Interesse der gestrigen Presse entnommen - da ging es wirklich um Förderpolitik; ich nehme an, dass es zutreffend ist, Sie haben es nicht dementiert -, dass Herr Gallert zur Wirtschaftspolitik unter anderem Folgendes gesagt hat: Nicht neue Industriearbeitsplätze, sondern vor allem neue Jobs in Forschung und Entwicklung bestehender Firmen sollen gefördert werden.

Meine Damen und Herren! Wenn wir das täten, dann wäre die Talfahrt unserer Wirtschaft vorprogrammiert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: So billig! So billig!)

Ich sage, dass es unstrittig ist, dass wir im Bereich von Forschung und Entwicklung eine Menge tun müssen. Aber ich sage zugleich: Wir haben nicht nur Doktoren, Professoren und hoch qualifizierte Ingenieure. Wir haben auch viele weniger gut Qualifizierte. Für diese müssen wir auch für Arbeitsplätze sorgen. Deshalb machen wir Industrieansiedlungen auch weiterhin.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass wir gerade in der jüngsten Vergangenheit - Sie können es ja im Lande sehen - eine ganze Reihe sehr bedeutender Unternehmen angesiedelt haben, die jetzt im Bau sind, die ein Projekt für 100 Millionen € oder auch für weniger, für 50 Millionen € - das ist auch eine Menge Geld - realisieren.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Minister, möchten Sie eine Frage von Herrn Gallert beantworten?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Na klar, bitte schön.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte, Herr Gallert, fragen Sie.

Herr Gallert (Linkspartei.PDS):

Herr Rehberger, ich würde auch angesichts der noch zur Verfügung stehenden Zeit darum bitten, die Diskussion nicht auf dieses Niveau abfallen zu lassen. Sie bekommen von mir die Broschüre. Darin ist das alles erklärt. Dann können wir anschließend darüber diskutieren. Aber hier langweilen wir mit so einer Diskussion wirklich das Publikum.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Ich habe den Eindruck - auch Ihre Intervention beweist es -: Wir langweilen nicht das Publikum, weil wir hier etwas sehr Wesentliches zitiert haben, sondern wir ärgern Sie, weil das natürlich nicht ganz zu dem passt, was Sie sonst an Eindruck vermitteln.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank - Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren! Ich sage noch einmal: Man kann sich nicht als Arbeitnehmerpartei präsentieren und dann ein Programm vorlegen, das im Wesentlichen nur auf eine bestimmte Ebene zugeschnitten ist. Wir müssen beides machen. Das ist unsere Strategie. Wenn Sie eine andere haben - darüber werden wir uns sehr gern im Ausschuss und auch bei anderen Gelegenheiten unterhalten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der Linkspartei.PDS)

Lassen Sie mich zum Schluss - wir haben ja eine sehr begrenzte Redezeit, und Sie haben Recht, dass man

das eine oder andere bei einer anderen Gelegenheit vertiefen sollte - sagen: In meiner Regierungserklärung, die ich kürzlich hier abgegeben habe, habe ich die wesentlichen Dinge der Wirtschaftsförderung zum Ausdruck gebracht. Ich sage an dieser Stelle noch einmal: Unser Prinzip ist es, dass wir jeden arbeitsplatzschaffenden Investor, der auch eine ordentliche Finanzierung nachweist, mit unserer Förderung begleiten. Das ist nach meiner Überzeugung der richtige Weg. Nur deshalb ist es nämlich möglich gewesen, dass Sachsen-Anhalt im ersten Halbjahr 2005

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Da hat der Finanzminister gestern etwas anderes gesagt!)

ein reales Wirtschaftswachstum von 1 % erreicht hat und damit bundesweit an der Spitze liegt. Meine Damen und Herren! Das ist das verarbeitende Gewerbe, das sind nicht zuletzt die angesiedelten Betriebe, die das mit herbeiführt haben.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Das Bruttoinlandsprodukt ist nun einmal der Maßstab dafür, ob man wirtschaftlich die Dinge vorantreiben konnte oder nicht.

Ich sage es noch einmal: Bis zur Stunde wird jeder Betrieb, der sich im verarbeitenden Gewerbe, im produzierenden Gewerbe engagiert, der eine ordentliche Finanzierung vorweist und der neue Arbeitsplätze schafft, von uns gefördert. Wir wollen das auch in der Zukunft fortführen.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Da hat Herr Kollege Paqué etwas völlig anderes gesagt!)

Das wird - da hat Herr Kollege Paqué völlig Recht -

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Er hat aber etwas völlig anderes gesagt!)

ab dem Jahr 2007 schwierig werden, weil die Fördermöglichkeiten stark reduziert werden. Aber das bedeutet doch nicht, dass wir nicht heute und jetzt und auch nicht im Jahr 2006 diese Chancen nutzen, meine Damen und Herren, solange wir sie noch haben.

Die Vorgängerregierung hat mehrere Hundert Millionen an Fördermitteln an Berlin zurückgegeben, weil sie nicht in der Lage war, entsprechende Ansiedlungen durchzuführen. Das ist uns nicht passiert und das darf uns auch in den nächsten anderthalb Jahren nicht passieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass wir ab dem Jahr 2007 die Dinge noch einmal gründlich bedenken müssen und dass es viel schwerer werden wird, die Erfolge durchzusetzen, die wir in den letzten Jahren durchsetzen konnten und auch zurzeit durchsetzen können, ist unstreitig. Dann muss man über weitere Instrumente und neue Wege nachdenken. Aber jetzt geht es um das, was bisher geschehen ist. Das war auch das Thema, das Herr Thiel eben vorgefragt hat.

Deswegen sage ich mit aller Deutlichkeit: Wir werden den Weg fortsetzen, der darin besteht, dass wir möglichst viele Investitionen mit möglichst vielen Arbeitsplätzen in unser Land holen. Dann werden wir so wie in den letzten Jahren wirtschaftlich weiter vorankommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Rehberger. - Die Debatte der Fraktionen wird durch den Beitrag der FDP-Fraktion eröffnet. Ich erteile Herrn Dr. Schrader das Wort.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich ist die Förderstrategie ein permanentes Thema. Das ist klar. Aber ich halte es für unzulässig, einen Zusammenhang zwischen der Investitionsentscheidung des Unternehmens Dell, die nicht zugunsten der Stadt Halle oder besser: nicht zugunsten Deutschlands gefallen ist, und der Förderstrategie des Landes herzustellen. Das ist für meine Begriffe schlicht unzulässig.

Es wird nämlich der Eindruck erweckt, dass die Förderbedingungen bei uns so seien, dass Investoren sich regelmäßig gegen Investitionen in Sachsen-Anhalt entscheiden würden. Das stimmt ganz einfach nicht. Damit wird etwas suggeriert, was so nicht passt.

Das Gegenteil ist der Fall. Herr Dr. Thiel, Sie wissen das selbst. Gerade für ausländische Investoren ist Sachsen-Anhalt hochattraktiv, auch gerade seit dem Jahr 2002, seit dem Regierungswechsel. Das können wir ganz deutlich belegen, und Herr Dr. Thiel hat das vorhin sogar selbst bestätigt. - So weit zur Klarstellung, meine Damen und Herren.

Folgendes möchte ich feststellen und festhalten - das ist zumindest denen klar, die sich mit Wirtschaftspolitik beschäftigen und die einschlägigen Zeitschriften, zum Beispiel die „Wirtschaftswoche“, lesen, in der das ausführlich dargestellt war -: Die Entscheidung des Unternehmens Dell, so bedauerlich sie auch ist, basiert auf einer rein geschäftspolitischen Entscheidung. Übrigens gab es nie eine Zusage, es war immer nur im Gespräch, dass verschiedene Standorte geprüft worden sind. Natürlich wird auch ein Standort geprüft, an dem man schon tätig ist.

Aber im Endeffekt - das können Sie in der „Wirtschaftswoche“ nachlesen - war das Lohnkostengefüge das entscheidende Kriterium dafür, dass kein deutscher Standort den Zuschlag bekommen hat. So ist das nun einmal. Deshalb gibt es natürlich auch Ihre berechtigte Frage, ob man denn darauf reagieren kann. Der Minister hat schon einiges gesagt. Nicht nur mit der Förderstrategie, sondern mit vielen anderen Instrumenten wie Lohnkosten, Lohnnebenkosten, Steuerrecht usw. wird Wirtschaftspolitik gemacht.

Meine Damen und Herren! Die Entscheidung des Unternehmens Dell ist denkbar ungeeignet, um eine Diskussion über die Förderstrategie des Landes aufzuwerfen, mehr noch, es ist ein Stück vorweggenommener Wahlkampf, Herr Thiel. Das möchte ich Ihnen aber nicht unterstellen.

Um es der Vollständigkeit halber zu sagen, sollte man trotzdem auf einige Förderaspekte im Rahmen der Wirtschaftspolitik unserer Koalition eingehen. Seit dem Regierungswechsel haben wir die Weichen neu gestellt. Im Wettbewerb der Regionen sind wir vorangekommen. Das bestätigen uns einschlägige Studien. Das bestätigt uns auch das jüngste Dynamik-Ranking. Wer sich die Studie ganz genau anschaut, wird Folgendes feststellen:

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Wir sind doch die Besten!)

- Wir sind nicht die Besten, aber wir haben kräftig aufgeholt und wir sind auf dem richtigen Weg, Herr Gallert.

(Frau Budde, SPD: Von vier auf neun!)

- Ich würde auch Sie, Frau Budde, bitten, die Daten und Fakten in der „Wirtschaftswoche“ nachzulesen und

(Frau Budde, SPD: Von vorgestern! Von vier auf neun!)

den Vergleich - -

(Minister Herr Dr. Rehberger: Wir kamen von zwölf, Frau Budde!)

- Die Genossen sind Sie. Gucken Sie immer, wo wir hergekommen sind.

(Zuruf von Frau Budde, SPD, an Minister Herrn Dr. Rehberger gewandt)

- Frau Budde, vielleicht können Sie das Gespräch nachher fortsetzen.

(Frau Budde, SPD: Das entscheide ich noch selbst!)

- Ja.

(Herr Dr. Polte, SPD: Nach Höppner geht die Arbeitslosigkeit! - Heiterkeit bei der SPD)

- Herr Polte, da Sie das Thema ansprechen: Es ist durch unabhängige Institute belegt worden, dass wir hier auf einem guten Weg sind und dass ein Kurswechsel stattgefunden hat. Das ist tatsächlich so.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Unruhe bei der SPD - Herr Dr. Polte, SPD: Wenn es man so wäre!)

- Es ist so, Herr Polte, nehmen Sie das endlich zur Kenntnis. Herr Thiel hat es vorhin auch zum Ausdruck gebracht. Sehen Sie sich die Daten und Fakten an! Dann werden Sie feststellen, dass auch der neunte Platz in diesem Dynamik-Ranking Folgendes im Hintergrund hat:

(Zuruf von Herrn Dr. Polte, SPD)

- Herr Polte, Sie können im Anschluss gern eine Frage stellen. Aber hören Sie doch einmal auf, dazwischenzureden. Das ist furchtbar, das ist ganz einfach eine Unsitte, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS - Frau Budde, SPD: Wenn Sie einmal solche Wertmaßstäbe an sich selbst anlegen würden und das nicht nur uns erzählen!)

Herr Präsident, vertreten Sie den Standpunkt, dass meine Redezeit verlängert wird, wenn ich ständig unterbrochen werde?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Schrader, Sie müssen sich natürlich trotzdem an die Redezeit halten.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Ja, ich versuche es. - Ich werde mich auf das konzentrieren, was Herr Thiel eigentlich wollte. Ich werde einiges zur Förderstrategie sagen und das, was passiert ist, mit dem vergleichen, wie es damals war.

Meine Damen und Herren! In den letzten drei Jahren wurden die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe vom Land Sachsen-Anhalt und vom Freistaat Sachsen gebunden. Bei der Vorgängerregierung war das nicht der Fall. Das ist ganz einfach Fakt. Das sollte man zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren! Die GA-Richtlinien wurden an die neuen Bedingungen angepasst. Herr Thiel und Frau Budde, Sie können sich, soweit Sie da waren, sicherlich sehr gut daran erinnern, dass wir intensiv darüber diskutiert haben, bestimmte Branchen auszuschließen und auch die Anzahl von Förderungen zu begrenzen, weil die Fördermittel tatsächlich zurückgehen.

Aber eines möchte ich noch sagen: Was Sie von der Opposition vorschlagen, ist abenteuerlich. Über das, was Herr Gallert vorschlägt, wurde eben schon berichtet. Die SPD schlägt vor, nur noch in bestimmten Regionen zu fördern. Meine Damen und Herren! Wenn wir dahin kommen - -

(Frau Budde, SPD: Lesen bildet, Herr Schrader!)

- Ja, Lesen bildet, Frau Budde. Seien Sie nicht immer so oberflächlich und lesen Sie tatsächlich

(Unruhe bei der SPD - Frau Budde, SPD: Das ist Professor Schöb gewesen! Sie haben unsere Broschüre nicht gelesen und erzählen dummes Zeug!)

auch einmal Ihre eigenen Broschüren. Dann werden Sie vielleicht ein Stück weit schlauer. Noch tolldreister ist es natürlich, wenn man sagt, Neuansiedlungen haben keine Priorität mehr - das kommt jetzt wieder von Ihrem linken Partner -, sondern nur noch FuE-Jobs in bestehenden Firmen. Das gilt aber nur für ausgewählte Forschung, die angenehm ist.

(Unruhe bei der SPD - Frau Budde, SPD: Sie haben es als Regierung selbst genannt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht zum Abschluss: Geben Sie zwei Linken nie die Wirtschaftspolitik in gemeinsame Hände, dann erleidet der Staat Schiffbruch. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Schrader. - Nun kann das Gespräch auf andere Weise fortgesetzt werden. Ich erteile Frau Budde das Wort.

Frau Budde (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bis vor 20 Minuten dachte ich noch, man kann sich in diesem Landtag vernünftig über Wirtschaftspolitik unterhalten.

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Aber das, was in den beiden Debattenbeiträgen abgeliefert worden ist, ist echt die Spitze. Mein Kollege Herr Thiel hat sich nur versprochen, indem er „Potenz“ mit „Prozent“ verwechselt hat. Aber wissen Sie, Herr Rehberger, das, was Sie machen, hat nichts mit Versprechen zu tun, das ist Dummheit.

(Beifall bei der SPD)

Entschuldigung, aber das muss man einmal so klar sagen. Aber der PDS vorzuwerfen, sie wäre gegen Unternehmen - - Fragen Sie einmal, wer in diesem Landtag verhindern wollte, dass Buna privatisiert wird. Die CDU und die FDP wollten gemeinsam nicht, dass es an das Unternehmen Dow privatisiert wird, mein Gott.

(Zustimmung bei der SPD)

Dann beschäftigen Sie sich einmal mit der DDR-Geschichte. Da gab es Liberale und Christdemokraten, die waren damals mit der SED in einer wunderbaren Blockpartei-Koalition. Erzählen Sie das einmal Ihren Leuten!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Mein Gott, beim besten Willen. Aber es kann einem wirklich hochkommen, wenn solche Argumente ins Feld geführt werden.

(Unruhe bei der CDU)

Was Broschüren angeht: Sie haben weder unsere Broschüre gelesen, noch hat offensichtlich Herr Schrader unsere Broschüre gelesen. Darin steht etwas von einer Grundförderung in allen Regionen des Landes. Darin wird sogar ein Vorschlag bezüglich der Höhe gemacht. Dann wird gesagt, die Spitzenförderung soll entweder in bestimmten Regionen stattfinden oder an bestimmte Kriterien gebunden sein. Sie wissen doch, was „und“ bzw. „oder“ heißt, Herr Schrader? Das Wort „oder“ beinhaltet eine Alternative. Dann lesen Sie es einmal!

(Zustimmung bei der SPD)

Die Kriterien können Sie auch nachlesen. Ich habe die schon 20-mal im Landtag erklärt. Ich bin es auch leid. Ich bin es wirklich leid. Ich hätte eigentlich gern eine Frage an Herrn Paqué gerichtet. Aber vielleicht kann der Herr Minister mir die Frage jetzt oder im Ausschuss beantworten. Ich habe am 23. September des letzten Jahres im Landtag nachgefragt, ob es eine Studie zur Optimierung der Förderpolitik gibt. Daraufhin ist mir von der Landesregierung geantwortet worden: Ja, die wäre in Auftrag gegeben worden.

(Minister Herr Jeziorsky zeigt sich verwundert)

- Ich sehe nicht Sie an, Herr Jeziorsky, ich meine den Platz daneben. - Die wäre also in Auftrag gegeben worden,

(Zuruf)

- an allem sind Sie nicht schuld - aber man wäre mit den Ergebnissen noch nicht so ganz zufrieden und man müsste darüber noch einmal im Kabinett diskutieren. Darauf haben wir gesagt: Okay, wäre es vielleicht möglich, das einmal im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zu kriegen? Vielleicht ist das schon abgeschlossen, bevor der Doppelhaushalt beschlossen wird? - Das wäre doch machbar; das würde man hinkriegen. - Bis heute haben wir davon nichts gehört. Es ist nicht veröffentlicht worden.

Ich frage an dieser Stelle noch einmal: Gibt es diese Studie schon oder gibt es sie nicht? Wenn es sie gibt, dann könnte sie sinnvollerweise genutzt werden, um im Ausschuss darüber zu reden, was welche Förderstrategie gebracht hat, wie man die Förderpolitik unter den gegebenen Bedingungen der Globalisierung und zurückgehender Finanzen verändern muss. Das sind schwerwiegende Dinge, über die diskutiert werden muss,

und zwar vernünftig im Ausschuss und nicht so platt, wie Sie es hier vorführen, Herr Rehberger.

(Zustimmung bei der SPD)

Dann zu dieser „Wirtschaftswoche“ und zu dem Ranking. Ich bin inzwischen auch daran gewöhnt, dass man immer die Zahlen vorholt, die einem passen. Aber jemandem zu sagen, wir seien die Besten, obwohl man von Platz 4 auf Platz 9 zurückgefallen ist, das ist echt Spitze, Herr Schrader. Das ist echt Spitze.

(Beifall bei der SPD)

Sie können nicht einmal auf Rot-Grün schimpfen oder auf die schlechte Ausgangslage.

(Herr Gürth, CDU: Das war die Dynamik!)

- Ja, Dynamik, richtig, Herr Gürth. - Es ist auch ganz klar, weil hier nicht die Istwerte, sondern die Veränderungsraten ausschlaggebend sind, also das, was Sie in der Zeit von 2002 bis 2004 mit Ihren Veränderungen erreicht haben.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Ich meine, man bedient sich der Aussagen von Wirtschaftswissenschaftlern immer dann, wenn man meint, dass sie genau das sagen, was man hören will. Wenn einer etwas kritisch hinterfragt, dann ist es falsch. Das kenne ich inzwischen in diesem Landtag auch hoch und runter.

(Frau Brakebusch, CDU: Dafür gibt es bei Ihnen auch verschiedene Beispiele!)

Wir können uns gern im Ausschuss darüber unterhalten. Für mich ist jedenfalls ein Rückfall von Platz 4 auf Platz 9 nichts Positives, sondern etwas Negatives. Deshalb muss man einmal gucken, woran das liegt. Dann kann man vielleicht die Förderstrategien danach ausrichten.

Natürlich brauchen wir neue Kriterien und natürlich müssen wir uns auf neue Bedingungen einstellen. Auch wenn Sie ein Wort, nämlich das Wort „Investitionsvorhaben“, in dem Antrag bewusst falsch verstehen, wissen Sie doch genau, was mit dem Antrag gemeint ist. So pingelig zu sein und auf dieses Niveau zurückzugehen, das ist schon wirklich stark für jemanden, der noch Wirtschaftsminister in diesem Land ist.

(Zuruf von Herrn Dr. Schrader, FDP)

Meine Damen und Herren! Ganz kurz noch zwei Sätze zu dem, was auch wir gestern in der Zeitung gelesen haben. Herr Gallert ist selbst auch schon ein Stückchen zurückgerudert und hat gesagt: In der Praxis wird man industrielle Arbeitsplätze, wenn es sie gibt, auch immer ansiedeln. Man muss einmal das ganze Konzept lesen. Ich gebe zu, ich habe das Heft auch noch nicht ganz durchgelesen.

(Zuruf von Frau Dirlich, Linkspartei.PDS)

Ich werde vorher dazu überhaupt keinen Kommentar abgeben.

Herr Schrader hat gesagt, dass man es nicht vorgeben kann und dass man sich nicht dazu äußern soll, in welchen innovativen Feldern gefördert wird. Ich habe es gerade nicht hier, Herr Rehberger, aber ich kann Ihnen gern Ihr Schreiben an das Bundeswirtschaftsministerium noch einmal geben, in dem die Landesregierung selbst

festgestellt und festgelegt hat, welche innovativen Felder besonders förderungswürdig sind.

(Frau Dr. Sitte, Linkspartei.PDS: Genau!)

Sagen Sie das Herrn Schrader. Natürlich macht man sich als Land zusammen mit der Wirtschaft Gedanken, in welchen Feldern besonders gefördert werden soll und was besonders gute Auswirkungen hat.

Es wäre vernünftig, wenn es wieder zurückkommt und wenn man diesen Antrag entweder in den Ausschuss überweist, sodass man dort eine vernünftige inhaltliche Debatte führen kann, oder darüber abstimmt. Das, was hier zu dem letzten Tagesordnungspunkt gelaufen ist, war alles andere als eine inhaltliche Debatte über Wirtschaftspolitik oder Wirtschaftsförderpolitik.

(Herr Gürth, CDU: Das beweist Ihr Beitrag!)

Man könnte unterstellen, dass Sie kein Konzept haben. Das kam bei der Debatte über die EU-Strukturfonds schon ein bisschen durch. Aber ich will Ihnen das gar nicht unterstellen. Vielleicht sind Sie zwar die Letzten, aber Sie legen eines vor und wir können dann im Landtag und im Ausschuss darüber diskutieren.

(Zustimmung bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Budde. - Nun bitte Herr Gürth für die CDU-Fraktion.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was behalten wir in Erinnerung von den letzten zehn bis 15 Minuten?

(Frau Budde, SPD: Das ist die Frage! - Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Sehen Sie, Ratlosigkeit im Saal. - Mir fiel ein Zwischenruf auf; den habe ich mir gemerkt und der ist mir in Erinnerung geblieben: Lesen bildet. Das meinte die ehemalige Wirtschaftsministerin Frau Budde.

(Frau Budde, SPD: Das stimmt!)

- Das stimmt. Ja, da kann ich Ihnen Recht geben. Hätten Sie dies getan, dann hätten Sie nicht so geredet; denn wir haben am 26. Mai eine riesengroße Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt gehört. Wir müssen uns alle fragen, warum nun dieser Antrag auf der Tagesordnung steht. Ich empfehle Ihnen nachzulesen. Damals haben wir in diesem Hause über eine Stunde lang über Wirtschaftspolitik, über Strategien diskutiert.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Nicht gelesen, nicht zugehört und mit Sicherheit auch nicht verstanden.

(Zustimmung von der CDU)

Deswegen werden wir den Antrag der PDS auch ablehnen; denn es macht keinen Sinn,

(Frau Budde, SPD: Das haben wir schon gemerkt!)

lange Zeit über die Regierungserklärung zu debattieren - ich empfand die Debatte wesentlich niveauböller als das, was heute bisher abgelaufen ist - und dann das

Thema alle paar Wochen neu aufzurufen, wenn einem nichts Neues mehr einfällt.

Ich möchte zu dem Antrag noch zwei Dinge erwähnen. Vielleicht, Frau Budde, kann man Ihnen das mit der Dynamik in der Studie noch einmal erklären. Ich glaube, das haben Sie auch nicht so richtig verstanden. Diese Studie beurteilt die wirtschaftliche Dynamik, das heißt, wie sich das Land in den wichtigsten Kennziffern verändert.

Was sagt uns das Ergebnis, dass wir nach dem Regierungswechsel erst einmal auf Platz 4 gelangt sind, wo Sie uns nach acht Jahren rot-roter Regierungsarbeit nur Schlusslichtpositionen hinterlassen haben? - Es zeigt, dass wir es geschafft haben, in kurzer Zeit wieder nach vorn zu kommen.

(Zurufe von der SPD)

Auf Platz 4 zu kommen bedeutet: Es war eine unglaublich schwache Leistung, die von Ihnen abgeliefert wurde, und das Ergebnis war so schlecht, dass es uns gelungen ist, dieses schlechte Ergebnis ziemlich schnell positiv zu verändern und auf Platz 4 in der Veränderungsskala zu kommen. Wir haben schlechte Arbeit und schlechte Ergebnisse von Ihnen übernommen, aber wir haben unglaublich aufgeholt.

Aber wir sind mittlerweile, was die Wirtschaftsdynamik und die volkswirtschaftlichen Kennziffern betrifft, auf einem Stand - das können Sie bei allen Instituten nachlesen -, der zumindest im Vergleich mit anderen Bundesländern so hoch ist, dass es schwierig ist, ein solch hohes Tempo beizubehalten.

(Zustimmung von Herrn Radke, CDU)

Sehen wir uns die volkswirtschaftlichen Kennziffern einmal an. Nehmen wir einmal eine der signifikantesten Zahlen, an der man Wirtschaftskraft misst, die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Ja klar, in der „Mitteldeutschen Zeitung“ ist es gerade erst wieder veröffentlicht worden. Danach nimmt das Land Sachsen-Anhalt - übrigens wurde das in den acht Jahren der SPD-geführten Regierung nie erreicht - deutschlandweit im Wirtschaftswachstum den dritten Platz nach dem Saarland und nach Baden-Württemberg ein.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ich finde, das ist eine tolle Leistung. Ehrlich gesagt wundert es mich schon ein bisschen - ich will das Wort dreist nicht verwenden -, dass man nach acht Jahren Regierungsverantwortung ein Ergebnis hinterlässt, das durch die höchste Arbeitslosigkeit, durch den Niedergang der Wirtschaft, durch die höchste Insolvenzrate, also durch alle negativen Attribute gekennzeichnet ist, und sich nun hinstellt, als hätte man plötzlich auf der Oppositionsbank die Weisheit mit Löffeln gefressen. Das kann ich einfach nicht nachvollziehen.

Wenn wir uns einmal anschauen, was wir in nur drei Jahren geschafft haben, dann werden Sie feststellen, dass das Ruder herumgerissen wurde und dass wir trotz schwierigster Bedingungen unter der Federführung von Herrn Dr. Rehberger in diesem Lande eine Wirtschaftspolitik auf die Beine gestellt haben, die zeigt: Es geht wieder voran in Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Im Gegensatz zu Frau Budde hat Herr Dr. Thiel, der weitaus sachlicher zu diesem Punkt gesprochen hat, zumindest darauf hingewiesen - das möchte ich noch einmal erwähnen -, dass es seit Regierungsantritt gelungen ist, 20 000 neue Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, in der Industrie zu schaffen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Sie, Herr Dr. Thiel, Ihren Antrag mit der Entscheidung des Unternehmens Dell begründen - Herr Dr. Rehberger hat noch einmal geschildert, wie es mit Dell gewesen ist -, dann muss ich mich in der Tat fragen, wie das mit Ihrem wirtschaftspolitischen Programm zusammenpasst. Zumindest in der Zeitung - damit möchte ich schließen - war nachzulesen, was der Spitzenkandidat der Linkspartei.PDS zur Wirtschaftspolitik in seinem Programm schreibt. Ich darf zitieren:

„Bei der Förderung soll nicht die Neuansiedlung von Firmen Priorität haben, sondern Ausbau und Stabilisierung bestehender Unternehmen. Nicht neue Industriearbeitsplätze, sondern vor allem neue Jobs in Forschung und Entwicklung bestehender Firmen sollen gefördert werden.“

Das ist die Aussage der Linkspartei.PDS. Das passt irgendwie überhaupt nicht zur Begründung Ihres Antrages.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Gürth, möchten Sie eine Frage von Frau Dr. Klein beantworten?

Herr Gürth (CDU):

Ja, gern.

Meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion empfiehlt die Ablehnung dieses Antrages als unbegründet. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Ich bin gern bereit, die eine Frage zu beantworten.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Jetzt bitte Ihre Frage.

Frau Dr. Klein (Linkspartei.PDS):

Ich stelle wirklich nur eine Frage, alles andere lasse ich weg. Sie sagten, es wurden 20 000 Arbeitsplätze geschaffen. Das habe mehrfach gelesen. Wie viele Arbeitsplätze fielen im gleichen Zeitraum weg? Aber Ein-Euro-Jobs möchte ich nicht mit eingerechnet wissen.

Herr Gürth (CDU):

Ich danke Ihnen ausdrücklich für diese Frage, weil sie mir die Gelegenheit gibt, dazu Stellung zu nehmen. Wir haben im gleichen Zeitraum den Verlust von mehreren Zehntausend Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen gehabt, so wie in allen anderen Bundesländern auch.

Wir haben allein im Bereich sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im Bereich des geförderten Arbeitsmarktes, die in der Statistik auftauchen - auch zweiter Arbeitsmarkt genannt -, eine Reduzierung um 35 000 Arbeitsplätze im Vergleich zum Jahresbeginn 2002. Das heißt, die ohnehin schon katastrophale Arbeitsmarktsta-

tistik des Jahres 2002 hatte für die damals Verantwortlichen noch den Vorteil, dass zu diesem Zeitpunkt 35 000 Menschen mehr im zweiten Arbeitsmarkt aufgefangen waren.

Abgesehen von diesem Rückgang haben wir den Rückgang der Arbeitsplätze in der Bauindustrie und der Bauwirtschaft sowie im öffentlichen Dienst auffangen müssen. Dennoch haben wir es in dem wichtigsten Segment, im verarbeitenden Gewerbe - dies zieht nämlich weitere Arbeitsplätze im tertiären Sektor nach sich -, als einziges Bundesland geschafft, zwei Jahre in Folge einen positiven Saldo zu verzeichnen.

Das ist angesichts von mehr als 200 000 Arbeitslosen nicht genügend. Das wissen wir alle. Aber wir wissen auch, dass wir es geschafft haben, auf den richtigen Weg zu kommen und aus der Abwärtsspirale, die Sie uns hinterlassen haben, herauszufinden. Deswegen noch einmal herzlichen Dank, Herr Dr. Rehberger, für Ihr Engagement.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Nun bitte noch einmal Herr Dr. Thiel.

Herr Dr. Thiel (Linkspartei.PDS):

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Gürth, Sie haben völlig Recht mit dem Hinweis, dass wir im Mai eine ausführliche Regierungserklärung gehört haben. Sie haben auch gesagt, es sei über eine Stunde geredet worden. Aber es wurde offenbar zu wenig darüber gesagt,

(Zustimmung und Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

was die Förderstrategie in diesem Land betrifft. Ich nehme Ihre Kritik durchaus entgegen, Herr Minister Rehberger, dass man die Anträge im Landtag noch klarer formulieren sollte, um allen Missverständnissen zu begegnen.

Wenn Sie anmahnen, das Sie sich auf die Bedingungen und die Veränderungen des Marktes nicht einstellen wollen, weil das die Investoren und Unternehmer selber machen würden, dann kann ich nur sagen: Das ist schon richtig; da kann ich nur zustimmen. Aber wenn ich Fördermittel vergabe, muss ich doch wissen, für welchen Markt ich sie eigentlich vergabe.

(Zustimmung bei der Linkspartei.PDS - Frau Budde, SPD: Richtig!)

Das ist sozusagen die Intention des Antrages, nämlich das Beispiel Dell noch einmal herzunehmen und zu sagen: Was ist das Land Sachsen-Anhalt für ein Land für Investoren? Welchen Markt finden sie hier vor? Wie muss die Politik reagieren? Darüber im Ausschuss zu debattieren, das ist eigentlich der Sinn des Antrages gewesen, den Sie offenbar nicht wahrhaben wollen.

Ein zweiter Punkt, zu der verkürzten Darstellung von Herrn Gallert. Ich habe auch meine Schwierigkeiten mit Zeitungsmeldungen und damit, unter Umständen die richtigen Interpretationen herauszufinden. Ich kann wirklich nur empfehlen, dass wir trotz der vergeblichen Versuche, immer wieder einmal über die Förderstrategie des Landes zu reden, die Debatte über diesen Antrag im Wirtschaftsausschuss noch einmal führen sollten. Wir

sollten es versuchen. Deswegen werbe ich noch einmal mit Nachdruck dafür, dass Sie dieser Ausschussüberweisung zustimmen.

Noch ein letzter Satz, Herr Schrader, zu Ihrem Beitrag, zu der Devise: Dell wäre sowieso nicht gekommen, wenn Sie hier an der Macht wären.

(Lachen bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD)

Sie haben es so formuliert, oder?

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Herr Rehberger!)

- Ach, Herr Rehberger? Entschuldigung, aber es kam aus dem gleichen Lager. Herr Rehberger hat es so formuliert, ja.

Dann komme ich doch noch einmal auf den 56. Jahrestag zurück. Also noch einmal an dieser Stelle. Das ist die Erfahrung meines Lebens, die ich Ihnen gern weiter vermitteln möchte: Wenn wir vor 16 Jahren nicht so richtig weiter wussten, wenn uns die Argumente ausgingen, dann haben wir uns die Ideologie hervorgeholt und gesagt, der Marxismus-Leninismus ist mächtig, weil er wahr ist.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS und bei der SPD - Frau Feußner, CDU: Allmächtig!)

Das war immer die Begründung, wenn wir nicht weiter wussten. Dann wurden wir immer ideologisch und haben zum Teil auf den Kapitalismus geschimpft.

(Frau Feußner, CDU: Das macht ihr doch heute noch genauso!)

Ich möchte Sie einfach davor bewahren, diesen Weg weiter zu beschreiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Dr. Thiel, möchten Sie eine Frage von Herrn Borgwardt beantworten? - Bitte fragen Sie, Herr Borgwardt.

Herr Borgwardt (CDU):

Herr Präsident, ich wollte eine Bemerkung machen,

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Ach so, eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

Herr Borgwardt (CDU):

die auch zur Erheiterung beiträgt. Es gibt noch den anderen Spruch: Wissen ist Macht und Nichtwissen macht auch nichts. Den kennen Sie vielleicht auch.

(Lachen bei der SPD und bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das war also eine Zwischenbemerkung. - Die Debatte ist abgeschlossen. Wir stimmen nun ab über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS mit dem Titel „Nachhaltigkeit der Förderstrategie des Landes“ in der Drs. 4/2411. Wer stimmt zu? - Das sind die Oppositionsparteien. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsparteien. Damit hat die Mehrheit diesen Antrag abgelehnt und der Tagesordnungspunkt 15 ist beendet.

Damit ist auch die 34. Sitzungsperiode beendet, meine Damen und Herren.

Der Präsident beruft den Landtag zu seiner 35. Sitzungsperiode für den 10. und 11. November 2005 ein. Ich wünsche Ihnen allen ein angenehmes Wochenende. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 12.54 Uhr.